

# SOZIALZEITUNG

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzeln-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 Mk.  
Der Courter ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950.  
Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 8—7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 44.

Berlin, den 1. November 1908.

12. Jahrg.

## Lehren der Streikstatistik.

Zur Zeit, als die Organisationen der Arbeiter wie der Unternehmer noch sehr schwach waren, wurden die meisten Streiks impulsiv begonnen und oft errang eine völlig unorganisierte Arbeiterschaft im ersten Ansturm bedeutende Erfolge, die freilich später nur zu leicht wieder verloren gingen. Heute, wo sich auf beiden Seiten zwei wohlorganisierte Heerlager gegenüberstehen, ist auch im sozialen Krieg die Zeit der „glänzenden Reiterattachen“ vorüber; die wohlüberlegte Strategie des Klassenkampfes ist an ihre Stelle getreten. Zwar kann auch noch ausnahmsweise ein alle Hindernisse misachtender Glanz die Schlacht in recht ungünstiger Zeit gewinnen. Seitdem jedoch die Unternehmer nicht nur einer Branche unter sich, sondern aller Branchen miteinander ihre Kampforganisationen gegen die Arbeiter geschlossen haben, lauert hinter dem kleinsten Streik die Hydra einer gewaltigen Auszerrung, die Gewerkschaften in den Kampf hineinzuziehen kann, denen gerade im Augenblick nichts nützlicher ist, wie eine Konsolidierung ihrer Kräfte.

Die neuen Verhältnisse machen das Studium der Streikstatistik zu einem unabwiesbaren Gebot für den Gewerkschaftler. Was sich in den Zahlenreihen aus einer längeren Kampfesperiode manifestiert, das sind Anweisungen für die Strategie des Klassenkampfes, den die Gewerkschaften unmittelbar führen. Leider verfügen wir noch nicht über eine nach einheitlichem Plane durchgeführte, alle Streiks umfassende nationale und internationale Statistik. Immer noch weigert sich das deutsche reichsstatistische Bureau, seine Streikstatistik der Forderung der Gewerkschaftsvertreter entsprechend loszulassen von polizeilichen Recherchen, die mit der Streikstatistik nichts zu tun haben. Deshalb krankt die offizielle deutsche Statistik an polizeigeistigen Einseitigkeiten, und in der Gewerkschaftsstatistik fehlen manche Streiks, weil ohne jede Verbindung mit den Arbeiterorganisationen unternommen. Die ausländische Streikstatistik ist nicht minder unvollständig.

Diese Fehler müssen in Rechnung gestellt werden bei einer Bewertung der streikstatistischen Ermittlungen; aber da diese Mängel nicht nur in einem Jahre, sondern in einer ganzen Reihe von Jahren der Statistik anhaften, ist ein gewisser Ausgleich geschaffen, der die Vermittlung der Zahlen unter den gedachten Voraussetzungen gestattet.

Der erste Eindruck, den die internationale Streikstatistik macht ist der: die Streiks haben sich im 20. Jahrhundert außerordentlich vermehrt und es werden immer größere Arbeitermassen direkt und indirekt in die Kämpfe hineingezogen. Zweitens fällt auf, daß sich fast in allen Ländern die Zahl der Streiks mit „vollem Erfolg“ verringert hat, aber auch die „erfolglosen“ Kämpfe weniger werden, dagegen die mit „teilweisem Erfolg“ stark zunehmen. Der Totalindruck, den die vorliegende internationale Streikstatistik für die ersten sechs Jahre des 20. Jahrhunderts erweckt, ist der eines gigantisch anschwellenden Kampfes zwischen Arbeiter und Kapital, bei dem sich die Kämpfenden beiderseits so schwere Verluste zufügen, daß sie meistens schließlich einem „mageren Vergleich“ vor einem „fetten Prozeß“ den Vorzug geben. So endeten in Deutschland für die Arbeiter mit

	vollem Erfolg	teilweisem Erfolg	erfolglos
1902	21,5	22,2	56,3
1905	18,4	45,0	36,6

Also sind am stärksten die für die Arbeiter erfolglosen Streiks zurückgegangen, die mit „teilweisem Erfolg“ beendeten nehmen allein zu. Das ist ebenso

eine Bestätigung der wachsenden Kraft der Arbeiterorganisationen, wie ein Beweis für die weit größere Geschlossenheit der Unternehmerorganisationen. Die ganz außer der Reihe fallenden amerikanischen Streikergebnisse geben dem Sozialpolitiker erst recht einen deutlichen Fingerzeig über die Stoß- und Abwehrkraft der kartellierten und vertrauerten Unternehmungen. Unter den hauptsächlichsten Industrieländern Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Belgien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist letzteres das einzige, in welchem die Streiks mit vollem Erfolg, aber auch die mit teilweisem Erfolg erheblich gesunken sind, insofern die für die Arbeiter völlig erfolglosen Streiks im selben Umfange zunehmen. Das hängt selbstredend zusammen mit der in den Vereinigten Staaten am weitesten vorgeschrittenen Vertrauensstellung der Unternehmungen, deren rücksichtslosen Managern die Arbeiter noch keine für diese Schärfe des Kampfes geeignete Organisationen entgegensetzten.

Der Einfluß der Unternehmerorganisationen auf den Streikausgang kommt auch sinnesförmig zum Ausdruck in der vom neuesten „Statistischen Jahrbuch“ mitgeteilten Zählung der Streiks in einigen wichtigen Gewerkschaften. Am günstigsten in bezug auf Streikerfolge stehen die Bauarbeiter da. Von 100 Streiks in der Periode 1902/1906 haben sie mit vollem Erfolg beendet 23,9 in Deutschland, 25,4 in Oesterreich, 21,0 in Frankreich, 20,0 in Belgien, 34,7 in Großbritannien und Irland. Am geringsten war die Zahl der mit vollem Erfolg beendeten Streiks in der Bergwerksindustrie, im Steinbruchgewerbe und in der Glasindustrie. Hier hatten von 100 Streiks vollen Erfolg für die Arbeiter in Deutschland 19,1, in Oesterreich 15,6, Frankreich 16,6, Belgien 12,1, Großbritannien 24,2. In der letztgenannten Gewerkschaft ist die Unternehmerorganisation am ältesten und stärksten; die relativ geringe Zahl der Werkbesitzer erleichterte ihren Zusammenschluß.

Sieht man ab von gelegentlichen Schwankungen, betrachtet man die Streikstatistik in ihrer Totalität, dann ist die sich verstärkende Neigung, die Kämpfe durch Vermittlung und gegenseitiges Nachgeben zu beenden, unübersehbar. Darum auch die fast überall zunehmende Zahl der mit teilweisem Erfolg beendeten Kämpfe. Dr. W. Meyer (Statistik der Streiks und Auszerrungen im In- und Auslande) ermittelte für Deutschland, daß von den Arbeitsstreitigkeiten mit Intervention einer Berufsorganisation beendet wurden mit vollem Erfolg 1900: 16 pSt., 1905: 19,66 pSt., mit teilweisem Erfolg 41,65 pSt. bzw. 45,73 pSt., erfolglos 42,35 pSt. bzw. 34,61 pSt. Der größte Teil der Streiks wird durch Eingreifen der betreffenden Vereinsleiter beigelegt, nachdem die Kämpfenden ihre Kräfte abgemessen haben. Immer häufiger münden die Streiks aus in Abschlüssen von Tarifverträgen, die sonach das Anerkennung einer im Kampfe erprobten organisierten Macht sind.

Die Streikstatistik lehrt aber, auch, welchen Einfluß die Dauer eines Streiks auf seinen Ausgang hat. Meyer hat auf Grund der deutschen Reichsstatistik berechnet, daß von 100 Streiks endeten mit

Dauer	vollem Erfolg	erfolglos
Weniger als 1 Tag	28,54 pSt.	55,94 pSt.
1—5 Tage	29,82 "	41,09 "
6—10 "	22,74 "	38,53 "
11—20 "	20,09 "	37,76 "
21—30 "	14,70 "	41,45 "
31—50 "	9,41 "	51,06 "
51—100 "	7,18 "	55,16 "
101 u. mehr Tage	4,39 "	56,74 "

Diese Zahlen bestätigen die Erfahrungen der Streikleiter, daß ein „in die Länge gezogener Streik“ selten für die Arbeiter günstig endet. Auch die Zahl der Beteiligten ist für den Streikausgang von Bedeutung. Soweit das von Meyer bearbeitete offizielle Zahlenmaterial einen Schluß zuläßt, nimmt mit der Größe der Streiks die Aussicht auf einen vollen Erfolg der Arbeiter ab, aber die teilweise erfolgreichen vermehren und die ganz erfolglosen vermindern sich. Von 100 Streiks in Deutschland (1899/1905) wurden beendet mit

Beteil. Arbeiter	voll. Erfolg	teilw. Erfolg	keinem Erf.
2—5	22,07	17,20	60,73
21—30	24,90	33,62	41,48
101—200	15,69	51,57	32,74
501 und mehr	6,25	64,90	28,85

Von den größeren und großen Streiks wird die Volkswirtschaft in entsprechend höherem Maße berührt, die Interessen auch der nicht am Kampf unmittelbar Beteiligten erfahren je nachdem schwere Schädigungen, was eher zu Interventionen zwecks Streiksbeendigung führt. Darum hier häufiger die Vergleiche mit Anerkennung teilweiser Erfolge.

Unsere Streikstatistik entbehrt noch in bedauerlich hohem Maße der Vollständigkeit und der Scharfsinnigkeit. Welche wichtigen Lehren aus einer vollständigen und detaillierten Zählung der Streiks, ihrer Dauer und Erfolge für die Praxis des sozialen Kampfes zu ziehen wären, lassen schon unsere auf einer leider sehr mangelhaften Streikstatistik beruhenden Ausführungen erkennen.

## Proben deutscher Sozialreform.

V.

Aus dem Gutachten des Reichsgesundheitsamtes.

Zu 3. Was endlich die dritte und kleinste Gruppe der hier zu besprechenden, im Fuhrwerksbetriebe beschäftigten Personen, nämlich die Stallleute anlangt, so ist deren Beschäftigung eine ganz wesentlich andere als diejenige der Fahrer. Es sind, wie bei der Vernehmung von Auskunftspersonen angegeben wurde, meist ältere Leute (junge Leute unter 16 Jahren wurden darunter bei der Erhebung überhaupt nur 67 gezählt), die Tag für Tag, auch Sonntags, die gleiche Arbeit zu verrichten, insbesondere den Stall auszuräumen und frisch mit Streu zu versehen; Futter und Wasser zum Tränken der Pferde herbeizuschaffen, die Tiere zu füttern, zu tränken, zu putzen und zu waschen und außerdem zum Teil abwechselnd in gewissen Fristen Stallwache zu verrichten haben. Diese Arbeiten werden vornehmlich im Stalle getan, jedoch nicht so, wie etwa von Fabrikarbeitern in der Fabrik, daß sie während der ganzen Dauer der Arbeitszeit sich in geschlossenen Räumen befinden. Ihre Beschäftigung führt sie so häufig ins Freie, daß eine Gefahr nicht besteht, es möchten sich die Schädlichkeiten, die der dauernde Aufenthalt in geschlossenen Räumen für die Gesundheit leicht mit sich bringt, bei ihnen geltend machen. Wie bei der Vernehmung der Auskunftspersonen ausgeführt wurde, ist die Beschäftigung der Stallleute mit einer besonderen Gesundheitsgefahr nicht verbunden, abgesehen davon, daß infolge des Umgangs mit Pferden eine gewisse, wenn auch nicht hohe Unfallsgefahr bestehen mag.

Was die Anforderungen betrifft, die diese Beschäftigung an die Körperkräfte des Einzelnen stellt, so sind sie nicht besonders hoch, denn eigentlich schwere Arbeit haben die Leute nicht zu verrichten; indes bringt ihr Dienst unter Umständen auch anstrengende Arbeiten mit sich, die geeignet sind, die Leute allmählich zu ermüden. Beispielsweise hat, wie angegeben worden ist, in manchen Betrieben ein Stallmann 18 Pferde allein zu besorgen. Allerdings dürfte das nicht die Regel sein; denn in anderen Betrieben sollen wesentlich weniger Pferde z. B. bei

der Allgemeinen Berliner Omnibusaktiengesellschaft nur ungefähr 8 auf einen Stallmann entfallen. Dazu kommt, daß die Leute zwar keinen völli freien Tag, wohl aber namentlich über Mittag in der Regel eine längere Arbeitspause haben. Bei der Erhebung ergab sich für 57,6 pCt. der Stallleute eine Gesamtdauer der regelmäßigen täglichen Pausen von 1 bis 2 Stunden und für 41,8 pCt. eine solche von 2 bis 3 Stunden und darüber. Außerdem ist zu bedenken, daß ihre Arbeit auch nicht so gleichmäßig und angepannt ist wie z. B. die der Fabrikarbeiter, daß sich vielmehr für den einzelnen, namentlich beim Wechsel der Verrichtungen immer gewisse Arbeitspausen ergeben, die inbezug auf ihren Erholungswert nicht zu unterschätzen sind. Wenn die Beschäftigung der Leute also auch im ganzen anstrengender ist als die der Personalführer, so ist sie doch nicht so beschaffen, daß dabei leicht Ueberanstrengung eintritt, auch nicht bei verhältnismäßig langer Arbeitszeit. Unter diesen Umständen kommt also vom gesundheitlichen Standpunkt aus hauptsächlich in Frage, ob den Leuten bei der gegenwärtigen Dauer der Arbeitszeit noch hinreichend Zeit bleibt, um ihr Schlafbedürfnis zu befriedigen. Dabei wird man davon ausgehen müssen, daß die Stallleute zwar nur ausnahmsweise über tags Zeit zum Schlafen finden, immerhin aber während ihrer Arbeitszeit beträchtliche Ruhepausen haben, und deshalb in der Regel mit 6 Stunden Schlaf und demnach 8 Stunden ununterbrochene Mindestruhezeit auskommen werden. Nun beträgt aber die Arbeitszeit der Stallleute im Sommerhalbjahr für 20,9 pCt. und im Winterhalbjahr für 21,0 pCt. mehr als 14 und davon für 2,1 pCt. bzw. 1,6 mehr als 16 Stunden. Dazu kommt, daß sich für einzelne in verhältnismäßig kurzen Zwischenräumen, in gewissen Betrieben angeblich zweimal in der Woche noch dadurch eine zeitweise Verlängerung dieser Arbeitszeit ergibt, daß sie zur Nachwache herangezogen werden. Es ist daher anzunehmen, daß gegenwärtig eine nicht ganz unbeträchtliche Zahl von Stallleuten nicht regelmäßig ihr Schlafbedürfnis in ausreichender Weise befriedigen kann und dadurch in ihrer Gesundheit gefährdet wird.

Daher erscheint es vom gesundheitlichen Standpunkte aus erforderlich, die Arbeitszeit der Stallleute in der Weise zu regeln, daß für sie eine regelmäßige Mittagspause von 2 Stunden Dauer und eine tägliche ununterbrochene Mindestruhezeit von acht Stunden oder eine wöchentliche Maximalarbeitszeit von 84 Stunden vorgeschrieben werden.

Was die Beschäftigung von Personen unter 16 Jahren im Fuhrwerksgewerbe anlangt, so ist deren Zahl außerordentlich gering; im Fuhrdienst wurden bei der Erhebung insgesamt nur 236 (davon 200 als Mitfahrer) und im Stalldienst nur 67 tätig gefunden. Da nun außerdem anzunehmen ist, daß keineswegs in allen diesen Fällen die jungen Leute dieselben Verrichtungen auszuführen haben, und unter sonst gleichen Verhältnissen leben, so fehlt neben einem hinreichenden Anlaß auch die Grundlage, die Beschäftigung solcher jugendlichen Personen im Fuhrwerksgewerbe vom gesundheitlichen Standpunkt aus einer Beurteilung zu unterziehen und zu ihrer Regelung Vorschläge zu machen.

So das Gutachten des Reichsgesundheitsamtes. Viel Theorie und recht wenig aus der Praxis, werden alle unsere im Berufe tätigen Kollegen sagen, die sich durch dieses Gutachten hindurchgearbeitet haben. Die Droschkentrittscher werden alt und grau — es gibt in Deutschland sogar einen solchen von 82 Jahren — bewegen kann ihr Dienst kein anstrengender sein, und er bedarf auch nicht einer gesetzlichen Beschränkung, sagt das Reichsgesundheitsamt; nun, die Droschkentrittscher selber sind anderer Meinung. Aber nicht der Praktiker Meinung ist heute maßgebend für die Gesetzgeber, sondern die Anschauung der medizinisch ausgebildeten Theoretiker. Wenn diese sagen, der Droschkentrittscherberuf sei so gesund, daß seine Angehörigen eine recht lange, übermäßig lange Arbeitszeit ohne körperlichen Schaden ertragen können, nun, dann müssen es die Kritiker glauben, ob sie wollen oder nicht. Der Fuhrdienst auf der Droschke resp. dem Personalfuhrwerk, soll nach der Anschauung der Gutachter im allgemeinen nicht den Charakter einer fortlaufenden anstrengenden Tätigkeit haben. Na, wir bezweifeln nach dieser Ansicht lebhaft, ob die oder der Gutachter schon einmal in ihrem Leben in einer Pferde- oder gar Autodroschke, in Berlin gefahren sind, die hätten sonst wirklich die Erfahrung machen müssen, daß ein Droschkenführer alle seine Sinne außerordentlich anspannen muß, um sein Gefährt heil durch den Weltstadtverkehr zu lenken. Und daß alle Leute nach solchen Anstrengungen einer Erholung ihrer Kräfte erst recht bedürfen, das dürfte selbst der Logik eines WGS-Schülers klar sein. Die Schädlichkeiten der unregelmäßigen Lebensführung, der ungleichen Einnahme der Mahlzeiten werden zugegeben. Aber die sogenannten Ruhezeiten sollen nach Meinung der Gutachter, wieder eine nahezu völlige Erholung von den im ganzen überhaupt nicht großen körperlichen Anstrengungen des Dienstes ermöglichen. Würde es nicht praktisch sein, wenn die Herren Gutachter einmal nur 14 Tage lang selber die Annehmlichkeiten der Ruhezeiten der Personalfuhrwerklenker durchkosten? Sie würden nach praktischer Absolvierung schon dieser kurzen Zeit sicherlich wesentlich anderer Meinung werden. Man gibt

ferner zu, daß die lange Arbeitszeit das Auftreten verschiedener Krankheiten zwar begünstigt, doch „nimmt man an“ — annehmen ist sehr gut — daß die Ursprünge jener auf andere Ursachen zurückzuführen sind. Beweise für letztere Annahme bleibt man einfach schuldig. Letzteres sollte ein Reichsgesundheitsamt im eigenen Interesse nicht tun. Erfolge gegen die Erkrankungen erwartet man nicht von einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit, sondern von Maßnahmen, die auf dem Gebiete der Wohlfahrtsrichtungen liegen. Im übrigen hält man, d. h. das Kaiserliche Gesundheitsamt, 6 Stunden Schlaf als genügend für einen solchen Personalfuhrwerklenker. Das übrige Schlafbedürfnis sollen diese Kollegen in der Wartezeit befriedigen. Was sagt die Polizei dazu? Sie wird hoffentlich folgebessert in Zukunft keinen, in der Wartezeit schlafenden Kutscher, mehr mit einem Strafmandat bestrafen.

Für die Omnibuskutscher gibt man die Schädigungen der langen Arbeitszeit für deren Gesundheit zu; es genüge aber zur Abhilfe dieses Mißstandes eine tägliche mindestens neunstündige Ruhepause — oder, dieses oder ist besonders wertvoll, in jeder Woche ein Ruhetag! Wer also jede Woche einen Ruhetag gewährt, der läßt seine Arbeiter an den übrigen Tagen bis an die Grenze des Zusammenbruchs ausbeuten, es schadet dies ihrer Gesundheit nichts. Die Theoretiker sagen es und die Praktiker haben es zu glauben, auch wenn ihnen ihr Körper das Gegenteil erzählt.

Etwas mehr Gnade als die Personalfuhrwerklenker haben die Lastfuhrleute vor den Augen der Wissenschaftler gefunden. Diesen gesteht das Gutachten die Notwendigkeit einer regelmäßigen zweistündigen Mittagspause und eine tägliche ununterbrochene Mindestruhezeit von zehn Stunden zu, für den Sonntag wird gar eine Beschränkung der Arbeitszeit auf zwei bis drei Stunden verlangt.

Nicht so die Stallleute. Sie sollen zwar eine regelmäßige Mittagspause von zwei Stunden nötig haben, dagegen genügt für sie schon eine achtkündige Mindestruhezeit und eine wöchentliche Maximalarbeitszeit von 84 Stunden. Deutsche Sozialreform. — Wasch mir den Pelz und mach' ihn nicht naß, so kann man mit mathematischer Genauigkeit eine treffende Formel feststellen.

Ist es sonderbar, daß die Gutachter des Reichsgesundheitsamtes fast konform gehen mit den Anschauungen der Arbeitgeber? Gewiß nicht; denn sie sind Fleisch vom Fleische der Bourgeoisie und kommen beim besten persönlichen Willen aus ihrer Haut, aus ihrem Milieu nicht heraus. Der Wissenschaft, dieser Göttin der Vernunft schafft man aber mit solchen „wissenschaftlichen“ Gutachten kein besonderes Renommee unter denen, die die Wissenschaft nur vom Hörensagen, die Praxis aus eigener Erfahrung kennen. Im Interesse der Wissenschaft bedauern wir es lebhaft, daß solche Gutachten geeignet sind, beim Manne im Volke die Achtung vor der Logik der Logik schwinden zu lassen. Die Vorgesetzten freilich wissen nur zu gut, daß auch die Wissenschaft nur ein Produkt der Verhältnisse und der mehr oder minder großen Einsicht der Menschen ist. Daß auch ihr die Unvollkommenheit des Menschen anhaftet, daß die Wissenschaft im allgemeinen nichts festes, sondern ein noch tief in der Entwicklung stehendes Ding ist. Und erst die medizinische Wissenschaft im besonderen. Die steckt noch gar sehr in den Kinderschuhen, ja im Embryonenzustande, und so können wir von ihr wirklich nicht verlangen, daß sie Vollkommenes leiste. Und dann wird wenigstens das vorzüglichste aller vorzüglichsten Gutachten Beachtung bei den gesetzgebenden Körperschaften finden? Wir wagen es kaum zu hoffen. In Deutschland ist gegenwärtig die Schatzmacherei mit ihrer gefüllten Kompostkassette Trumf.

Eine deutsche Regierung ist zugefandenerrmaßen nur der Kommit des Kapitalismus, nicht der Rechtswart des arbeitenden Volkes. So wird denn jeder sozialpolitische Schritt dahin weit mehr erwogen, ob er dem Unternehmertum 5 pCt. momentane Vorteile — nicht aber, ob er den Arbeitenden 50 pCt. Gewinn bringt. Nicht die Rücksichten auf das Volk, nein, nur die Rücksichten auf die Creme leiten die Regierenden. Das ist alle Tage mit tausenden Belegen zu bezeugen. Die deutsche Sozialpolitik reformiert gerade so weit, wie sie durch das stürmische Anbrängen der Massen geschoben wird, nicht einen Millimeter weiter. Und ihr Tempo gleicht einem schwerbeladenen Wagen, der von den kräftigsten Männern des Volkes unter Einsatzung aller Körperkräfte so peu a peu eine tiefe Ebene hinauf geschoben wird.

Wer sich also ganz und gar auf die Schneckenpost der deutschen Sozialreform verläßt, der kann so all-

wie Metusalem werden, ohne daß er von Hebung seiner wirtschaftlichen Lage etwas zu spüren bekommt. Da aber heutzutage die Menschen nie mehr solch biblischeres Alter erreichen, um sie gut, durch eigene Kraft für die Besserung ihrer Daseinsverhältnisse zu sorgen, und dies geschieht am besten durch den Zusammenschluß, für die Arbeiter durch die Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsorganisation. Selbst ist der Mann und ein trauriger Geselle, der sich auf die Borsehung von oben verläßt, er ist verlassen.

### Eine Wanderung durch Thüringen.

III.

Wir bleiben zunächst im Gebiete Sachsen-Weimar und wandern über das Schlachtfeld bei Bierzeihen, auf dem am 14. Oktober 1806 die „denkwürdige“ Schlacht bei Jena stattgefunden, nach der Unversitätsstadt Jena. Bekannt ist der Ort zum guten Teil auch durch seine Unversität. Hier befinden sich ferner die weltbekannten Zeiß-Werke, welche uns an den verstorbenen Professor Abbe, den Stifter des Jener Volksbundes, in welchem 1905 der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie tagte, erinnert. In Jena herrscht ein reges Gewerkschaftsleben, neben den reinen Gewerkschaften sind hier auch noch die „Hörche“ vertreten, jedoch in minimaler Zahl, so daß dieselben selten bei einer Aktion in Frage kommen. Unsere Organisation ist trotz des vor einigen Jahren verloren gegangenen Streiks immerhin stabil geblieben, jedoch genügt die Zahl der organisierten Kollegen noch lange nicht, um erfolgreich gegen das Unternehmertum vorgehen zu können. Ganz besonders die Kollegen aus den Schwerfuhrwerksbetrieben haben allen Grund, die persönlichen Unzulänglichkeiten zu beklagen und ein einiges kollegiales Zusammenarbeiten zu zeigen, damit die Agitation in dieser Branche wieder besser betrieben werden kann. Es muß hier jedoch gesagt werden, daß auch einzelne stolzen Funktionäre nicht immer die richtige Agitationsform innegehalten haben! Wenn auch in letzter Zeit eine Besserung eingetreten ist, so meinen wir doch, daß noch immer mehr darauf geachtet werden muß, daß unüberflüssiger Stoff aus den Reihen der Mitglieder ferngehalten wird. Auch ist es dringend notwendig, daß die älteren Mitglieder sich wieder mehr um den Ausbau der Organisation kümmern und den neueren Mitgliedern mit gutem Beispiel in der Agitationsarbeit vorangehen. Die Löhne sind hier nicht besser, wie in den meisten mittleren Städten Thüringens, das selbe läßt sich von der Arbeitszeit sagen. Wir glauben es nicht notwendig zu haben, gerade die „Jenerer“ auf die Notwendigkeit einer baldigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hinzuweisen; wissen doch die Kollegen selbst, wo ihnen der Schuh am meisten drückt. Mit den einzelnen Betrieben wollen wir uns heute nicht beschäftigen, bemerken wollen wir jedoch, daß auch für den Betrieb des Hospitales (Ehardt) bald wieder die Zeit kommen wird, wo sich die Kollegen wieder dem Verbandsaufschließen. Denn gerade das Verbot der Zugehörigkeit zur Organisation ist das wirksamste Mittel, die unangestrichelten Kollegen auf die Mißstände im Betrieb und auf ihre wirtschaftliche Lage aufmerksam zu machen. Unsere Mitglieder werden dafür sorgen, daß auch den Kollegen bei Ehardt zu genügender Zeit der Weg zur Organisation gezeigt wird. Nun noch ein Wort zu dem Versammlungsbuch! Kollegen, das eine muß gesagt werden, selbst wenn sonst nichts in der Zahlstelle auszufügen wäre, der Besuch der Versammlungen muß auf jeden Fall ein bedeutend besserer werden. Es ist doch eine beschämende Tatsache, wenn stets nur immer eine handvoll Kollegen und dann fast immer dieselben anwesend sind! Wache es sich daher jedes Mitglied zur Pflicht, die Versammlungen stets und pünktlich zu besuchen. Nur in ganz dringenden Fällen darf geschwänzt werden.

In der Nähe von Jena liegt das kleine altburgische Städtchen Roda. In Roda und Umgebung haben wir eine große Anzahl Verursachter bezügl. Langholzfuhrleute, die noch unter den denkbar traurigsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden haben. Die Organisation hat auch hier in letzter Zeit etwas Eingang gefunden und hoffen wir, daß es gelingen möge, recht bald eine größere Anzahl Kollegen zu gewinnen. Die organisierten Kollegen müssen hier ihre Pflicht darin sehen, die Fernstehenden aufzuklären und mit Eifer an dem weiteren Ausbau der Organisation zu arbeiten, damit wir bald eine selbständige Zahlstelle für den Ort schaffen können.

Wir begeben uns nun zurück nach Goschwitz und benutzen von dort aus die Saalbahn, um über Nauga, Oranienburg nach Bismarck zu gelangen. Hier ist die Textilindustrie stark vertreten; überall sehen wir die riesigen Schloten und kasernenartigen Fabrikgebäude hervorstechen; schon von weitem machen uns die raschenden Maschinen auf die Branche aufmerksam. In letzter Zeit ist dieses jedoch nicht mehr der Fall, denn hier hat sich die Wirtschaftskrise in ihrer ganzen Macht gezeigt. In allen Fabriken wird mit verkürzter Arbeitszeit und reduziertem Arbeitspersonal gearbeitet. Auf verschiedene Firmen hat sich bereits der Arbeiter nieder gelassen, einige andere, darunter zum Teil bedeutende Firmen, haben sich bis jetzt nur mit äußerster Anstrengung „über Wasser“ gehalten. Dadurch ist selbstredend auch eine Stagnation in dem Gewerkschaftsleben eingetreten und der im Vorjahre einsetzende Aufschwung hat einem Stillstand Platz gemacht. Unsere Zahlstelle ist hier noch klein; jedoch könnte dieselbe bei einem guten Willen der Verursachter zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor werden. Wenn die Kollegen Expeditionsfuhrer, besonders die Kollegen bei der Firma Freyholdt, geschlossen dem Verbands beitreten würden, wäre es ein Leichtes, die hier

gezählten schlechten Löhne aufzubessern. Es ist doch ein Jammer, wenn man sehen muß, daß hier die Berufskollegen bei ihrer durchweg schweren Arbeit noch Löhne von 16, 17 und 18 Mk. erhalten und dies bei einer Arbeitszeit vom frühen Morgen bis zum späten Abend. Wie notwendig die Organisation hier in Pöbried nach jeder Richtung ist, das haben wohl auch diejenigen Kollegen eingesehen, denen der Verband in schwierigen Situationen helfend unter die Arme griff. An unsere Mitglieder appellieren wir, sorgt auch in den Zeiten der Krise für rege Agitation, damit uns die Arbeit beim Aufschwung der Konjunktur nicht zu schwer wird.

Von hier begeben wir uns über Triptis—Weida nach der Residenz des Fürsten Reuß j. L., nach Gera. In Gera ist gleichfalls die Industrie stark vertreten; wir finden hier vornehmlich Textilfabrikation, neben dieser jedoch auch namhafte Maschinen-, Porzellan-, Leder- und Tabakfabriken. Auch das Berufsleben ist stark ausgeprägt. Das Organisationsverhältnis ist im allgemeinen ein gutes; der unermüdbliche Eifer der Gewerkschaften hat es zustande gebracht, daß neben dem Arbeitersekretär auch noch ein Geschäftsführer für die Arbeiten des Gewerkschaftsrates angestellt werden konnte. Unsere Zahlstelle hält sich in letzter Zeit immer auf stabilem Boden. Wenn auch kein besonderer Fortschritt in der Mitgliederzahl zu verzeichnen war, so kann doch konstatiert werden, daß die innere Gestaltung der Organisation eine bessere geworden ist. Die durch die letzte Lohnbewegung im Expeditions-gewerbe eingetretene Schwächung der Ortsklasse ist vollumfänglich beseitigt und ist zu hoffen, daß dieselbe bei geeigneter Zeit einen wirklichen Kampfsfonds bilden wird. Eine bemerkenswerte Tatsache ist es, daß hier die Kollegen im Handelsgewerbe, speziell die Kollegen Hausdiener und Packer, so stupide sind. Wogegen in anderen größeren Städten die Handelshilfsarbeiter größtenteils die Elitegruppe darstellen, schwelgen hier die Kollegen noch in Vergnügungs- und sonstigen Klubbvereinen. Trotzdem gerade hier im Handelsgewerbe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse oftmals so traurige sind, daß man nicht von einem Leben, sondern höchstens von einem Vegetieren sprechen kann, können die meisten der Kollegen doch nicht ihre Hundebumt vor dem Kapitalismus ablegen. Nun, die Zeit wird auch hier noch Wandel schaffen und unsere Funktionäre und Mitglieder werden nicht veräumen, immer wieder in die Kreise mit der Fackel der Aufklärung hinein zu leuchten. Im Transportgewerbe liegen die Dinge schon bedeutend besser; hier ist der Organisationsgedanke ziemlich gut eingedrungen und das System der Vertrauensmänner hat dazu geführt, daß immerhin ein gutes Zusammenarbeiten besteht. Daß dies auch hier notwendig ist, beweisen uns die noch herrschenden Löhne. Denn Löhne von 19 bis 21 Mk. sind im Vergleich zu den drückenden Lebensbedingungen und der in Betracht kommenden schweren Arbeit bei 14 bis 16stündiger Arbeitszeit, als vollständig unzureichend zu bezeichnen. Des weiteren haben unsere Kollegen im Transportgewerbe vor allen Dingen noch dafür zu sorgen, daß ihre Organisation in allen Fällen als berechnete Wertetext anerkannt wird und Lohnverträge nur durch und mit der Organisation abgeschlossen werden, damit der Einzelne auch stets genügend geschützt ist. Sonderbar mutet es an, wenn man hört, daß in einer Firma mit zwei Abteilungen, die eine vollständig organisiert, die andere dagegen vollständig indifferent ist! Die bei der Gerarer Straßenbahn A.-G. beschäftigten Führer, Schaffner etc. stehen heute noch auf dem vom Hochmutseiseln eingegebenen Beamtenstandpunkt und somit der Organisation fern. Dagegen sind die bei derselben Firma, Abteilung Expedition, beschäftigten Kollegen bis auf den letzten Mann organisiert und zum Teil die Träger der Organisation mit. Man müßte doch annehmen, daß das Beispiel dieser Kollegen schon aufklärend auf die Angestellten der Abteilung Straßenbahn wirken müßte, aber leider läßt es scheinbar die „Uniform“ und in vielen Fällen vielleicht auch „der frühere Beruf“ nicht zu, sich mit Rutschern usw. in einer Organisation zu organisieren. Oder sind die Verhältnisse so gute, daß nichts zu verbessern ist? Wir glauben's nicht!

Indem wir unsere Wanderung nach Norden fortsetzen, gelangen wir nach Zeitz. Die Umgegend von Zeitz ist mit Kohlenbergwerken besät; in Zeitz selbst finden wir vor allen Dingen, neben verschiedenen Maschinen- und Zuderwarenfabriken, die Rindermaschinenfabrikation verbreitet. Eine der größten Fabriken Deutschlands, die Firma Mäher, verbreitet sich über mehrere Straßenzüge. Das Organisationsverhältnis in unserem Beruf hat sich gut entwickelt; trotzdem Zeitz noch lange nicht an die Spitze der größeren Städte Thüringens bezüglich Einwohnerzahl steht, so nimmt die Zahlstelle nunmehr doch den zweiten Platz in der Organisation ein. Hoffentlich ist der Aufschwung kein vorübergehender, sondern wünschen wir, daß es gelingt, die Mitglieder festzuhalten und auch die jetzt noch Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen. Dazu bedarf es vor allen Dingen einer einigen, solidarisches zusammenarbeitenden Leitung! Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß alle persönlichen Momente stets beiseite gelassen werden und nur der Organisationsgedanke als leitendes Motiv betrachtet wird. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind auch hier zum Teil noch die denkbar traurigsten und wird es noch viel Mühe und Arbeit kosten, um auch hier wenigstens annehmbare Zustände zu schaffen. Deshalb sind hier die Kollegen Bierkutscher nicht organisieren, ist unbegreiflich, da doch gerade diese nicht auf Rosen gebettet sind! Ein sonderbares Kleinlein beherbergt Zeitz noch in Gestalt eines „Rutschervereins“! Wenn schon feststeht, daß die meisten Mitglieder aus Lohn- und Fabrikarbeitern sich rekrutieren, so sollte sich doch diese Riede nicht einen Namen beilegen, der gar nicht paßt. Nur um sagen zu können, die Rutschern sind noch Freunde von Klubbim, gelingt ja

doch nicht, denn die Zeitzer Rutschern wissen seit langer Zeit, daß ihre wirtschaftlichen Interessen nur in einer guten Organisation vertreten werden können.

Das Zeitzer Kohlenrevier durchreisend, gelangen wir nach der kleinen Stadt Leuchera. Hier ist außer den umliegenden Schächten eine Industrie nicht vorhanden, dagegen sind etwa 40 bis 50 Berufskollegen am Orte. Die Mehrzahl sind, wie dies sich schon aus der Lage der Stadt ergibt, Kohlen- resp. Koks-kutscher, welche den Transport von und zu den einzelnen Schächten besorgen. Wir haben hier eine gute Zahlstelle geschaffen, welche alle Aussicht hat, den Verhältnissen entsprechend, zu gedeihen. Bemerkenswert müssen wir aber, daß auch hier der persönliche Streit endlich begraben werden muß, denn die fortwährenden Fäulereien untereinander hindern uns nur in der Entwicklung der Organisation, sind somit zum Schaden für die Kollegen, größtenteils aber zum Vorteil für die Unternehmer.

Wir benutzen nun die Kleinbahn und gelangen so nach dem im Saale-tale gelegenen Naumburg. In diesem schön gelegenen Städtchen mit etwa 28 000 Einwohnern liegt das gesamte gewerkschaftliche und politische Leben darnieder. Naumburg ist ohne jede größere Industrie-Niederlassung, dagegen vollständig von aktiven und pensionierten Beamten durchsetzt, und diese stärken in jeder Weise die Arbeitgeber in ihrer Arbeit gegen die Organisationen. Mit vieler Mühe ist es uns gelungen, hier eine Zahlstelle zu schaffen, jedoch haben sich viele Kollegen schon durch den ersten Vorstoß der Unternehmer einschüchtern lassen und sind zurückgetreten. Wie notwendig aber gerade in Naumburg die Organisation unter unseren Berufskollegen ist, das beweist uns doch der gezahlte Lohn im Expeditionsgewerbe. Herr Expeditur-Führer, ein vermöglicher Mann, den man auf Millionen schätzt, zahlt z. B. seinen Kollern 10 bis 12 Mk., den Kutschern 18 Mk. pro Woche. Man muß sich wirklich fragen, wie es möglich ist, daß die Kollegen bei diesem Lohn und den kolossal teuren Unterhaltungskosten in Naumburg leben können? Aber wenn man sich die Wohnungen unserer Kollegen ansieht, dann bekommt man schon einen kleinen Begriff, wie hier das Leben aussieht! Nun, wenn auch der Klavensinn sehr tief in den Reihen der Berufskollegen wurzelt, wir werden nicht ermüden, immer wieder und wieder den Gedanken an die Organisation wachzurufen, bis auch hier der Wall durchbrochen.

Die Unstrutbahn benutzend gelangen wir nun nach dem Soolbad Artern. Mehrere Maschinenfabriken sowie eine Brauerei und Malzfabrik bilden hier die Industriebetriebe. Bei Gründung unserer Zahlstelle schien es, als ob unsere Berufskollegen gewillt wären, mit aller Macht ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, aber schon nach kurzer Zeit unterlagen auch hier viele den Einwirkungen der Unternehmer und der Polizeibehörde. Wenn sich unsere Kollegen nur einigermaßen ihrer Lage bewußt wären, dann müßte es eine Kleinigkeit sein, Löhne von 12 bis 15 Mk. bedeutend zu erhöhen. Hier wird es notwendig sein, daß die Funktionäre alles ausbieten, um mit Hilfe der übrigen Organisationen den Kollegen die Augen zu öffnen.

Unweit Artern liegt die Industriestadt Saengerhausen, welche neben einigen Schuhfabriken mehrere größere Maschinenfabriken beherbergt. Unsere Zahlstelle hat hier einen guten Bestand und versuchen die Mitglieder stets ihre Lage entsprechend den Zeitverhältnissen zu verbessern. Daß es der Mitgliedschaft damit wirklich ernst ist, hat diese dadurch bewiesen, daß sie fast einstimmig den früheren Beitrag von 30 auf 45 Pf. erhöht hat. Einen Fehler müssen wir jedoch rügen und das ist der schlappe Besuch der Versammlungen. Aus der Erfahrung müßten die Kollegen wissen, daß es dringend notwendig ist, stets die Versammlungen zu besuchen, um immer in allen Dingen informiert zu sein. Deshalb aufgewacht Kollegen, regelmäßig und pünktlich die Versammlung besucht, damit wir ständig gewappnet dem Unternehmertum gegenüberstehen.

In der Nähe des Harzes angelangt, begeben wir uns jetzt nach Nordhausen. Unmittelbar am Harz gelegen, beherbergt Nordhausen eine große Anzahl Kornbrennereien und ist das hier hauptsächlich hergestellte Produkt weit und breit unter dem Namen „Nordhäuser“ bekannt. Auch finden wir hier eine Tabak-, speziell Kau-abadfabrikation, deren bedeutendste Firmen hier ihren Sitz haben. Die Arbeiterbewegung ist hier im allgemeinen gut vorgeschritten. Unsere Organisation hat sich nach einer vor einigen Jahren durchgemachten inneren Krise in letzter Zeit wieder gut erholt und steht zu hoffen, daß die Wirkung davon sich bald in Gestalt von Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zeigen wird. Die Löhne differieren hier zwischen 17 bis 20 Mk. bei einer durchschnittlich 14stündigen Arbeitszeit. Ein besonderes Moment ist, daß die hiesigen Unternehmer seit neuerer Zeit dem Arbeitgeberverbände angehören und alles versuchen, um die Praktiken dieses Scharfmacherverbandes auch hier zur Geltung zu bringen. Die Wahsamkeit unserer Mitglieder wird dafür sorgen, daß die Bäume des Hochmuts nicht allzu kraffe Blüten zeigen.

Von hier aus begeben wir uns zur westlichsten Spitze des Bezirkes, nicht direkt zu den thüringischen Staaten gehörend, treffen wir da zunächst Göttingen an. Eine Universitätsstadt ähnlich wie Jena, nur mit dem Unterschied, daß hier der Industriebetrieb und dadurch auch die Arbeiterbewegung nicht so funktioniert als dort. Trotzdem sind aber gerade für unseren Beruf die Verhältnisse nicht ungünstig, da hier ein reges Berufsleben herrscht. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind gerade nicht die besten, stumalen aber Löhne von 15 bis 18 Mk., ja in den Lohnfuhrbetrieben zum Teil nur 12 bis 14 Mk. gezahlt werden. Die Zahlstelle hatte sich im letzten Jahre ganz gut gehoben; leider brachte der Aufschwung auch einige Lohnbewegungen mit, welche

nicht den erwünschten Erfolg hatten. Hier müssen sich die Kollegen ein Beispiel nehmen und alles daran setzen, daß möglichst einheitliche Bewegungen geführt werden und dann zu Zeiten, wo die Unternehmer nicht jeden Zwallsben gebrauchen können. Der Streik der Drochsenkutscher wird wohl noch lange in Erinnerung bleiben, sowohl wegen der Wachtprobe, welche der Unternehmer hierbei unternahm, als auch wegen aller anderen Begleiterscheinungen, z. B. demunzierende Arbeitswillige, „von Räubern auf der Weender Chaussee angefallenen Hausreißer“, angenehme Stunden vor dem Gewerbegericht usw. Wenn auch von den Scharfmachern mit allen Mitteln an der Vernichtung der Zahlstelle gearbeitet wird, es soll und wird ihnen nicht gelingen, dieses zu erreichen. Unsere Mitglieder werden alle ihnen zu Gebote stehenden Kräfte anspannen, um auch in Zukunft wieder die Säumnigen heran zu holen und Indifferente aufzuklären, damit auch hier bei bester Gelegenheit die Verhältnisse einer durchgreifenden Regelung unterzogen werden können.

Ueber die Höhen bei Dransfeld gelangen wir dann nach dem industriell gut entwickelten Städtchen Hann.-Minden. Hier, wo Werra und Fulda zusammenfließen und dadurch die Weser bilden, hat sich unsere Organisation im Vorjahre gut entwickelt. Es muß auch anerkannt werden, daß, nachdem die alten Streitpunkte beseitigt waren, alle Kollegen mit Eifer an dem Ausbau der Zahlstelle arbeiteten und der Erfolg hat sich dann auch sehr bald gezeigt. Die allgemeine Lohnbewegung des vorigen Jahres brachte uns nicht alles, was wir wünschten, aber wir können sagen, wir sind ein erhebliches Stück nach vorwärts gerückt. Wenn wir nicht alles erreicht haben, so beweisen doch unsere hiesigen Kollegen, daß es ihnen daran gelegen ist, gelegentlich das noch Fehlbende nachzuholen, indem sie nunmehr trenn zur Organisation halten. Die wenigen Außenseiter, welche noch vorhanden sind, können wir zum Teil nicht gebrauchen, zum Teil sind es Mörgler, denen die Nase des einen oder anderen Kollegen nicht paßt. Progenial der Zahl der Berufsangehörigen ist jedoch Münden eine der bestorganisierten Zahlstellen des Bezirkes. Mögen unsere Kollegen dafür sorgen, daß diese Tatsache auch für die Zukunft stets bestehen bleibt.

Wir begeben uns nunmehr nach Kassel, der größten Zahlstelle des Bezirkes. Kassel ist Großstadt und mit allen Industriezweigen versehen; auch das Berufsleben ist hier ein sehr reges. Was das allgemeine Organisationsverhältnis anbelangt, so kann man zufrieden sein. Auch unser Verband hat eine gute Entwicklung durchgemacht, jedoch ist hier auch noch sehr viel Arbeit zu leisten. Es wird Aufgabe der Funktionäre sein, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Entwicklungsgang nicht gehemmt, sondern in jeder Weise gefördert wird. Eine Hauptaufgabe muß die Ortsverwaltung darin erblicken, daß sie für tüchtige Bearbeitung der einzelnen Betriebe sorgt, und das System der Betriebsvertrauensmänner strikte zur Durchführung bringt. Denn je mehr Mitarbeiter, je größer der agitatorische Erfolg.

Zum Schluß unserer Wanderung besuchen wir noch das im oberen Unstruttale gelegene Mühlhausen i. L. H. Ehemals freie Reichsstadt, bildete Mühlhausen während des Bauernkrieges 1523—1525 den Hauptstich dieser Bewegung. Hier wirkten Thomas Münzer und sein Freund Heinrich Weiser, welche beide hier als Häufelsführer der Bewegung hingerichtet wurden. Auch in den graufamen Zeiten des 30-jährigen und 7jährigen Krieges ist Mühlhausen ein bekannter Name gewesen. 1802 wurde die Stadt Preußen einverleibt und heute ist Mühlhausen eine wohlhabende Stadt, weithin bekannt durch seine Fabrikation von Textil- und wollenen Phantasiwaren, Fahrrädern und Näh- und Strickmaschinen. Die Arbeiterbewegung ist hier aber noch nicht in genügendem Maße ausgehoben. Hier haben leider auch die „Christen“ noch mehrere Zweigniederlassungen, welche sich oftmals den freien Gewerkschaften als Gegner zeigen. Unsere Organisation leidet hier stark unter dem Mangel an geeigneten Kräften. Die Wenigen, welche hier Energie und Interesse zeigen, sind nicht immer in der Lage, die Arbeiten der Organisation durchzubringen. Der Indifferenzismus ist hier noch sehr stark vertreten und haben daher die Unternehmer leichtes Spiel. — Wohin dies führt, zeigen uns die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf. Bis vor kurzer Zeit herrschte hier noch im Expeditionsgewerbe das Erntelohn-Lohnsystem, welches erst durch plötzliches Vorgehen der Organisation beseitigt wurde. Heute noch werden 15 bis 18 Mk. Lohn bei einer Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 9 auch 10 Uhr abends gezahlt. Wenn unsere Berufskollegen, anstatt den Klubbim zu hulldigen, sich etwas mehr um ihre Organisation bekümmerten, wäre es auch hier sehr bald möglich, geregelte Verhältnisse zu schaffen.

Unweit Mühlhausen liegt das noch etwa 12 000 Einwohner zählende Schwefelbad Langensalza, welches durch seine außerordentlich starke Schwefelquelle, als auch durch die hier am 27. Juni 1866 stattgefundenen Schlacht zwischen Preußen und Hannoveranern bekannt ist. Langensalza hat eine gute Textilindustrie, sowie mehrere andere kleine Industriezweige. Eine bereits gegründete Zahlstelle unseres Verbandes ging nach kurzer Zeit wieder ein, weil die Furcht vor den Unternehmern bei unseren Kollegen noch zu groß ist. Ueber kurz oder lang wird auch hier wieder etwas getan werden müssen, um die Löhne von 12 bis 15 Mk. zu beseitigen.

Wir sind am Ende unserer Wanderung angelangt und können nur sagen, daß unserer Organisation in ganz Thüringen noch eine Menge Arbeit harret. Ganz abgesehen davon, daß fast noch einmal soviel Orte vorhanden sind, welche wir nicht genannt haben und wo noch keine Zahlstellen

unseres Verbandes vorhanden sind, verdienen doch die bereits genannten Orte einer so intensiven Arbeit, um menschenwürdige Zustände in unserm Beruf zu schaffen, daß es der Mitarbeit aller Kollegen bedarf, um vorwärts zu kommen!

Deshalb auf Transportarbeiter Thätigung, agitiert, organisiert, rüft die Massen der Säumnigen auf damit auch in unserm schönen Thüringen die Transportarbeiter die Stelle in der Arbeiterbewegung einnehmen, die ihnen gebührt.

**Nach etwas vom alten Pops.**

Es gibt keine Kategorie von Lohnarbeitern, die so wie die Handelsarbeiter unter dem alten Pops in der mannigfachen Weise zu leiden haben. Keine hat wie sie in gleichem Maße mit alten, aus längst vergangenen Zeiten stammenden Gebräuchen zu rechnen, die sie wie ein Bleigewicht an den Füßen mit herumzuschleppen gezwungen sind. Es ist einleuchtend, daß Profetarier, die nicht die relative Beweglichkeit wie die gelehrten Berufsgruppen haben, die überall, bei jeder Gelegenheit, über veraltete, dem Zeitgeist in seiner Weise mehr entsprechende Sitten und Gebräuche stolpern, daß solche Gruppen bei der Agitation unter den eigenen Kollegen weitaus größere Schwierigkeiten zu überwinden haben, als jene anderer Berufe. Diese rückständigen Anschauungen und Gewohnheiten sind im Handelsgewerbe auf beiden Seiten verbreitet. Man findet sie bei den Unternehmern sowohl als auch bei den Angestellten. Natürlich muß zugegeben werden, daß alles das, was uns heute so veraltet erscheint, früher mal natürlich und selbstverständlich war, aber doch jetzt infolge der technischen und allgemeinen Entwicklung eben zum alten Eisen geworfen zu werden verdient. Schon mit Aufzählung all des alten Plunders ließen sich ganze Seiten füllen. Aber für heute wollen wir uns nur mit einer Speziale dieser großen Art rudimentärer Ueberbleibsel beschäftigen: Das sind die Quittungen, die heute den Arbeitern und Angestellten der kaufmännischen Betriebe bei ihrem Abgang für ihre längere oder kürzere Tätigkeit ausgehändigt werden: die Arbeitszeugnisse.

„Aber ein Zeugnis“, wird man einwenden, „ist doch unbedingt nötig, wenn man Arbeit bekommen will; jeder Chef fragt doch danach und wird sich hüten, jemand einzustellen, der nicht im Besitz tauglicher Zeugnisse ist.“ Freilich, dem armen Stelmdürste es schwer werden, unter den heutigen Verhältnissen Arbeit zu finden, wenn ihm nicht von seinen früheren Chefs ein sauberes, schwarz auf weiß, sein Fleiß, seine Ehrlichkeit, seine Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit und Gott weiß was sonst noch — bescheinigt wird. Fehlt nur noch, daß man einem Handelsarbeiter seinen Sündenbekenntnis bestätigt. Also notwendig sind die Zeugnisse, und doch soll diese Einrichtung zum alten Pops gehören? Gewiß, eben darum sind sie doch nur noch notwendig, weil man sich seitens unserer Chefs von diesem alten Pops nicht trennen kann. — Es spricht durchaus nicht gegen die Nützlichkeit dieses Brauches, daß das Gesetz (d. h. die Gewerbeordnung) sich damit befaßt hat und „Arbeitgeber“ zwingt, auf Verlangen des Arbeitnehmers die Bescheinigung über Art und Dauer seiner Beschäftigung auch über Leistung und Führung auszusprechen. Hat doch das Gesetz schon manches andere vermoderte Ueberbleibsel künstlich konserviert. Was ist nun der Zweck eines Zeugnisses und was soll damit erreicht werden?

Ein Zeugnis soll dem Arbeitgeber eine Kontrolle ermöglichen über die Vergangenheit, über Art und Weise seiner Tätigkeit und auch, was die Hauptsache ist, über die gute oder schlechte Führung des sich um eine Arbeitsstelle Bewerbenden. Es soll dem Unternehmer die Gewähr bieten, daß derjenige, welcher bei ihm arbeiten will, auch alle die guten Eigenschaften bei ihm entwickelt, die er laut Zeugnis schon vorher besaß, zu Ruhm und Frommen seines Chefs.

Wie steht es aber nun mit dem wirklichen Wert des besagten Dokumentes? Hat es tatsächlich den großen Wert, den man ihm beimißt? Garantiert es dem Unternehmer, nun einen fleißigen, ehrlichen usw. Arbeiter? Wer nur einigermaßen die Verhältnisse in unserem Berufe kennt, wird diese Fragen nur mit „Nein“ beantworten. Angenommen, der neue Arbeiter war wirklich bisher alles das, was er schwarz auf weiß hat, wer will dafür einstehen, daß er es auch in Zukunft bleibt, daß er nicht eine gute Gelegenheit bemißt und — eben nicht mehr ehrlich und zuverlässig ist? Nun „fliegt“ er natürlich. Ist er nun längere Zeit im Geschäft tätig, denkt der Chef: Na, er hat mal eine Dummheit gemacht, und da er sonst ein tüchtiger Mensch war, wollen wir weiter nichts unternehmen; und man bescheinigt ihm sogar auf seinem Zeugnis seine Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit, trotzdem er mal schwach war, — um ihm in seinem Fortkommen nicht hinderlich zu sein. Mit diesem neuen Zeugnis und den allen sucht er nun wieder Arbeit und findet auf Grund seiner „guten Papiere“ auch welche. Ist nun nicht der Zweck der Zeugnisse illusorisch gemacht? Man wird einwenden: „Na, mein Lieber, der Chef wird sich doch noch mündlich erkundigen und dann eine andere Auskunft bekommen.“ Gewiß, aber was hat denn ein Zeugnis nun noch für einen Wert, wenn der Inhalt desselben mit der mündlichen Auskunft nicht übereinstimmt? Und wenn der Chef sich aber nicht erkundigt? — In diesem Fall ist er doch gewissermaßen betrogen. Auf alle Fälle ist der Wert eines Zeugnisses ein sehr zweifelhafter. — Aber wie oft kommt es vor, daß einem arbeitssuchenden Handelsarbeiter seine Zeugnisse verloren gegangen sind, oder diese ihm abgeschwindelt werden,

wie es erst kürzlich vorgekommen ist. Er bemüht sich vergebens, eine Papere Arbeit zu bekommen.

Unsere Prinzipalität hängt so sehr an diesem alten Pops, daß sie es gar nicht versteht, daß man ein tüchtiger Arbeiter sein kann auch ohne Zeugnisse. So wird schließlich der Arbeitslose direkt gezwungen auf irgend eine Weise Ersatz zu schaffen, wenn er nicht verhungern will. Wird so ein Unglücksmanndmal erwischt, muß er natürlich bestraft werden. Aber es gibt immer nur die gesetzlich niedrigste Strafe, höchstens ein paar Tage Gefängnis, während doch sonst Urkundenfälschungen hart bestraft werden. Die Gerichte erkennen also indirekt eine gewisse Zwangslage an und urteilen danach. Es würde ohne diesen alten Pops mindestens ebenso gut gehen als mit demselben. Geht es doch in der Industrie ohne Zeugnisse sehr gut. Hier ist die Leistung maßgebend, nicht ein Stück Papier. Und wenn man einwendet: „Es ist im Handelsgewerbe etwas ganz anderes, man ist da auf Zeugnisse mehr angewiesen als in der Industrie, der besonderen Verhältnisse wegen.“ so kann man dagegen die Frage aufwerfen: „Hat denn ein gutes Zeugnis schon mal einen Handelsarbeiter daran gehindert, eine günstige Gelegenheit, die sich ihm gerade bot, wahrzunehmen und was, was ihm einen Wert zu haben schien, mitzunehmen? Haben nicht alle diejenigen die sich mal auf diese Weise vergaßen, gute Zeugnisse? Also, wozu eine Einrichtung noch länger hochhalten, die sich überlebt hat und zur Plage für viele Arbeitssuchende geworden ist?

**Das Policenwesen im Fensterreinigungsgewerbe.**

Eine Frage, die für unseren Beruf von ganz besonderer Bedeutung ist, und die deshalb ein größeres Interesse unter den Fensterreinigern beanspruchen dürfte, ist zweifellos die Frage des Policenwesens. Schon des öfteren haben die Kollegen in den verschiedenen Städten sich mit dieser Frage beschäftigt, ohne jedoch zu einem befriedigenden Resultat zu gelangen. Auch die im Jahre 1906 in Berlin abgehaltene Konferenz der in Reinigungsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatte in dieser Hinsicht zu keinem positiven Ergebnis geführt, so daß es ganz angebracht ist, wenn diese Sache einmal in der Öffentlichkeit gründlich erörtert wird und die Auswüchse dieses Systems auf ihre schädlichen Wirkungen hin geprüft werden. Zunächst handelt es sich für uns darum, festzustellen, inwieweit wir als organisierte Fensterreiniger in dieser Sache Stellung zu nehmen haben, welche Nachteile uns durch dieses System erwachsen und welche Mittel anzuwenden sind, um es wirksam und erfolgreich bekämpfen zu können.

Bei einem großen Teile der Unternehmer im Fensterreinigungsgewerbe ist es üblich, mit der Kundschaft Verträge abzuschließen, welche Policen, oder wie am Kopfe dieser Verträge vorgebracht ist, Abonnementsscheine genannt werden. Durch einen solchen Vertrag wird der Kunde verpflichtet, das Reinigen seiner Schaufenster und dergl. dem vertragschließenden Institut zu den in dem Vertrag festgesetzten Bestimmungen zu übertragen. Welchen Wert diese Policen für den Unternehmer haben, das beweist die immer größere Verbreitung, die das Policensystem im Fensterreinigungsgewerbe findet. Die Vorteile dieses Systems bestehen einestells darin, daß es dem Institutshaber eine größere Sicherheit und Stabilität seiner wirtschaftlichen Existenz gewährt, anderenteils aber hat er eine wirksame Waffe in der Hand bei vorkommenden Lohnbewegungen. Die Erfahrungen, die wir in letzterer Hinsicht gemacht haben, geben uns den Beweis, wie dringend notwendig es ist, gegen das Policensystem Front zu machen. Das ist der springende Punkt, welcher uns veranlaßt, diese Sache einmal zu ventilieren und nach allen Seiten hin zu beleuchten. Das ganze Policenwesen ist weiter nichts als ein raffiniert ausgetüchtetes System, dazu bestimmt, die Kundschaft möglichst lange an sich zu binden und gleichzeitig die Arbeiter besser auszunutzen zu können und im Zaume zu halten, damit sie das ihnen gewährleistete Recht zur Verbesserung ihrer Lage nicht ausüben können. Unsere Aufgabe muß es nun sein, den Schwindel, der damit getrieben wird, die neu gewordenen Kunden zur Unterschrift zu veranlassen, aufzudecken und sämtlichen Gewerkschaften Aufklärung zu geben, wie sie von den Reinigungsanstaltshabern über den Köffel barbiert werden in diesen Verträgen. Am besten und wirksamsten geschieht das nach unserer Ansicht durch ein gut geschriebenes und zweckentsprechendes Flugblatt, dessen Verbreitung planmäßig und örtlich geregelt werden muß. Auch muß versucht werden, Artikel in der Presse zu veröffentlichen, die aufklärend wirken.

Wenn man sich nun diese Policen und die Handhabung des ganzen Systems etwas näher betrachtet, so findet man, daß sie fast überall, mit wenigen Ausnahmen, gleichlautend ausgearbeitet sind. Jedenfalls hat es eine Stadt von der andern abgequält, oder aber der Unternehmerverband hat an sämtliche Fensterreinigungsinstitute nach einem bestimmten Schema ausgearbeitete „Musteremplare“ versandt. Diese Musterverträge sind nun mit einer derart juristischen Spitzfindigkeit und Strepellosigkeit ausgestattet, so daß in Klagenfällen dem Institutshaber in den seltensten Fällen bezukommen ist, weil die einzelnen Paragraphen so gehalten sind, daß die Rechte fast ausschließlich auf Seiten der Unternehmer, die Pflichten dagegen meistens auf Seiten der Kundschaft sind. Ein Kunde, der einen solchen Vertrag unterschreibt, wird dem Institute gegenüber immer im Nachteil sein. In 99 von 100 Fällen kann man annehmen, daß der Kunde die Police entweder nur oberflächlich oder gar nicht durchliest, seinen Gegenvertrag verfaßt, sich überhaupt der Tragweite, die seine Unterschrift mit

sich bringt, gar nicht bewußt wird. Vor allen Dingen ist es der Paragraph, welcher die Kündigung behandelt, der für den Institutshaber die Hauptsache ist, weil er dadurch eine Handhabe hat, den Vertrag zu den Stunden immer wieder ein volles Jahr zu verlängern, wenn der Kunde die im Vertrag festgesetzte Kündigungsfrist verpaßt. Da nun derartige Verlängerungen von Seiten der Kundschaft wenig oder gar kein Wert zugemessen wird, weshalb man auch diese Verlängerungen gar nicht durchliest, überhaupt nicht glaubt, daß es sich um einen „Kontrakt“ handelt, so ist der Kunde fast immer an das betreffende Institut gebunden. Selbst dann auch, wenn das Institut einmal nicht in der Lage sein sollte, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wie z. B. bei Lohnbewegungen. Mit dem Kündigungsparagraphen steht und fällt das ganze System, denn ohne ihn hat der Unternehmer kein Interesse daran, mit seiner Kundschaft Verträge abzuschließen. Nun ist es ja nicht zu bestreiten, daß durch das Policensystem, vorausgesetzt, daß nur gute Policen gemacht werden, die ganz kolossalen Preisdrückereien in unserem Gewerbe, wenn nicht verhindert, so aber doch ganz bedeutend verringert werden. Leider hat die Erfahrung gelehrt, und wer die Verhältnisse in unserem Gewerbe kennt, muß es bestätigen, daß die Police auch nicht die Gewähr bieten konnte, den Preis im Fensterreinigungsgewerbe auf einer, den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Höhe zu halten. Wirklich gute, d. h. auf einer soliden und realen Grundlage beruhenden Berechnung der Preise, abgeschlossene Policen gibt es eben nur noch selten. Nicht nur die Unternehmer oder ihre Agenten treiben sich gegenseitig die Kundschaft durch Preisunterbietung ab, sondern auch die Gehilfen tun dies in vielen Fällen. Wird in irgend einem noch so entlegenen Viertel der Stadt ein Laden aufgemacht, so kann man mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß schon eine große Anzahl von Kollegen vor der Eröffnung des Geschäftes dort war, um eine Police abzuschließen. Wer den niedrigsten Preis macht, erhält natürlich die Unterschrift. So kommt es, daß sich fast niemand mehr getraut, einen angemessenen und regulären Preis zu verlangen. Der Unternehmer fragt nicht danach, ob die Police einen angemessenen Preis enthält oder nicht, meistens versteht er auch gar nichts davon; der Kunde wird eben mit in die Tour hineingedrückt, so und soviel muß an jeder Tour verdient werden, ob die Tour auf reellem Wege geleistet werden kann, danach wird nicht gefragt. Die Kollegen bedenken eben nicht, daß sie sich dadurch ins eigene Fleisch schneiden. In der Folge zeigte sich, daß die Kollegen immer mehr die Wirkung ihrer Handlungswelt verpörrten und die „Policenjäger“ ließ etwas nach. Die Institutshaber, wenigstens die größeren, engagierten deshalb sogenannte Agenten oder „Policenjäger“, wie es im Jargon der Fensterputzer heißt. Diese Policenjäger bekamen ebenfalls wie die Gehilfen den ersten Monatsbetrag einer jeden Police, die sie brachten, als Provision, außerdem erhielten sie noch ein monatliches Fixum. Viele dieser Agenten, nicht alle, waren nun sehr fragwürdige Gestalten, die einer regelmäßigen Arbeit am liebsten aus dem Wege gingen; meist waren es vertriebene Existenzen, die im Leben irgendwo Schiffbruch gelitten, nun glaubten, in unserem Gewerbe ein Unterkommen zu finden. Es ist ja nun erklärlich, daß diese Leute bestrebt waren, möglichst viel Policen zu bringen; dagegen ließe sich gar nichts einwenden, wenn es gute in dem von uns oben angedeuteten Sinne und auf reellem Wege zustande gekommene Policen waren. Wer mit den beruflichen Verhältnissen vertraut ist, wird wissen, was für Mittel und Wege angewendet werden, um den Kunden zur Unterschrift zu bewegen. Der Agent wohnt gewöhnlich gleich in der Nähe des betr. Kunden, heißt es da immer: „Beim Kaufmann holt er seine Ware, beim Bäcker bestellt er sein Brötchen, beim Fleischer sein Fleisch und beim Restaurateur wird er Stammgast u. s. f. und was sonst noch alles dem Kunden vorgeführt wird.“ Natürlich hat er nur erst die Unterschrift, das übrige kümmert ihn weiter nicht. Er braucht ja auch nicht den neugewonnenen Kunden zu bedienen, deshalb ist es ihm auch egal, ob der Kunde einen hohen oder niedrigen Preis bezahlt, die Hauptsache ist, den Kunden auf alle Fälle zur Unterschrift zu veranlassen. Auf diese Weise erklärt sich die ungläubige Preisdrückerei im gesamten Reinigungsgewerbe. Der Unternehmer sucht nun den Ausfall der Einnahmen, den er dadurch erleidet, wieder weit zu machen, indem er die Touren immer mehr verstärkt, so daß es dem Bürger gar nicht möglich ist, die Kunden so zu bedienen, wie es verlangt wird. Er muß gemischt, d. h. er muß mit dem trockenen Lappen arbeiten, sonst wird er mit der Tour nicht fertig. Bringt er Scheine wieder mit zurück, so heißt es: „Sie können gehen. Ich bekomme genug Leute, die es machen.“ Es war notwendig, dieses hier alles anzuführen, um zu beweisen, daß durch das Policensystem die Kunden in erster Linie die Geschädigten sind und indirekt die Bürger auch darunter zu leiden haben. Man könnte uns ja entgegenbringen: „Ohne die Policen wäre die Preisdrückerei ja noch viel schlimmer.“ Das mag wahr sein. Aber für uns als Gehilfen, als Lohnarbeiter ist es entschieden vorteilhafter, wenn es keine Policen gibt. Das haben wir deutlich bei unserer letzten Lohnbewegung im Jahre 1906 gesehen. Diejenigen Institute, wo es wenig oder gar keine Policen gab, waren die ersten, die unsere Forderungen bewilligten, dahingegen bei den Instituten, wo das Policensystem zum eisernen Bestande gehörte, konnten wir mit unseren Forderungen nicht durchdringen. Die Kundschaft war ja an ihre Verträge gebunden und mußte es sich gefallen lassen, gar nicht oder nur ungenügend bedient zu werden. Die Firmen hätten doch nachgeben müssen, wenn sie die Policen nicht hatten, das steht außer allem Zweifel. Ein Institut ohne Policen wird seine Leute viel anständ-

ger bezahlen und behandeln, als eines mit Pollicen schon aus Rücksicht auf die Kundschaft, damit sie nicht abprängt, muß das Institut darauf sehen, sich eine Stamm guter und tüchtiger Arbeiter zu sichern, die dann auch entsprechend entlohnt werden müssen. Daher gilt unser Kampf um allererst der Polizei. Das muß unsere Aufgabe für die nächste Zukunft sein.

Wie nun jedes Ding seine Licht- und Schattenseite hat, so auch hier in diesem Falle. So nützt und vorteilhaft für uns als organisierte Fensterreiniger die Befestigung oder Einschränkung des Pollicen wesen sein kann, so böse Folgen kann sie aber auch haben. Die Tatsache ist nicht von der Hand zu weisen, daß es viele Kollegen geben würde, diesen Umstand zu benutzen, um sich selbständig zu machen. Diese vielen kleinen selbständigen Existenzen in unserer Gewerbe sind ein ebensolcher Krebsgeschaden und ein Hindernis unserer Fortentwicklung als Organisation als wie das Pollicensystem in seiner jetzigen Gestalt. In absehbarer Zeit müssen sie ja doch der übermächtigen Konkurrenz der großen Institute weichen. Man sieht es ja heute schon, in welcher Richtung die Entwicklung sich bewegt. Man braucht nur die Annoncen im Unternehmerblatt zu lesen, die Aufkaufung kleiner selbständiger Existenzen durch die Großinstitute betreffend. Die Beobachtung kann man überall machen, daß ein Kollege, welcher sich selbständig macht, in kurzer Zeit das Interesse an der Organisation verliert, kurz gesagt er fühlt sich nicht mehr als Arbeiter, obgleich er mitunter mehr noch zu kämpfen hat, um durchzukommen, als wie wir als Lohnarbeiter. Für ihn habe die Organisation keinen Zweck mehr" heißt es dann. Die Gefahr, die Zahl der kleinen Selbständigen noch zu vermehren, besteht für uns allerdings, wenn wir etwas unternehmen wollen gegen das Pollicensystem, aber hier ist die Frage: Sind die eventl. Vorteile größer als wie die eventl. Nachteile, die uns entstehen können? Wir meinen, daß die eventuellen Vorteile entschieden größere sind, als wie die Nachteile, die paar Mann, die der Organisation dadurch verloren gehen, sind zu verschmerzen.

Jedenfalls werden die Unternehmer viel eher sich dazu verstehen, bei vorkommenden Differenzen Entgegenkommen zu zeigen, wenn die Kundschaft keine Verträge hat. Das wissen die Unternehmer ganz genau, darum sind sie auch eifrig bemüht, das Pollicensystem so viel wie möglich auszubauen. Das ist die Achillesferse, wo sie am verwundbarsten sind, wo wir den Hebel anzusetzen haben, damit unser Kampf zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Erreichung menschenwürdigerer Verhältnisse im Fensterreinigungsgewerbe von bestem Erfolge getrübt wird, als wie es bisher der Fall war.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

#### Die Gewerkschaftsbewegung in Petersburg.

Das Zentralbureau der Petersburger Gewerkschaften veröffentlichte dieser Tage folgende Angaben über den Stand der Petersburger Gewerkschaftsbewegung zum 1. Juli d. J.:

Verband	Zeitpunkt der amtlichen Erhebung	Mitglieder		Monats- einnahme	Kassen- bestand
		nominelle	tatsächliche		
Metallarbeiter	15. 5. 07	10 000	4645	1715	16 926
Holzarbeiter	15. 6. 07	1 300	422	190	480
Gold- u. Silberarbeiter	1. 5. 07	480	316	314	904
Bäcker	28. 8. 07	1 096	505	480	703
Kartonnagenarbeiter	22. 5. 07	518	387	128	1 217
Lebendarbeiter	13. 11. 07	200	166	79	296
Böttcher	14. 8. 07	300	100	50	200
Wurstarbeiter	10. 4. 07	300	50	—	—
Zuckerbäcker	12. 5. 07	300	100	—	180
Kontoristen	17. 4. 07	565	100	65	1 200
Marmorarbeiter	15. 5. 07	157	60	—	107
Zimmerer	8. 1. 08	2 087	517	305	677
Röbhe	17. 4. 07	400	300	90	1 010
Handlungsgehilfen	15. 7. 07	800	200	100	458
Schuhmacher	24. 7. 07	150	20	10	—
Schmiede	13. 2. 07	150	80	40	225
Gläser	18. 6. 08	175	100	40	90
Tabakarbeiter	8. 5. 07	400	20	10	386
Techniker	10. 4. 07	300	50	21	—
Textilarbeiter	15. 7. 07	2 000	1200	300	907
Photographen	18. 9. 07	375	50	12	—
Portier- u. Kellner	28. 8. 07	300	112	50	280
Uhmacher	15. 5. 07	200	50	15	—
Zeichner	24. 7. 07	300	86	40	1 458
Equipagenarbeiter	24. 7. 07	305	200	80	245
<b>Im ganzen</b>		<b>23 158</b>	<b>9956</b>	<b>4173</b>	<b>27 916</b>

Von insgesamt 42 Verbänden, die amtlich registriert sind, entfallen also bloß 25 irgendwelche Tätigkeit, und von diesen sind es nur zwei oder drei (Metallarbeiter, Textilarbeiter- und Zimmererverband), die über eine nennenswerte Mitgliederzahl verfügen. Im Vergleich mit dem Vorjahr bedeutet das einen enormen Rückgang. Im Frühjahr 1907 zählte die „Organisationskommission für die Einberufung des Gewerkschaftskongresses“ 35 Gewerkschaften mit 48 801 Mitgliedern, die Eintrittsbeiträge geleistet hatten. Der Kassenbestand betrug damals 27 884 Rub., d. h. genau so viel wie jetzt. Bei der Beurteilung dieser Tatsache muß aber in Betracht gezogen werden, daß die jungen unentwickelten Gewerkschaften während dieses Zeitraumes Verfolgungen zu überstehen hatten, wie sie in keinem anderen Lande in solchem Umfange je zu verzeichnen waren. Gewiß, auch die Gleichgültigkeit der breiten Massen hat auf die Ge-

werkschaftsbewegung hemmend eingewirkt. Diese Gleichgültigkeit ist aber bloß eine natürliche Folge der Tatsache, daß die Gewerkschaften in Rußland außerhalb des Gesetzes stehen und der Willkür jedes Februarherrschafters ausgeliefert sind. Wer das Martyrium der russischen Gewerkschaftsbewegung kennt, muß staunen, daß die vorgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft sich ungeachtet aller Hemmnisse ihre Organisationen, wenn auch nur zumteil erhalten haben.

#### Die gewerkschaftliche Organisation der Schweiz.

Der Gewerkschaftsbund hat mit Hilfe des schweizerischen Arbeitersekretariats eine vollständige Statistik über die Organisationen aufgestellt, in denen nur die christlichen Gewerkschaften, die keine genügenden Angaben publizierten, nicht mitgerechnet sind. U. a. hat er auf Grund der Zahlen der Betriebszählung von 1905 und der Daten der Organisationen selber vom 31. Dezember 1907 eine Berechnung darüber angestellt, wie sich das Verhältnis der Organisationsfähigen in den einzelnen Gewerkschaftsgruppen zu den tatsächlich organisierten verhält. Es kamen demnach auf 1 000 organisationsfähige Arbeiter wirklich Or-

Metallarbeiter	236
Uhren- und Schmuckarbeiter	306
Holzarbeiter	359
Zimmerleute	163
Steinarbeiter	240
Maurer und Handlanger	83
Maler und Gipser	432
Textilarbeiter	58
Schneider	90
Hutmacher	284
Lebendarbeiter	76
Coiffeure	109
Lebensmittelarbeiter	88
Graphische Arbeiter	319
Post- und Zollpersonal	573
Straßenbahner	598
Transportarbeiter	133
Staats- und Gemeinbedienstete	351

Am besten organisiert sind demnach die Post- und Zollangestellten, sodann die Straßenbahnarbeiter, die Maler und Gipser und die Staats- und Gemeinbediensteten, am schlechtesten die Schneider, die Lebendarbeiter und die Textilarbeiter. Insgesamt sind von den 607 412 gewerblich tätigen und in den Angaben aufgenommenen Arbeitern der Schweiz nur 121 754 organisiert, also rund ein Fünftel. Unter den angeführten Arbeitern befinden sich 403 853 Männer und 203 559 Frauen; von ersteren sind 115 507, von letzteren 6184 organisiert. Ungenau und ungenügende Daten ergaben die Nachfragen bei Telephon- und Telegraphenarbeitern, bei Heizern und Maschinisten. Ferner fehlen in der Tabelle noch die Handelsarbeiter, das Wirtschafts- und Hotelpersonal und einige Gruppen der Verkehrsarbeiter. Führt man alle diese von der Gewerkschaftsbewegung bis jetzt noch nicht ergriffenen Elemente in die Zahl der Organisationsfähigen mit hinein, so erhält man 690 291 Organisationsfähige gegen 121 754 Organisierte — immer die christlichen Gewerkschaften ausgeschlossen — also noch weniger als ein Fünftel; nur 180 auf 1000.

#### Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

veröffentlichte soeben den Bericht über das Jahr 1907, das fünfte seit Bestehen des Zentralverbandes und das 24. seit dem gewerkschaftlichen Zusammenschluss der Steinarbeiter überhaupt. Das schlechte Wirtschaftsjahr drückt sich besonders in einem Zurückgehen der Mitgliederzahl aus. Die Mitgliederzahl stieg von 18 402 Ende 1906 auf 19 175 Ende 1907 oder um nur 4,2 pCt. Zahlstellen waren am Ende des Jahres 337 vorhanden.

Das Jahr 1907 war außerordentlich reich an Lohnkämpfen verschiedener Art. Es wurden 34 Angriffs-, 13 Abwehrstreiks und 58 friedliche Lohnbewegungen geführt; außerdem wurde in 6 Fällen von den Unternehmern die Sperre verhängt. An den Angriffstreiks waren 2156 Personen, an den Abwehrstreiks 667, an den Aussperrungen 374 und an den friedlichen Lohnbewegungen 5920 Personen beteiligt. Das Resultat der Kämpfe war im allgemeinen ein günstiges. Es endeten für die Arbeiter

	erfolgreich	teilw. erfolg.	erfolglos
Angriffstreiks	15	9	7
Abwehrstreiks	10	5	1
Aussperrungen	—	2	4

Diese Lohnbewegungen kosteten die Zentralkasse des Verbandes 159 859 Mk., die Lokalkassen 15 400 Mk. Es wurden dafür errungen in den Angriffstreiks für 1621 Mitglieder wöchentliche Lohnerhöhungen von insgesamt 2070 Mk. und für 147 Mitglieder wöchentliche Arbeitszeitverkürzungen von zusammen 367 Stunden. Bei den Abwehrstreiks wurden siebenmal Lohnreduktionen mit Erfolg zurückgewiesen und in den meisten Fällen noch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht. Das Resultat der Lohnbewegungen ohne Arbeitszeinstellung war eine Gesamtarbeitszeitverkürzung pro Woche von 6710 Stunden für 1765 Kollegen und eine ebensolche Lohnerhöhung von 14 268 Mk. für 5920 Kollegen. Wie man sieht, waren also die friedlichen Lohnbewegungen bei weitem am erfolgreichsten.

Trotz dieser Erfolge und trotz 154 im Gewerbe bestehenden Tarifverträgen ist die Lage der Steinarbeiter, besonders in einigen Gegenden, noch eine äußerst traurige. Die in den Jahren 1906 und 1907 gemachten statistischen Erhebungen ergaben z. B. in dem industriell hochentwickelten Sachsen noch Stundenlöhne von 30—25 bis herab zu 20 Pf. Noch schlimmer sieht es im 11. Gau mit dem bayerischen Wald aus, wo die Stundenlöhne bis auf 16 Pf. herabgehen. Insgesamt ist das prozentuale Verhältnis etwa so, daß 14,2 pCt. der Verbandsmitglieder bis 35 Pf.

Stundenlohn erhalten, 18,9 pCt. von 35—40 Pf., 22,7 pCt. von 41—50 Pf., 22,3 pCt. von 51—60 und 21,8 pCt. 61 Pf. und darüber. Der sich ergebende Jahresverdienst beträgt für die Mehrzahl der Sandsteinmetzen und Marmorsteinmetzen, den Kristallmetzen unter den Steinarbeitern 1300—1500 Mk., für die Granitsteinmetzen, Brecher und Marmorsteinmetzen 1000—1200 Mk. und für die Granitsteileifer 700 bis 900 Mk. Weit über die Hälfte der Beteiligten weist einen Verdienst von unter 1200 Mk. auf. Die Arbeitszeiten sind in Anbetracht der außerordentlich anstrengenden Arbeit dieses Berufes zwar kürzer als in den meisten anderen Gewerben, aber immer noch zu lang. 49,2 pCt. der Verbandsmitglieder arbeiten 9 Stunden und weniger, 47,2 pCt. über 9 bis 10 Stunden, 3,5 pCt. darüber.

Diese laufenden statistischen Erhebungen des Steinarbeiterverbandes sind sehr zu begrüßen und nachahmenswert, da sie einwandfreies Bild von den Verhältnissen der Mitglieder und von den allmählich durch die gewerkschaftliche Organisation erzielten Fortschritten ergeben.

#### Die freien Gewerkschaften werden gelobt.

In einem Rückblick auf „Vierzig Jahre Gewerkschaftsbewegung“, den wir in einem Blatte finden, ist zu lesen:

„Und überblickt man die Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung, so zeigt sich ihre wohlthätige Wirkung für die Arbeiterschaft überall. Gegenüber dem Kapital hat die Arbeiterschaft in der Gewerkschaft eine machtvolle Vertretung, die eine gerechtere Verteilung des Arbeitsertrages sichert. Daneben sorgen die Unterstützungsrichtungen der Gewerkschaften in besonderen Fällen zur Linderung der materiellen Not des einzelnen. Die Gewerkschaften fördern und fördern noch die geistige Bildung des Arbeiterstandes und sorgen für dessen moralische Hebung. Im Wirtschaftsleben sowohl, als auch im kommunalen und politischen Leben wurde durch die Gewerkschaften die rechtliche Lage des Arbeiterstandes verbessert. Unter dem Einflusse der Gewerkschaftsbewegung hat sich die Lage des Arbeiterstandes allgemein gehoben und damit auch die Lage der deutschen Industrie und des heimischen Gewerbes. Für die Gesamtheit des Volkes haben die Gewerkschaften ihre Bedeutung, weil sie anstelle des industriellen Absolutismus den industriellen Konstitutionalismus bringen; ein Vorgang von der größten Tragweite für ein Land wie Deutschland, das im Wettbewerb der Industriestaaten auf dem Weltmarkt eine immer größere Rolle spielt.“

Dieses Lob spendet die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des christlichen Verbandes der Verkehrs- und Hilfsarbeiter, der Arbeit der freien Gewerkschaften.

### Aus unserem Beruf.

#### Automobilfahrer.

Verst. Eine am 18. Oktober abgehaltene Mitglieder- Versammlung der Automobilfahrer nahm den Vierteljahrsbericht der Sektionsleitung entgegen, aus dem folgendes hervorzuhelien ist: Es fanden statt 5 Sitzungen der Sektionsleitung, 1 Vertrauensmännerführung, 1 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen, 4 Betriebsbesprechungen zur Agitation und 5 derselben zur Schlichtung von Betriebsdifferenzen.

Rechtsschutz erhielten im letzten Vierteljahr 12 Kollegen, welcher eine Ausgabe von 227,65 Mk. verursachte. Es wurden dadurch erzielt 6 kostenlose Freisprechungen und 3 Herabsetzungen der Strafe. Krankmeldungen waren 28 erfolgt, welche 498 Krankheitsstage zählten und eine Ausgabe von 404,45 Mk. veranlassten. Aufgenommen wurden 162 Kollegen, von denen 6 aus anderen Verbänden übergetreten sind.

Im weiteren hielt der Sektionsleiter einen Vortrag über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf. Um die Berufsverhältnisse zu klären, hatte die Sektionsleitung 100 Fragebogen ausgegeben, welche bisher von 56 Groß- und Kleinbetrieben beantwortet sind. Aus diesen Fragebogen ergibt sich, daß in 63 Betrieben regelmäßig gewechselt wird, welches einer Arbeitszeit von 10 Stunden gleichkommt. In 2 Betrieben wechseln die Fahrer die Hälfte Wagen nach Belieben, wodurch sich die Arbeitszeit bedeutend verlängert. In den Bedagbetrieben beträgt die Arbeitszeit durchschnittlich 12 Stunden. In 33 Betrieben wird beim Schichtwechsel durchgefahren, woraus sich folgende Arbeitszeit ergibt:

	In 1 Betrieb	12 Stunden
" 4	" 14	"
" 10	" 16	"
" 9	" 17	"
" 2	" 18	"
" 8	" 19	"
" 2	" 24	"

In 28 Betrieben sind zum Wechseln Reservefahrer eingestellt.

Im Lohn wird gezahlt: 29 Betriebe 25 pCt. von der Gesamtentnahme, 1,50 Mk. Lohn, welcher mit Erhöhung der Entnahme steigt. 6 Betriebe 20 pCt. u. m. in derselben Weise. 6 Betriebe 20 pCt. ohne Abzug mit nicht steigendem 1,50 Mk. Lohn. 2 Betriebe 20 pCt. ohne Abzug mit nicht steigendem 1,80 Mk. Lohn. 1 Betrieb 20 pCt. ohne Abzug mit steigendem 1,50 Mk. Lohn und über 20 Mk. Entnahme 25 pCt. 1 Betrieb 20 pCt. ohne Abzug, 1,50 Mk. nicht steigendem Lohn, über 20 Mk. Entnahme 25 pCt. 1 Betrieb zahlt 33 1/3 pCt. Netto von der Gesamtentnahme. 8 Betriebe 20 pCt. nach Abzug des Lohnes und der an der Uhr angelegten Touren. 2 Betriebe wie vorher und 1 Mk. bis 1,50 Mk. Lohn.

So grundverschieden der Lohn für ein und dieselbe Arbeit ist, so verschieden müssen auch die Fahrer das Wagenwäschgeld zahlen. Dasselbe beträgt in verschiedenen Betrieben 45, 50, 60, 75, 80 Pfennig und 1 Mk. Nach dem Vortrag fand eine lebhafteste Diskussion statt, monach

die Sektions- wie Verbandsleitung beauftragt wurde, in nächster Zeit dafür zu sorgen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen Betrieben gleichartig angestrebt werden. Die Versammelten verpflichteten sich, auch in diesem Sinne unter den Kollegen zu agitieren. Erwähnenswert ist noch, daß in der Diskussion hervorgehoben wurde, Herr Mohs, der Vorsitzende des Vereins der Kraftdrochsenfahrer, hätte die schlechte Bezahlung seiner Fahrer schon selbst eingesehen und habe, um nicht mit den Beschlüssen seiner Vereinskollegen zu kollidieren, aber seinen Fahrern entgegenkommen zu wollen, ein ganz neues Lohnsystem in Form einer Alterszulage erfunden, was unter den Versammelten große Beifall hervorrief. Er bleibt immer der „alte ehrliche Mohs“. Zuletzt beschloß die Versammlung noch, den ehemaligen Arbeitswilligen, Kollegen, Zeitungs- in den Verband aufzunehmen, weil demselben in der letzten Zeit keine Unkollegialität nachgesagt werden kann. Dagegen wurde die Aufnahme des Arbeitswilligen Radlowskis wegen unkollegialen Verhaltens bis zur Zeit abgelehnt. Nach Erledigung verschiedener kleiner Angelegenheiten war Schluß der Versammlung.

**Berlin.** Herr Polizeiergeant Göb aus Köpenick scheint die Ehre für sich in Anspruch nehmen zu wollen, den größten Reford im Anzeigen von Kraftdrochsenführern aufstellen zu wollen. Denn zur Zeit steht ihm dabei sein Freund, der Bureau-Assistent Elsner aus Köpenick. Es sieht beinahe so aus, als ob beide ein Kompagniegeschäft in dieser Beziehung haben, denn wer weiß wie oft figurieren beide auf den von dort erstatteten Anzeigen. Die Arbeitszeit des Herrn Bureauassistenten Elsner muß in der Tat sehr knapp bemessen sein, denn sonst wäre es beinahe ein Ding der Unmöglichkeit, daß ihm noch soviel freie Zeit verbleibt, um sich auch in der Polizeipraxis auszubilden, d. h. was den Straßendienst und im besonderen das Anzeigen von Kraftdrochsenführern anbetrifft. Heute haben wir es jedoch nur mit Herrn Polizeiergeant Göb zu tun, welcher wieder einmal am 22. d. Mts. ein Debut vor dem kgl. Schöffengericht in Köpenick gab. Dessen Tätigkeit ist besonders in Anspruch genommen an solchen Tagen, an welchen in Karlshorst Rennen stattfinden; nur verlegt er das Gebiet derselben mitunter an verschiedene Orte. Eine zeitlang hatte er seine Beobachtungen besonders darauf gerichtet, daß an einer bestimmten Straßenecke, die dort entlang fahrenden Kraftdrochsenführer, das Suppensignal geben, weil nach Ansicht des Göb diese Kreuzung unübersichtlich sein sollte; wer dies unterließ, bekam unmissverständlich eine Anzeile. Vor einiger Zeit hat ein Kollege, welcher eine derartige Anzeige bekommen hatte, ein obliegenendes Erkenntnis erstritten, weil durch Lokaltermin festgesetzt war, daß diese Kreuzung eine übersichtliche und demgemäß ein Suppensignal nicht nötig sei, jedenfalls hat Herr Göb gedacht, daß es sich nun nicht mehr lohne, hier Anzeigen zu machen, und so hat er sich denn eine andere Gegend ausgesucht, um Uebertretungen von Kraftdrochsenführern festzustellen. Der Ort seiner Tätigkeit ist jetzt auf der Chaussee bei Nobelsdorf, an Rennwegen tritt er hier in Aktion. An solchen Tagen werden duhndweise Anzeigen von ihm erstattet, so daß man es bezweifeln muß, daß die ihm vorgesetzte Behörde noch nicht stutzig geworden ist.

Am 22. d. Mts. hatten sich nun wieder sechs Kraftdrochsenführer vor dem Schöffengericht in Köpenick zu verantworten, alle wegen ein und desselben Delikts. Die Anzeigen waren alle vom 30. August d. J. und lauteten übereinstimmend bis auf die Zeit. Da heißt es: „Sie haben am 30. August 1908 nachmittags beim Ueberholen eines Fuhrwerks auf der Chaussee bei Nobelsdorf mit dem Personenautomobil Nr. . . . kein Suppensignal gegeben.“ Jeder der angezeigten Kollegen sollte für diese Unterlassungssünde 6 M. an die Amtskasse zu Oberförsterei Köpenick zahlen. Bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht kam Herr Göb aber sehr in die Brüche, denn etwas Genaueres konnte er nicht aussagen, und das Endresultat war, daß alle sechs Kollegen freigesprochen wurden. Besonders bemerkenswert ist, daß Göb aussagte, daß er am Tag vor dem Termin, also am 21. Oktober, sage und schreibe — 44 Kraftdrochsenführer wegen begangener Uebertretungen notiert hätte. Dies schien selbst dem Gerichtshof etwas unverständliches zu sein und haben dadurch die Aussagen des Herrn Göb einen gehässigen Stoß erlitten.

Die Kollegen, welche am 21. Oktober d. J. eine Fahrt nach Karlshorst ausgeführt haben und eventl. Anzeigen von dort bekommen sollten, möchten wir dringend raten, gegen diese Einpruch zu erheben, damit die Tätigkeit des Herrn Göb ins gehörige Licht gerückt werden kann.

**Der Automobilgegentwurf.** Zu dem Gesekentwurf über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, welcher demnächst im Bundesrat zur Verabschiedung gelangt, wird folgendes veröffentlicht: Der Entwurf enthält außer den zivil- und strafrechtlichen Bestimmungen auch solche polizeilicher Art, namentlich über die seitens der Bundesregierungen festzusetzenden Normen für die Befähigungszeugnisse der Chauffeure. Es ist in Aussicht genommen, diese Materie analog den bisher geltenden Polizeivorschriften über den Verkehr mit Kraftwagen auf öffentlichen Straßen, gleichmäßig in den Bundesstaaten zu regeln, um ungeeignete Personen durchweg von der Führerschaft auszuschließen. Bei den Chauffeurprüfungen soll nicht nur auf Fahrweise und Geistesgegenwart, sondern auch auf moralische Qualifikation geachtet werden, wobei auch etwaige Vorstrafen für Robeitsverbrechen zu berücksichtigen sind. Man nimmt an, daß mit der „Verbesserung“ des Chauffeurpersonals auch viele Klagen über die Gefährlichkeit der Kraftwagen verstummen werden, da diese weit weniger in der Unsicherheit des Materials als in der übertriebenen Schnelligkeit des Fahrens begründet sind.

Hoffentlich werden auch die Vorstrafen der Automobilbesitzer in Betracht gezogen, ferner auch die Ge-

meingefährlichkeit der rasenden Kolande, so sich als Herrenfahrer bezeichnen.

**Hamburg 11.** Allgemeiner Arbeitsnachweis für Automobilführer zu Hamburg, Alster 11, so nennt sich ein Geschäft, welches anscheinend recht gut floriert, denn das uns vorliegende Bewerbungsformular trägt eine Nummer zwischen 3400 und 3500. Dieses bedeutet für den Geschäftsinhaber eine schöne Einnahme. Jeder, der ein solches Bewerbungsformular ausfüllt, muß 10 M. blechen, gleichviel ob ihm eine Stelle nachgewiesen wird oder nicht. Dazu kommt noch bei einer etwaigen Anstellung eine Abgabe vom ersten Monatsgehalt in der Höhe von 20 pCt. Und erst die Bewerbungsformulare selbst; es fehlt nur, aber auch nur die Angabe der Körpermaße nach Vertikalischem System und ein Album ist fertig, wie es die Polizei im Verbrecheralbum nicht genauer anlegen kann.

Es muß beantwortet werden: Vor- und Zuname, genaue Adresse, Geburtsort, Alter, Religion, Militärverhältnis, ob ledig oder verheiratet, wo gelernt und wo in Stellung gewesen: (Name — Ort — als was — wie lange), wo jetzt in Stellung oder ob außer Stellung, ob im Besitz eines polizeilichen Fahrscheines, welche Wagen — Fabrikat, Pferdestärke und wie lange — gefahren, von welchen Systemen sind genaue oder oberflächliche Kenntnisse vorhanden der frühere Beruf, Gehaltsansprüche pro Monat, ob fähig, kleinere Reparaturen selbständig auszuführen Angabe der sonstigen Kenntnisse, ob auch nach außerhalb Stellung angenommen wird und etwaige Umzugskosten beansprucht werden, ob in außerdeutschen Ländern gereist, ob fremde Sprachen spricht, wann der Eintritt erfolgt kann, ob auf Stellung als — Chauffeur — Automobilschlosser, Garagenmeister, ob auf Luxus- oder Geschäftswagen — reflektiert wird, ob Erkundigung beim jetzigen Chef zulässig ist, und außerdem wird noch eine Abschrift der Zeugnisse gefordert.

Es wird aber nicht gesagt, ob die Arbeitgeber ebenfalls einen derartigen Vogen ausfüllen müssen, in welchem beantwortet wird — wie die Behandlung ihrer früheren Chauffeure gewesen usw., und ob diese Vogen dem Stellensuchenden zur Einsicht vorgelegt werden. Es folgen dann noch die Vorschriften für die Bewerber. Wir wollen nur die allerschlimmsten herausgreifen.

§ 3. Die Photographie des Bewerbers ist erwünscht. — Photographien und eingefandte Zeugnisabschriften bleiben Eigentum des Arbeitsnachweises.

§ 6. Die festgesetzten Gebühren betragen 10 M. bei der Anmeldung (für den Verband der Werbungsblätter, Abonnement und Zusendung der Stellenliste, bare Auslagen usw.) sowie 20 pCt. vom Verdienst des ersten Monats. Sollte innerhalb 8 Tagen nach Erhalt der neuen Stellung die Zahlung dieser letzteren Summe nicht erfolgt sein, so gibt der Bewerber hierdurch sein Einverständnis, daß ihm von seinem Arbeitgeber dieser Betrag von seinem Lohn in Abzug gebracht wird, und steht dieser Betrag dann zur Verfügung des Arbeitsnachweises.

§ 7. Eine Anstellung ist auch dann als durch den Arbeitsnachweis als vermittelt zu betrachten, wenn sich der Stellensuchende direkt an einen Arbeitgeber wandte, dem sein Angebot gleichzeitig auch durch den Arbeitsnachweis unterbreitet wurde, oder wenn der Stellensuchende eine ihm von uns durch die Stellenliste oder schriftlich mitgeteilte Stellung erhält. Stand der Stellensuchende nachweislich mit einem Arbeitgeber bereits wegen derselben Stellung in Unterhandlung, ehe das Angebot durch uns vorgelegt wurde, so ist außer der Anmeldung keine Gebühr zu entrichten. Sollte die Bewerbung zurückgezogen werden, während mit einem Arbeitgeber, dem wir das Angebot unterbreitet haben, Unterhandlungen schweben, so gilt eine daraus entstehende Anstellung als durch den Arbeitsnachweis geschlossen.

§ 9. Von uns aufgegeben offene Stellen dürfen anderen Personen nicht mitgeteilt werden; im gegenteiligen Falle ist der Bewerber zu einer Konventionalstrafe von 100 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung uns gegenüber verpflichtet.

§ 10. Die Bewerbung gilt bis zur Erlangung einer Stelle, längstens jedoch drei Monate. Soll sie nach dieser Zeit wieder erneuert werden, so tritt derselbe Geschäftsgang wie bei der ersten Anmeldung ein.

Ueber 34 000 M. an Anmeldegebühren hat die Arbeitsnachweis, — der sich auch ein „Generalsekretariat“ (S. Schulse) zugelegt hat — schon verdient. Dazu kommen noch die verschiedenen 20 pCt. für erste Monatsgehälter der vermittelten Stellen. Eine Summe, die er einzig und allein der riesigen Interessenslosigkeit und Gleichgültigkeit berjentigen Automobilführer verdankt, die sich an ihn gewandt haben. Denn gelinde gesagt ist es eine Gleichgültigkeit derjenigen, die, anstatt sich zu organisieren und sich durch ihre Organisation einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis zu schaffen, heute noch derartige Institute — die man als Parasiten der Arbeiterschaft bezeichnen muß — mit solchen Geldsummen unterstützen. Wir wollen zur Entschuldigung der 3400 annehmen, daß dieselben die Vorschriften für Bewerber nicht durchgelesen haben. Es wird hohe Zeit, daß die Kraftwagenführer ihren Standesbüttel — der ja leider teilweise unbeschnitten noch vorhanden ist — fallen lassen und sich als das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind, als Arbeiter. Es bleibt sich doch völlig gleich, ob man in einem Mittel seine Tätigkeit ausübt, oder man prunkt in einer, mit allerlei Klüsterlichen versehenen Livree. Auch bei den Chauffeuren übersteigt auf dem Arbeitsmarkt das Angebot bedeutend die Nachfrage, und es werden auch dort schon Löhne geboten, die in Unbetracht der verlangten Pflichtigkeit und der hohen Lebensgefahr, in welcher die Chauffeure beständig schweben, als erbärmliche bezeichnet werden müssen. Dazu kommt noch, daß die

Behörden fortwährend scharf gemacht werden, und der Chauffeur somit stets mit einem Fuß im Gefängnis steht, und die verhängten hohen Geldstrafen sehr oft einen großen Teil der „süßlichen“ Löhne in Anspruch nehmen. Deshalb, Kraftwagenführer, wacht auf und reht nicht länger abseits, sondern organisiert Euch, aber nicht in jenen Vereinen und Klubs, die da mit der Unterstützung der Arbeiter ihr Dasein fristen und Euch über Eure Lage hinwegtäuschen, sondern tretet ein in unsern Verband, der voll und ganz im stande ist, Eure Interessen nach jeder Richtung hin zu vertreten. Dieses kann nur sein: der Deutsche Transportarbeiter-Verband.

**Droschkenführer.**

**Gedankenlose Nachhänger.** In einer Mittelstadt Thüringens wurde ein Droschkenbetrieb nach großstädtischem Muster eingerichtet; der Neuzeit entsprechend rüstet man die Wagen auch gleich mit Fahrpreisanzeigern aus. Einige Jahre vorher hatte man in Berlin zum ersten Male solche Taxameterdroschken in Dienst gestellt und ihren Kutschern zum Unterschied von den Leuten der Droschken ohne diese neue Einrichtung weiße Zylinderhüte gegeben. Das war ohne Zweifel recht praktisch; aber was veranlaßt nun die maßgebenden Personen in jener thüringischen Stadt, für ihre Taxameterkutscher, die sich doch von keinen „gewöhnlichen“ Droschkenkutschern zu unterscheiden brauchen, ebenfalls weiße Hüte vorzuschreiben? — Als in Berlin die letzte „gewöhnliche“ Droschke verschwunden war, hatte der weiße Hut als Unterschiedsmerkmal keinen Zweck mehr und erhielt wieder den schwarzen Lackanstrich wie in der guten alten Zeit. Das mag ebenfalls vom praktischen Standpunkte zu rechtfertigen sein; aber welchen Grund mag die erwähnten Thüringer bewogen haben, nun auch ihrerseits die weißen Kutscherhüte schleunigst in schwarze zu verwandeln? Vielleicht mögen praktische Erwägungen mitgespielt haben, in erster Linie aber war es doch wohl, wenn auch mehr oder weniger unbewußt, der Nachahmungstrieb.

**Feinsterputzer.**

**Dresden.** Einen hochinteressanten Vortrag über die wichtigsten Bestimmungen des Unfall- und Krankenversicherungsgesetzes hielt der Arbeitersekretär Genosse Wölke am Sonnabend, den 3. Oktober in einer Versammlung der Fensterputzer Dresden's. Wie notwendig für die Arbeiterschaft und speziell für unsere Berufscollegen gerade solche Vorträge sind, das beweisen die zahlreichen Fragen, die in der nachfolgenden, sich äußerst interessant gestaltenden Debatte an den Vortragenden gerichtet und von diesem in klarer, leicht verständlicher Weise beantwortet wurden. Es bewies aber auch, wieviel Unklarheit und Sorglosigkeit gerade auf diesem Gebiete der sozialen Gesetzgebung unter den Arbeitern noch zu finden ist. So mancher Kollege dürfte aus dem Vortrage die Lehre gezogen haben und in Zukunft die praktischen Ratsschläge und Fingerzeige, welche der Redner in diesem Vortrag den Anwesenden ganz besonders ans Herz legte, sich zu merken und auch danach zu handeln. Der lebhafteste Beifall und die ungeteilte Aufmerksamkeit der Zuhörer belohnte den Redner am Schluß für seine trefflichen Ausführungen.

Dann nahm der Vorsitzende Kollege Möller Veranlassung, den Berlinern einen ganz besonders scharfen Tadel auszusprechen in bezug auf die Unterlassung einer Mitteilung des Streiks bei der Firma Arnheim in Berlin. Er führte aus, daß gerade Dresden der Ort ist, wo die Unternehmer sich am liebsten hinwenden, um Streikbrecher heranzuziehen, und tatsächlich hatte auch die hiesige Firma „Saxonia“ zwei Fensterputzer nach Berlin geschickt. Die Inhaber dieser Firma betreiben nämlich in ihrem Institut eine Lehrlingszuchterei großen Stils; dadurch ist es ihnen immer möglich, bei jeder vorkommenden Gelegenheit Ersatzkräfte zu stellen, da ja bekanntlich jeden Tag in diesem Institut eine große Anzahl arbeitsloser Putzer reißt. Angelernte nach Arbeit nachfragen und auf eine Stelle geschrieben werden. Im Bedarfsfalle hat dann die Firma in jeder Zeit arbeitswillige und zu jeder Bedingung arbeitende Kräfte zur Verfügung. Diese gegenseitige Hilfe der Unternehmer bei Streiks können wir ja zur Genüge und es ist daher unbedingt notwendig, sofort, wenn irgendwo Streiks oder Differenzen ausbrechen, die Ortsverwaltungen, wenigstens in den größeren Städten, davon zu verständigen. Unsere Beamten können in die Lage kommen, Außen, die nach einem Ort reisen wollen, und zufällig ein Streik ausgebrochen ist, von dieser Sachlage demselben keine Mitteilung machen zu können. Vielen unnötigen Schereien und Geld- und Zeitvergeudung würde durch eine einfache Mitteilung von den Herr. Orten vorgebeugt werden. Nachdem noch Kollege Lambrecht ein ge Vorkommnisse in einigen Instituten zur Sprache gebracht hatte, verlas Kollege Möller einen Artikel aus dem Unternehmerblatt, betitelt: „Wie soll man seine Arbeiter behandeln?“, welcher bei den Kollegen einen stürmischen Beifall ausbrengte. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heute, den 3. Oktober tagende Fensterputzerversammlung bedauert, daß die Sektionsleitung der Fensterputzer Berlins uns nicht sofort mitgeteilt hat, daß in Berlin bei der Firma Arnheim der Streik ausgebrochen ist. Sie bedauert es um so lebhafter, da doch die Gefahr sehr nahe liegt, daß aus größeren Städten leicht Arbeitswillige nach dort gezogen werden können. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß bei solchen Vorkommnissen sofort den größeren Verwaltungen Mitteilung davon gemacht wird; gleichzeitig spricht sie den kämpfenden Kollegen in Berlin ihre volle Sympathie aus und wünscht ihnen einen vollen Erfolg.“

**Handelsarbeiter.**

Der Vormarsch des Leinwand-Ladenschlusses. Der Leinwand-Ladenschluss ist jetzt eingeführt in 32 Großstädten mit über 100 000 Einwohnern, in 33 Großstädten mit 50- bis 100 000 Einwohnern, in 102 Mittelstädten von 20- bis 50 000 Einwohnern, in 175 Kleinstädten von 5000 bis 20 000 Einwohnern und in 144 Orten und Gemeinden unter 5000 Einwohnern.

Scharfmacherei. Der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe stimmte laut Bericht in dem September-Oktoberheft seiner Zeitschrift „Der Mittelstand“ am 28. Juli folgendem Antrag zu: „Der Zentralverband wolle gegen das von der Regierung geplante grundsätzliche Verbot der Sonntagsgewerbeenergie Front machen und für die Beibehaltung der jetzigen Bestimmungen, die eine fünfstündige Sonntagsgewerbe im Handelsgewerbe grundsätzlich gestatten und die Befreiung der Arbeitsstunden am Sonntag den Ortsbehörden überlassen, eintreten. Wünschenswert ist aber, daß der Schluß der Beschäftigungszeit an Sonn- und Festtagen auf 2 Uhr nachmittags festgesetzt und auch die Gewerbebetriebe in das Gesetz einbezogen werden.“ — Ob die Herrschaften wirklich glauben, daß ihre Praxisse auf die Dauer Erfolg haben? Unsere Kollegen sind nicht so leicht um die volle Sonnenscheibe mit desto zäherer Unabänderlichkeit; dann ist doch ihr der endliche Erfolg sicher.

**Transportarbeiter.**

**Polizeikennzeichen, die von den Kutschern entzückt werden müssen.** Der Berliner Polizeibericht meldet lakonisch:

„Wegen übermäßig schnellenfahrens bzw. wegen Anbiegens um Straßenecken im Trabe unter teilweiser Annahme eines in der Gefährdung des Publikums gefundenen großen Umfangs sind neuverleitet worden: zu 80 Mk. 24 Pers., zu 40 Mk. 8 Pers., zu 50 Mk. 7 Pers. und zu 60 Mk. 2 Pers.“

Für den Zeitraum eines Monats recht nette Zahlen, die sich die Kutscher ins Gedächtnis schreiben sollten. Wieviel Kollegen blechen mußten, nur weil sie keine Rechtsvertretung durch eine Organisation hatten, ist leider nicht zu ermitteln. Bestimmt ist es die weitaus größere Zahl der Beiträger. Inwiefern, wenn nicht zu rasen ist, ist auch nicht zu helfen und wer eben die Organisationsbeiträge sparen will, der muß desto mehr bei der Polizei abladen. Das ist ausgleichende Gerechtigkeit.

Berlin. Wir erhalten folgendes Schreiben: „Der Artikel des „Courier“: „Ein Beitrag zur Trinkgeldfrage“ muß in seinem ersten Teil von jedem ehrlichen Kollegen anerkannt und unterschrieben werden. Es folgen dann im zweiten wie im dritten Abschnitt die Ursachen und Wirkungen der sogenannten kleinen Trinkgelder bei Fabriken mit dem Dummhals, der Straßenbahn oder beim Barbier usw., die Kritik und welche Gründe dieselben beim Geber oder Empfänger auslösen. Und endlich wird im letzten Abschnitt dem Unternehmer, welcher seine Leute bei der Anstellung auf Nebeneinnahmen hinweist, gesagt, welchen Wert solche Elemente für eine Kulturbewegung haben und welchen Grad von Achtung dieselben verdienen in einer von sozialen Kämpfen durchtränkten Zeit.“

Dann komme ich auf unsere Branche, den Möbeltransport, zu sprechen und kann wohl mit Recht behaupten, daß gerade in der Möbeltransportbranche die Trinkgeldfrage solche Dimensionen angenommen hat, wie in keiner anderen. Dieses ist schon längst unter uns älteren Kollegen erkannt und vom Antraggeber, der den Transport ausführen ließ, am Geldbeutel gespürt und empfunden worden. Fast bei jedem bezogenen Transport entwickelten sich Differenzen betr. der Trinkgelder mit dem zu bedienenden Publikum oder unseren Unternehmern resp. dessen Stellvertretern und Akquisiteuren. Wir älteren Kollegen waren zu der Überzeugung gekommen, daß hier ein angemessener fester Lohnsatz am Platze sei und das Trinkgeldgeben unter allen Umständen fortfallen müsse.

In unserem im Jahre 1906 ausgearbeiteten Lohnsatz sind wir von diesem Standpunkte ausgegangen und hatten in der stillen Zeit einen Stundenlohn von 0,75 Mk. und in der scharfen Zeit einen solchen von 1 Mk. gefordert. Damit hatten wir aber im eigenen Lager dem Fass den Boden ausgeglichen. Eine große Majorität, bezieht die festangestellten Wacker und Kutscher, waren dafür nicht zu haben und zerstückelten somit unsere Bewegung von vornherein. Und keiner war da mehr zufrieden, als unsere Herren Großunternehmer Schur, Anger u. c.; denn wären wir mit ihrer Forderung durchgekommen, hätten dieselben auf ihren Rechnungen nicht mehr inll. Trinkgeld geben können, was ja der Hauptzweck ist, um dem Publikum Sand in die Augen zu streuen. Und daß es an dem so ist, habe ich jetzt in der drei Wochen anhaltenden sogenannten scharfen Zeit fast alle Tage erlebt, indem ich Gelegenheit hatte, bei einer großen Firma, aber nur als Koinage, beschäftigt zu werden, und gesehen, wie die Welfirmen, eine wie die andere, mit unserer Lohnforderung krebsen gehen, jedoch das Publikum tüchtig eingeseift wird. Beweis: In unserem Lohnsatz hatten wir ebenfalls verlangt, der Transport von Filagett und Geldschranken muß mit einer Extra-Gratifikation bezahlt werden. Beweis: l i g t h a b e n s i e u n s n i c h t s n i c h t s d e f t o w e n i g e r m i r d j e d o c h d e m P u b l i k u m u n d R e c h n u n g g e s e t z t: „Für Transport eines Geldschanks, Filagets zc. 16.— Mk. Extraberechnung.“ Davon zahlen uns die Herren jedoch keinen Pfennig, und wenn man dafür Propaganda macht und dementsprechend auftritt, bekommt man höchstens 2 bis 4 Mk. und den darauf folgenden Tag seine Entlassung. Und so machen sie es fast alle diese Herren Großunternehmer und ihre Akquisiteure, die Herren Stehtragen-Proletarier. Diese legen dem Publikum gedruckte Revisse vor, wo ein Waagemeterwagen bestellt wird, und wenn die Sachen in

diesem nicht fortgehen, wird ein Einspänner nachbestellt. Dieser kostet 15 bis 21 Mk. extra und noch andere Tricks mehr haben diese Herren an der Hand. Durch solche Angaben werden beschimpfende Artikel in die bürgerliche Presse lanciert. Das Haus eines Unzuehrenden wird gestürmt von solchen Nichtfachmännern (Akquisiteuren), dann wird dem Publikum von diesen der Umzug ohne Unladung nach außerhalb versprochen, dieses Versprechen jedoch sehr selten gehalten und noch mehr solche Schwindereien könnte ich aufzählen. Das Publikum kann zahlen und zahlen, damit des Unternehmers Tasche gefüllt wird, und die Möbeltransportarbeiter bekommen nur pro Meter Wagenlänge 1 Mk., welche jedoch mitunter unter einer Kolumne von zirka sechs bis acht Mann geteilt wird.

Kollegen, laßt Euch dieses nicht länger gefallen. Laßt Euch nicht als willenloses Werkzeug gebrauchen und helft dadurch Euren Unternehmern auf uneheliche Art die Taschen füllen. Alle, die Ihr seit unserer Niederlage im Schmollwinkel steht, tretet wieder ein in unsere Reihen, helft die Schwindler entlarven und macht Euch nicht zum Mitbesser bei den betrügerischen Manipulationen verschiedener internationaler Möbeltransportgesellschaften.

Bestimmt Euch, ehe es vielleicht zu spät ist. Ihr seid es Euren Angehörigen und Nachkommen schuldig, daß Ihr die wahren Betrüger und Schwindler erklaret. Das Publikum, das bis jetzt nur in den bürgerlichen Zeitungen liest, muß durch unser öffentliches Mitwirken erkennen, wo die wahren Betrüger zu suchen sind und mit welchen Elementen es zu tun hat, wenn es durch Unterbieten im Preis bei abzuschießenden Transporten bestaunt wird. Auch unsere Parole lautet: „Fort mit dem Trinkgeld und für unsere schwere Arbeit eine angemessene Bezahlung!“

Alle Kollegen werden ersucht, Angaben über oben angeführte Mäander und Tricks, soweit ihnen Tatsachenmaterial zur Verfügung steht, dieses mit Wohnungs- und Firmenangabe an die Sektionsleitung einzuliefern, daß wir dann an die Öffentlichkeit treten, und die Herren uns keine zweite Niederlage bereiten können. Wir wollen dann den Meppern die Mäste vom Gesicht reißen. Erscheint in der nächsten Möbeltransportarbeiterversammlung, die Euch durch Handzettel bekannt gegeben wird, in Massen.

**Überfeld-Barmen.** Die in Nr. 41 des Courier geschiedenen Zustände bei der Firma Gebr. Voets in Barmen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Firmeninhaber, die Kenntnis von dem Inhalt des Artikels bekamen, laufen wie die Wilden umher und schimpfen wie die Mohrepagen, jedenfalls der beste Beweis für die Richtigkeit unserer Schilderung. Heute wollen wir der Wahrheit halber noch folgendes nachtragen: Die Firma beschäftigt nicht wie angegeben 21, sondern 33 Kollegen. Die verheirateten Kollegen erhalten nach einjähriger Tätigkeit einen sogenannten Mietszuschuß von 1,50 Mk. in der Woche. Dieser Mietszuschuß ist aber nicht als Lohn zu betrachten, sondern es liegt lediglich in der Hand der Firmeninhaber, wer von den Kollegen dieser „Wohlfahrts-einrichtung“ teilhaftig wird. Von den zur Zeit noch beschäftigten 33 Kollegen sind 8 unverheiratete, 10 noch kein Jahr im Betriebe, so daß, wenn man das günstigste Resultat für die Firma annehmen will, gerade die Hälfte der beschäftigten Kollegen die 1,50 Mk. Mietszuschuß erhalten. Nun soll es aber weiter vorkommen, daß es hier so geht, wie überall dort, wo der Arbeiterschaft nach einem bestimmten Zeitraum gewisse „Wohlfahrts-einrichtungen“ geboten werden, die die Mehrzahl der Arbeiter es gar nicht so lange in dem Betriebe aushält, bis er der „Wohlfahrt“ teilhaftig wird, sondern in der Regel ist er von selbst gegangen oder gegangen worden. Auch die Firma Gebr. Voets hält sich einen Teil ihrer Arbeiter fest, damit sie eine Schutztruppe hat, der größte Teil kommt und geht, wie in einem Taubenschlag. Aus allem diesen sollten die Kollegen bei Voets lernen und unverzüglich der Organisation beitreten.

Auch bei dem „Arbeiterfreund“ Kerbels, dem Protektor des Fuhrmannsvereins für die Nordstadt, hat der Artikel geoffen. Der beste Beweis ist wohl folgender: Am Sonntag, den 18. Oktober vormittags, sollte in der Nordstadt Überfeld eine Versammlung für die dortigen beschäftigten Kollegen stattfinden. Bei Kerbels sind zirka 20 Mann in Arbeit, von diesen Kollegen kam auch nicht einer nach der Versammlung, sie mußten, wie auch uns überzeugten, Hofarbeiten zc. bis gegen 12 Uhr mittags verrichten. Dagegen sagte einer von den Söhnen Kerbels in dem Versammlungslokal Bosto, um festzustellen, ob vielleicht doch einige von den Kollegen in der Versammlung erscheinen würden. Die Kollegen ließen sich hierdurch einschüchtern und blieben der Versammlung fern. Herrn Kerbels und seinen hoffnungsvollen Söhnen wollen wir nur sagen, daß wir noch andere Mittel und Wege zur Verfügung haben, die bei ihnen tätigen Arbeiter zu organisieren. Auf alle Fälle beweist uns aber das Verhalten Kerbels und seiner Söhne, daß wir auf der richtigen Fährte sind und daß wir die Arbeiterfreundlichkeit Kerbels sehr richtig eingeschätzt haben.

In den Kollegen Kutscher, Fuhrleute, Ablader zc. liegt es, aus dem Angeführten die benötigte Lehre zu ziehen. Die Überfelder und Barmen Unternehmer scheuen die Öffentlichkeit, wie gebrannte Kinder das Feuer. Und daraus ergibt sich wiederum, daß sehr viel in ihren Betrieben in bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen faul und verbesserungsbedürftig ist. Diese Verbesserung herbeizuführen hat sich der Transportarbeiter-Verband zum Ziele gesetzt. Die Erreichung dieses Zieles ist aber nur durch die Mitarbeit aller Berufskollegen möglich. Deshalb, Kollegen, auf zur Arbeit zur Gewinnung neuer Mitstreiter für unsere gerechte Sache.

**Überfeld-Barmen.** In Nr. 41 des Courier wiesen wir darauf hin, daß die hiesigen Kollegen u. a. auch öfters von den Unternehmern geschlagen wurden. Heute sind wir in der Lage, dieses durch einen drastischen Fall aufs Neue hellen zu können. Das hiesige Parteiorgan, die Überfelder „Freie Presse“ brachte Anfang Oktober folgende Notiz:

„Ein schlagender Unternehmer. Der 50 Jahre alte Hilfsarbeiter Albert M., Veimbacherstr. 98 wohnhaft, wurde angeblich am Samstag am Hauptbahnhof Barmen von dem Unternehmer Emil J. gelegentlich eines Wortwechsels mit einer Schaufel auf den Kopf geschlagen. M. erlitt hierbei derartige Verletzungen, daß er ins städt. Krankenhaus untergebracht werden mußte.“

Da es uns darum zu tun war, den Namen des schlagfertigen Unternehmers festzustellen, zogen wir Erkundigungen ein, die aber zuerst von negativem Erfolge waren, weil es sich hier um eine Notiz handelt, die aus dem Barmen Polizeibericht stammt. Also jedenfalls aus einer sehr zuverlässigen Quelle. Inzwischen ist es aber gelungen, den Namen dieses Schlägers festzustellen. Es ist der Ablader-unternehmer Emil Jansen in Barmen. Einer jener Gruppe von Unternehmern, die selbst am allerunvermeidlichsten hätten, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen, da sie geradezu eben so ausgebeutet werden, wie die Arbeiter. Auch hier wird nur die Organisation bahnbrechend wirken.

**Mannheim.** Die Lohnbewegung der Droschkutscher in der Mannheimer Reclamebroschüren-Firma ist mit vollem Erfolge beendet. Zum dritten Male haben wir bei dieser Firma einen Tarif abgeschlossen. Auch diesesmal haben wir trotz der schlechten Geschäftsconjunktur wieder bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Haupt-sächlich die Erzeugung der Ferien ist ein schon längst ersehnter Wunsch unserer Kollegen gewesen. Die Firma hat sie diesesmal anstandslos bewilligt. Im Jahre 1905 hatten wir mit der Firma den ersten Tarif abgeschlossen, welcher im Jahre 1906 erneuert wurde. Auf den 18. September d. J. lief dieser wieder ab. Er wurde nicht von uns, sondern von der Firma gekündigt. Die Bestrafung der Kutscher, die Firma beabsichtigte eine Lohnreduzierung wurde bestätigt. Jedoch haben wir durch wiederholte Verhandlungen mit der Firma die beabsichtigten Reduzierungen be-seitigt und weitere Verbesserungen geschaffen. Nach-stehende Zahlen beweisen, daß wir in diesem Betriebe stets vorwärts gekommen sind. Der Wochenlohn betrug 1905 für Einspänner 24 Mk., für Zweispänner 25 Mk., 1906 für Einspänner 26 Mk., für Zwei-spänner 27 Mk., 1908 für Einspänner 27,50 Mk. und für Zweispänner 28 Mk. Im Jahre 1905/06 erhielten an Lourengeelder Stadtkutscher nichts, die Landkutscher pro Tag 50 Pf.; im Jahre 1906/08 erhielten Stadtkutscher pro Tag 80 Pf. und die Landkutscher pro Tag 1 Mk. Außerdem wurde Ende 1907 in einer Sondervereinbarung mit der Organisation festgelegt, daß jeder Kutscher bei einem Umsatz von 900 Mk. pro Woche 1 Mk. vergütet erhält, von dem, was über 900 Mk. umgesetzt wird, ferner 1 Pf.

In dem neu abgeschlossenen Tarif wurden die Lourengeelder ganz in Provision umgesetzt, was wiederum für die Stadtkutscher hauptsächlich eine nennens-werte Verbesserung bedeutet. Für die Landkutscher ist der Passus vorgesehen, wenn die Tour unter 600 Mark kommt, dann der Kutscher die im früheren Tarif enthaltenen Spesen von 1 Mk. pro Tag aus-bezahlt bekommt. Auch der Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes wird wieder von der Firma zum größten Leidwesen der Christlichen benützt. Derzeit beschreit vom Frühjahr, welches durch den gan-zen schwarzen Blätterwald geräuscht ist, hat die Firma nicht aus der Fassung gebracht. Wir lassen den Tarif im Wortlaut folgen.

**Tarifvertrag.**

Vereinbart zwischen der Firma Reiffers u. Co. und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Verwaltungss-telle Mannheim. Betrifft das Arbeitsverhältnis der bei obiger Firma in Mannheim beschäftigten Kutscher.

**1. Arbeitszeit.**

Die tägliche Arbeitszeit beginnt im Sommer und zwar vom 1. April bis 30. September zwischen 6 und 1/6 Uhr morgens und endet das ganze Jahr nach Beendigung der Tour, welche so eingeteilt wird, daß sie spätestens bis 8 Uhr abends beendet sein kann.

Sollte sich bei einer neu eingestellten Tour die Arbeitszeit über die normale ausdehnen, so werden zwecks Entschädigung derselben zwischen der Firma und dem Verbands besondere Vereinbarungen getroffen. Bei Touren, wo sich das frühere Anspannen un-bedingt erforderlich macht, beginnt die Arbeitszeit eine Stunde früher, wofür dann die Arbeitszeit eine Stunde früher endet.

Der Stallburche beginnt mit dem Füttern der Pferde im Sommer um 4 Uhr, im Winter um 1/2 5 Uhr morgens. Die Arbeitszeit endet längstens um 8 Uhr abends.

Kutscher, welche im Sommer nach 1/6 Uhr, im Winter nach 6 Uhr zur Arbeit erscheinen, werden mit 30 Pf. bestraft. Die Strafgebühren werden am Jahres-schluß zu gleichen Teilen an die Kutscher zurückbezahlt.

**2. Pausen.**

Die Arbeitszeit wird durch eine halbe Stunde Frühstück- und Vesperpause, sowie eine Mittagspause von zwei Stunden unterbrochen.

**3. Sonntagsarbeit.**

Die übliche Stallarbeit geschieht am Sonntag früh in zwei Stunden ohne besondere Vergütung. Die-selbe wird im Sommer in der Zeit von 7 bis 9 Uhr, im Winter von 1/2 8 bis 1/2 10 Uhr verrichtet. Er-fordert die Arbeit länger als zwei Stunden, so wird für jede weitere Stunde 60 Pf. vergütet.

Die Kutscher haben abwechselnd jeden dritten Sonntag ganz frei.

Der Stallburche hat jeden zweiten Sonntag von 11 Uhr ab frei.

Das Füttern und die Stallwache ist an Sonntagen von den Kutschern abwechselnd allen zweiten Sonntagmittag von 3 bis 7 Uhr zu übernehmen, wofür derselbe eine Entschädigung von 2 Mk. bekommt. Jedoch darf der Waghahnde die Arbeit während dieser Zeit nicht verlassen.

1. Wochenlohn.

Der Wochenlohn für Einpänner beträgt 27,50 Mk., für Zweipänner 28 Mk. Stutscher, welche neu ein...

5. Provision und Tourenelder.

Stutscher erhalten bei einem Wochenumsatz von über 600 Mk. für Stadttouren 1/2, für Landtouren 1 pCt. des von ihnen gefahrenen Wochenumsatzes...

6. Ferien.

Die Stutscher erhalten nach einjähriger Tätigkeit 3 Tage, nach zweijähriger Tätigkeit eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Wochenlohnes.

7. Arbeitsnachweis.

Der Unternehmer wendet sich bei Bedarf von Stutschern an den Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Bureau F. 4,9, Tel. 3506.

8. Lohnzahlung und Kündigung.

Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich und zwar Samstags. (Warum nicht Freitags? D. K.) Die Kündigungsfrist beträgt 3 Tage.

9. Allgemeines.

Die Firma ist berechtigt, Touren auch von Brothändlern fahren zu lassen und mit denselben freie Vereinbarungen zu treffen.

Der Stutscher verpflichtet sich, seine Kundschaft zeitig zu bedienen und ist bestrebt, den Umsatz stets zu vergrößern.

Bei beendeter Tour hat der Stutscher stets sofort zur Fabrik zurückzukehren.

Die Pferde sind stets mit der nötigen Sorgfalt zu behandeln.

Geschirre und Wagen müssen im sauberen gebrauchsfähigen Zustande gehalten werden.

Stutscher, die sich für das Geschäft nicht eignen, oder sich durch Trunkenheit und Nachlässigkeit verhalten, erhalten gekündigt, jedoch wird erst vorher die Verbandsleitung davon verständigt.

Dieser Tarif tritt mit dem 1. Oktober 1908 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1910.

Wird der Tarif am 1. September 1910 von letzter der Parteien gekündigt, so läuft er stillschweigend ein Jahr weiter.

Mannheim, den 3. Oktober 1908.

Für die Firma: Mannheimer Redarbrofabrik, Lehstetter u. Co. Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband: August Geil.

Dieser Abschluß ist wieder ein Beweis, daß wenn die Kollegen treu zur Organisation halten, auch dann, wenn die wirtschaftliche Krise mit ihren Folgen auf die Existenz des Arbeiters drückt, doch etwas errungen werden kann.

Denkenroba. Wie unsere Kollegen manchmal über den Löffel harblert werden sollen, zeigt nachstehendes Vorkommnis.

Die Firma Hoppeditour Scheibe hatte einen Kollegen beim Gewerbegericht auf Einhaltung der vierzehntägigen Kündigungsfrist evtl. 25 Mk. Schadenersatz verklagt.

Der Verhandlungstermin mußte der Vorsitzende des Gewerbegerichts, der im Verwandtschaftsverhältnis zum Kläger stand, wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden und ein dritter Termin wurde notwendig.

Im Termin sollten nun die Erstanten aus dem Kontor bezeugen, daß unser Kollege noch habe vierzehn Tage arbeiten wollen.

marktscheine gehabt und konnte deshalb dem Arbeiter seinen Lohn nicht auszahlen.

Nun noch der Schadenersatzanspruch. Mit 16 ganzen Mark bewertet man eine ganze Wochenarbeit; aber wenn es sich darum handelt, vom Arbeiter etwas zu ergründen, dann bestimmt man sich plötzlich darauf, daß die Arbeit, die der betreffende Kollege versäumt haben soll, eigentlich viel mehr wert ist.

Kurz, nachdem die ganze Art der Handlung dieser Firma seitens des Vertreters unserer Kollegen die gebührende Beleuchtung erfahren, war auch das unter Verbeugung zu der Ueberzeugung gekommen, daß unter Kollege ordnungsmäßig die Arbeit verlassen und wie es den Kläger antragsgemäß mit seiner Klage kostenpflichtig ab und verurteilte ihn außerdem, an den Beklagten sofort den einbehaltenen Lohn auszuzahlen.

Das Geständnis eines Wahrheitsliebenden. Der Redakteur Wolf von der 'Südwestdeutschen Arbeiterzeitung' hatte in seinem Blatte behauptet, der Stadtverordnete Schubach in Heidelberg, Funktionär unseres Verbandes, hätte Unterschlagungen begangen.

Der Angeklagte giebt folgende Erklärung ab: 'In der Nr. 3 der von mir redigierten 'Südwestdeutschen Arbeiterzeitung' vom 1. Dezember 1907 habe ich einen Artikel veröffentlicht, wonach der Stadtverordnete Schubach wegen im 'Deutschen Transportarbeiter-Verband' vorgekommener Unterschlagungen aus dem Verband ausgeschlossen worden sei.

Wir haben diesem Geständnis nichts hinzuzufügen. Offentliche und Mitglieder-Versammlungen. Burg. Die Mitglieder unserer am 27. September gegründeten Verwaltungsstelle hielten am 18. Oktober ihre erste Versammlung ab.

Dresden. Die ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle fand am 14. Oktober 1908 statt. Vor Eintritt in die Tages-Ordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Gustav Lehmann, Ernst Grahl, Hermann Lehmann, Adolf Büttner, Franz Kentsch, durch Erheben von den Plätzen.

Lohnbewegungen wurden im Quartal 8 geführt, und zwar nur Angriffsbewegungen. Die Lohnbewegung der Möbeltransportarbeiter, welche bereits im 2. Quartal eingeleitet worden war, wurde in diesem Vierteljahr erfolgreich beendet.

Im Termin sollten nun die Erstanten aus dem Kontor bezeugen, daß unser Kollege noch habe vierzehn Tage arbeiten wollen. Scheibe jur. erklärte, es sei auf dem Bahnhof überhaupt nicht gekündigt worden und seine Zeugen sagen, daß Scheibe jen. im Kontor gesagt hätte, die Kündigung auf dem Bahnhof zähle nichts.

friedenstellend, da die Kündigungen von der Firma zurückgenommen wurden.

Die Arbeitsvermittlung gestaltete sich im 3. Quartal wie folgt: Arbeitslose Mitglieder waren vorhanden insgesamt 134. Davon Markthelfer und Packer 89. Stutscher, Mitfahrer usw. 65. Diverse Transportarbeiter 26. Fensterreiniger 4.

Die Bibliothek wurde von 50 Mitgliedern in Anspruch genommen. Insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen.

Schriftstücke für Mitglieder wurden 12 angefertigt. Eine Petition in bezug auf die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses in Dresden wurde von uns gemeinsam mit dem Handlungsgewerlichen-Verband an die Königl. Prellhauptmannschaft Dresden eingereicht.

Der Mitgliederbestand betrug am Ende des 2. Quartals 3185 männliche, 141 weibliche Mitglieder. Im 3. Quartal kamen neu hinzu 227 männliche, 4 weibliche Mitglieder.

Der Abgang betrug insgesamt 184 männliche, 7 weibliche Mitglieder.

Den Kassenericht erstattete der Ortskassierer. Die Einnahmen betragen 21595,70 Mk. Die Ausgaben beliefen sich auf 5288,06 Mk. An die Hauptkasse gingen 11427,66 Mk.

Unter Verbandsangelegenheiten beantragt die Ortsverwaltung den Ausschluß aus dem Verbands gegen zwei Mitglieder, und zwar wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Im wei eren Antrag der Ortsverwaltung, daß frühere Mitglied Kreis wieder in den Verband aufzunehmen, gelangte zur einstimmigen Annahme.

Unter Verbandsangelegenheiten beantragt die Ortsverwaltung den Ausschluß aus dem Verbands gegen zwei Mitglieder, und zwar wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Über diese Anträge entspinnt sich eine ausgedehnte Debatte, in welcher mehrere Kollegen gegen den Ausschluß sprachen.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Für den Ausschluß Langers stimmten 128, gegen denselben 28 Mitglieder. Für den Ausschluß Kunzes votierten 74, gegen denselben 67 Mitglieder.

Unter Verbandsangelegenheiten beantragt die Ortsverwaltung den Ausschluß aus dem Verbands gegen zwei Mitglieder, und zwar wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Über diese Anträge entspinnt sich eine ausgedehnte Debatte, in welcher mehrere Kollegen gegen den Ausschluß sprachen.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Für den Ausschluß Langers stimmten 128, gegen denselben 28 Mitglieder.

Für den Ausschluß Kunzes votierten 74, gegen denselben 67 Mitglieder. Welche Anträge sind demnach verheißentlich der Zustimmung des Zentralvorstandes angenommen.

Unter Verbandsangelegenheiten beantragt die Ortsverwaltung den Ausschluß aus dem Verbands gegen zwei Mitglieder, und zwar wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Literarisches.

Im Verlag von F. H. W. Dieß Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Der Ursprung des Christentums, eine historische Untersuchung von Karl Krausky. XVI und 500 Seiten. Preis broschiert 5 Mk., gebunden 5,75 Mk.

Von den Werken Krausky's dürfte 'Der Ursprung des Christentums' am meisten Aufsehen erregen und bei Freund und Feind ein starkes Interesse hervorgerufen. Krausky macht hier den Versuch, den Ursprung des Christentums materialistisch zu erklären.

Die christlichen Quellen. 2. Die heidnischen Quellen. 3. Der Kampf um das Jesusbild. 11. Die Gesellschaft der römischen Kaiserzeit. 1. Die Sklavenvirtschaft. 2. Staat, Handel und Bücher. 3. Denken und Empfinden der Kaiserzeit. 111. Das Judentum. 1. Israel. 2. Das Judentum seit dem Exil. IV. Die Anfänge des Christentums. 1. Die urchristliche Gemeinde. 2. Die christliche Messiasidee. 3. Judentum und Heidenchristen. 4. Die Passionsgeschichte Christi. 5. Die Entwicklung der Gemeindeorganisation. 6. Christentum und Sozialdemokratie.

Mitteilungen des Vorstandes.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 2 Abs. 7 a und b des Verbandsstatuts die nachstehend bezeichneten Mitglieder:

In Berlin II: Endrijat, Ernst, Opt.-Nr. 2618. In Breslau: Ankelmann, Otto, Opt.-Nr. 141 111. Braukel, Georg, Opt.-Nr. 140 619.

In Hamburg I: Wastian, Fr., Opt.-Nr. 104 211, Boffe, Wilhelm, Opt.-Nr. 100 859, Busch, Alfred, Opt.-Nr. 104 202.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

F. H. W. Dieß Nachf. in Stuttgart. Berlin SO. 16, Engel-Nr. 21, Hof 1 Tr.

Verantwortl. Redakteur: Emil Mebel, Lichtenberg. Verlag der Buchhdlg. 'Courier', L. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Albalbertstr. 37.



**Aus der Unfallversicherungspraxis.**

**„Das Anbringen von Firmenschildern an den Hauswänden ist nicht versicherungspflichtig.“**

(Amtl. Nachr. d. R.-V.-A.) Ein Unternehmer fertigt Firmenschilder aus Glas ohne fremde Hilfe an. Er bringt die meist kleinen Schilder auch selbst an den Häusern an, indem er sie an Nägel, die er in die Mauer treibt, befestigt. Nur bei der Anbringung von größeren Schildern zieht er ein bis zwei fremde Personen zu. Zur Befestigung derartiger Schilder werden Löcher in die Hauswand gestemmt und in diese eiserne Träger geschlagen, die mit Gips verputzt werden. An diese Träger werden die Schilder angeschraubt.

Die Versicherungspflicht dieses Betriebes ist in einem Bescheide vom 25. Februar 1908 verneint worden, da eine Bauarbeit im Sinne des § 1 Abs. 1 Ziffer 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes nicht vorliegt. „Ein „Einbauen“ der Schilder in die Häuser liegt nicht vor; lediglich eine Anheftung der Schilder an die Hauswand, die meist zu vorübergehenden Zwecken erfolgt und die Schilder nicht zu Bestandteilen des Gebäudes macht.

**„Versicherungspflicht von Betrieben, in denen nur auswärts in der Regel regelmäßiger Wiederkehr — Arbeiter beschäftigt werden.“**

(Amtl. Nachr. d. R.-V.-A.) Ein Unternehmer betreibt sein Lohnfuhrwerk meist allein und nimmt nur an etwa 15 Tagen im Jahre Aushilfspersonen auf einige Stunden an. Das Reichs-Versicherungsamt hat diesen Betrieb durch Verfügung vom 3. April 1907 für versicherungspflichtig erklärt und der Fuhrwerks-Vereinsgenossenschaft zugewiesen. Es werden zwar jedesmal nur für kurze Zeit, aber doch nicht nur vereinzelt, sondern in regelmäßiger Wiederkehr Arbeiter zur Hilfe genommen. Dadurch ist die Versicherungspflichtigkeit des Betriebes begründet. Es ist hierzu nicht erforderlich, daß die Arbeiter ununterbrochen oder wenigstens längere Zeit beschäftigt werden. In diesem Sinne hat sich das Reichs-Versicherungsamt bereits früher ausgesprochen (zu vergleichen auch Anmerkung 10 zu § 1 des Unfallversicherungsgesetzes im Handbuche der Unfallversicherung, 2. Auflage, S. 10—12).

**„Wagenwäscher in Automobilfuhrwerksbetrieben, die von den Führern der Kraftwagen angenommen und entlohnt werden, sind in der Regel Arbeiter des Fuhrunternehmers.“**

Dieser hat ihre Löhne der Berufsgenossenschaft nachzuweisen.“ (Amtl. Nachr. d. R.-V.-A.) Diesen Grundsatz hat das Reichs-Versicherungsamt in einem Bescheide vom 18. Januar 1908 ausgesprochen und folgen demnach begründet: Das Waschen der Wagen dient dem Kraftdroschenbetriebe. Es muß deshalb regelmäßig auch diesem Betriebe zugerechnet, und der Wagenwäscher als ein in ihm beschäftigter Arbeiter angesehen werden, sofern es nicht etwa als ein besonderes, selbständiges Unternehmen betrieben wird. Das wird regelmäßig dann nicht der Fall sein, wenn der Kraftdroschenführer mit dem Wagenwäscher einen anderen Arbeiter betraut. Dieser Arbeiter ist kein selbständiger Unternehmer, er ist als ein in dem Betriebe des Kraftdroschenunternehmers beschäftigter Arbeiter anzusehen, und der Betriebsunternehmer hat deshalb für ihn auch dann die Löhne nachzuweisen und Beiträge zu entrichten, wenn der Lohn nicht von dem Kraftdroschenunternehmer, sondern von dem Droschenführer bedungen und bezahlt worden ist. Der Wagenwäscher kann dann auch nicht etwa als Arbeiter des Droschenführers, der kein Unternehmer ist, gelten. Die Namen und Löhne der Wagenwäscher sind deshalb von den Unternehmern der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft nachzuweisen.

Diese hat auch, abgesehen von etwaigen Unfällen der Wagenwäscher, ein finanzielles Interesse an der gesonderten Angabe der Löhne der Wagenwäscher, da der Beitrag mit Rücksicht auf die Bestimmung im § 29 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes unter Umständen geringer ist, wenn der Lohn des Wagenwäschers nur in dem für den Droschenführer nachgewiesenen Lohne mitenthaltend ist.

**Die Versicherungspflicht von Backwarenaus-trägerinnen** ist in zwei Revisionsentscheidungen vom 16. Dezember 1907 und vom 22. April 1908 mit folgenden, den Tatbestand ergebenden Begründungen anerkannt worden.

(Amtl. Nachr. d. R.-V.-A.) a) Bei der Beurteilung von Verhältnissen der hier in Rede stehenden Art muß in besonderer Weise beachtet werden, was das Reichsversicherungsamt auf dem genannten Gebiete des Versicherungsrechts als leitenden Grundsatz aufgestellt hat, daß nämlich nicht so sehr die rechtlich-formalen, als die wirtschaftlichen, tatsächlichen Verhältnisse entscheidend sind. Einer besonderen Beachtung bedarf dieser Gesichtspunkt hier um deswillen, weil es sich um Beziehungen allereinfachster Art handelt, die nach allen wesentlichen Richtungen durch die Natur der gegebenen Lebensverhältnisse und Interessen bestimmt werden, ohne daß die Beteiligten Veranlassung hätten, sich über die rechtliche Natur ihrer Beziehungen und die im Zweifelsfalle daraus sich ergebenden rechtlichen Folgerungen klar zu werden. Um deswillen müssen zunächst die Aussagen der Beteiligten über die zwischen ihnen bestehenden Rechtsverhältnisse mit Vorbehalt aufgenommen werden. Es ist unzutreffend, wenn die Beklagte einen entscheidenden Wert auf die Auskunft legt, daß die Klägerin den durch Verlust oder Ungelegenheiten der Backware entstehenden Schaden zu tragen habe. Dieser Auskunft hat offenbar die Vorstellung zugrunde gelegen, daß solche Verluste und Schäden in der Regel nur bei unforgfältigem Verhalten der Klägerin eintreten werden, und sie dann eben um ihres Verschuldens willen den Nachteil zu tragen hat; ferner wird der wirtschaftlich Stärkere geneigt sein,

Verluste von sich fern zu halten, und der wirtschaftlich Schwächere wird unter Umständen durch den Druck der Verhältnisse genötigt sein, sich dem zu fügen, zumal, wenn er, wie hier, kaum je in der Lage sein wird, Meinungsverschiedenheiten im Rechtswege zum Austrage zu bringen; auch in diesem Sinne mag jene Auskunft zutreffend sein; aber eine ausreichende Grundlage zu dem Schlusse, daß die Klägerin Bäckerin und Eigentümerin der Ware gewesen sei, bietet die Auskunft offenbar nicht; es ist auch nicht wahrscheinlich, daß der Bäckermeister M. geneigt sein würde, alle sich daraus ergebenden Rechtsfolgen anzuerkennen.

Obenwiegend kann entscheidender Wert auf die eigene Angabe der Klägerin gelegt werden, daß sie auch von anderen Bäckern Waren beziehe, wenn die Kunden über die Ware klagen. Der Bäckermeister M. hat das Gegenteil ausgesagt. Er würde, da die Klägerin nur ein Dorf mit seinen Backwaren versorgte und eine plötzliche, erhebliche Schwankung des Verbrauchs in diesem beschränkten Gebiet in der Regel ausgeschlossen war, sehr schnell Kenntnis erhalten haben, wenn die Klägerin in irgend erheblichem Umfange fremde Backware neben der feigenen betrieb hätte, und würde sicherlich keine Reklamation gehabt haben, ohne Not fremden Wettbewerb zu dulden. Die Angabe der Klägerin ist danach offenbar nur dahin zu verstehen, daß sie gelegentlich, um in einzelnen Fällen vorübergehende Anzukünderheit der Kunden mit der gelieferten Ware zu überwinden, auch fremde Ware mitgenommen hat — ein Verhalten, daß in dieser Beschränkung sogar M's. eigenem Vortheile dienen konnte, aber nicht geeignet ist, die Klägerin als eine von M. unabhängige Händlerin erscheinen zu lassen.

Vielmehr ergibt die Anschauung der wirtschaftlichen Verhältnisse überzeugend, daß die Feststellung, die Klägerin sei Arbeiterin des Bäckermeisters M. bezw. seines Geschäftsvorgängers gewesen, den Tatsachen entspricht. M. selbst sowie die Polizeiverwaltung in S. brüden das Verhältnis der beiden Personen zueinander dahin aus, daß die Klägerin „bei M. beschäftigt“ gewesen sei, Backware nach M. zu fahren. Diese Ausdrucksweise rechtfertigt zur Genüge die von der Revision als grundlos bemängelte Feststellung, daß M. das Absatzgebiet bestimmt habe. Aus dem letzteren Begrenzung ergibt sich ohne weiteres, was M. auch ausdrücklich hervorhebt, daß im wesentlichen ein feststehender Kundentel mit einer feststehenden Warenmenge zu versorgen war, und daß die Leistung der Klägerin in der Hauptsache in der Vorsehrderung der Ware und des Entgelts bestanden hat, also eine Arbeitsleistung allereinfachster Art, hat, also eine Arbeitsleistung allereinfachster Art, und die Klägerin lediglich die von M. hierzu bestellte Arbeiterin war.

b) Das Schiedsgericht hat unter einwandfreier Würdigung der Beweisaufnahme die einzelnen Umstände, welche teils für, teils gegen die Annahme eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses sprechen, erörtert und mit Recht die Umstände der ersten Arbeit für überwiegend erachtet. Für einen selbständigen Gewerbebetrieb spricht im wesentlichen nur der Umstand, daß die Klägerin die Verluste infolge von Kreditgewährung an die Abnehmer der Backwaren selbst zu tragen hat. Indessen ist das nicht unbedingt beweisend für die persönliche Selbstständigkeit des Beauftragten, und zwar im vorliegenden Falle um so weniger, als der Bäckermeister M. mitunter die Beiträge, welche die Abnehmer der Backwaren schuldig geblieben sind, unmittelbar bei den Abnehmern einziehen läßt. Dagegen sprechen für versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis folgende von M. bezeugte Tatsachen: Die Brotkörbe und Tücher, die zum Austragen der Waren verwendet werden, gehören dem M. An jedem Sonntage hat die Klägerin an ihn das ganze von ihr eingenommene Geld abzuliefern, erhält dagegen von ihm auf je 3 Mt. eine Vergütung von 50 Pf. zurück. Wenn die Klägerin Brot übrig behält, nimmt es M. gemäß der ein für allemal getroffenen Abrede zurück. Wenn die Klägerin krank wird, beauftragt M. eine andere seiner Brotfrauen mit der Vertretung. Die Klägerin ist von M. zur Krankenversicherung angemeldet. Vielfach melden sich Kunden bei M. und werden dann von ihm der Klägerin oder derjenigen anderen Brotfrau zugeteilt, in deren Bezirke sie wohnen. Einige Kunden aus dem Bezirke der Klägerin leisten die Zahlungen unmittelbar im Geschäft des M. Alle diese Umstände rechtfertigen es, wenn das Schiedsgericht zu dem Ergebnisse gelangt ist, daß überwiegende Gründe für das Vorliegen eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses sprechen.

**Die Sonntagsruhe und die Handelskammern.**

VI.  
Magdeburg:

„Nicht nur der Angestellte, sondern auch der Geschäftsinhaber hat den Drang, soweit nicht die Abwicklung notwendiger geschäftlicher Angelegenheiten dem entgegensteht, die Geschäftsstunden abzukürzen. Beispielsweise werden gegenwärtig fast nirgends mehr die Kontore der Fabriken am Sonntage geöffnet; die Großhandelshäuser beschäftigen ferner Sonntags gewöhnlich nur eine Schicht ihrer Angestellten auf wenige Stunden, und selbst in manchen Detailgeschäften ruht Sonntags der Betrieb vollständig oder doch so gut wie vollständig. Die kaufmännischen Angestellten kennen diese Verhältnisse sehr genau und richten sich danach. Sie bewerben sich vorzugsweise gern um Stellen, wo ihnen verhältnismäßig viel freie Zeit gelassen wird. Der Andrang der jungen Leute zu sol-

chen Stellen aber bietet den Vorteil, eine vorzüglichere Auswahl treffen zu können, und wirkt sonach auch seinerseits auf eine Verkürzung der Arbeitszeit besonders am Sonntag hin. In sämtlichen Gewerbebezirken aber herrscht, soweit nicht überhaupt bereits das Ziel voller Sonntagsruhe erreicht ist, sichtlich die Tendenz, die Sonntagsarbeit abzukürzen. Wenn wir auch nicht prinzipiell gegen das Eingreifen des Staates in gewerbliche und soziale Zustände sind, so wollen wir doch derartige gesetzgeberische Maßnahmen auf alle Fälle beschränkt wissen, wo Missstände vorhanden sind, die sich nicht ohne Anwendung von Zwang beheben lassen. Was die vorliegende Frage anlangt, so bestreiten wir, daß die bestehende Arbeitszeit für das Handelsgewerbe an Sonntagen so umfangreich und beschwerlich ist, daß man sie einen Mißstand nennen kann, gegen den die Gesetzgebung mobil zu machen wäre. Wenn irgend ein Gegenstand ungeeignet ist, von Rechts wegen in ganz Deutschland in einheitliche Formen gezwängt zu werden, so ist es dieser. Jeder Handelszweig, jede Gegend, jede Ortschaft hat hier ihre besonderen Bedürfnisse, die sich überdies, den jeweiligen wirtschaftlichen Wandlungen folgend, ändern. Es reicht nicht hin, wenn der vorliegende „Entwurf“ den Aufsichtsbehörden das Recht gibt, eine begrenzte Sonntagsarbeit für das Handelsgewerbe, noch dazu auf jederzeitigen Widerruf, zuzulassen. So lange es nicht nachgewiesen ist, daß die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe einen ungebührlichen Umfang angenommen hat und beispielsweise der Gesundheit der Angestellten schädlich oder der Befriedigung ihres religiösen Bedürfnisses hinderlich ist, halten wir es für unrichtig, ja sogar für unwürdig vorzuschreiben, daß die Geschäftsinhaber für den Betrieb ihres Gewerbes von einer widerruflichen Genehmigung der Verwaltungsbehörden abhängig gemacht werden sollen. Das wäre unseres Erachtens in der Tat ein Mißstand, den der Entwurf, wenn er zum Gesetz würde, zur Folge haben müßte. Ein Mißstand wäre das; leider würde er nicht einmal der einzige bleiben. Es gibt schon heute Detailgeschäfte, die ohne Zwang an Sonntagen schließen, weil sie so gut wie niemals von Kunden aufgesucht werden; es ist uns aber andererseits glaubwürdig berichtet worden, daß der Tageserlös bei einzelnen anderen Geschäften am Sonntage regelmäßig den der ganzen Woche übersteigt. Es sind das Geschäfte, wo billigere und zugleich auch teure Konfektions- und Modewaren zu haben sind. In solche Geschäfte gehen große Bevölkerungsteile der Stadt und der Umgegend aus leicht begreiflichen Gründen nur in Sonntagskleidung. Eine besondere Beachtung verdient der für das Handelsgewerbe größerer Städte sehr wichtige Zufluß der ländlichen Bevölkerung aus der Umgegend. Es wäre ein Mißstand, wenn der Handel durch die zwangsweise Beschränkung der Sonntagsarbeit veranlaßt würde, sein Geschäft auf dem Lande so gut wie ausschließlich durch Hausierer und Detailreisende zu machen. Wir halten den Wechsel im Aufenthalt der Bevölkerung, wie er an Sonn- und Feiertagen eintreten pflegt, das Hin- und Herströmen der Bevölkerung aus dem Lande und das Hineinströmen der ländlichen Bevölkerung in die Stadt nicht nur für nützlich, sondern auch geradezu für eine Vorbedingung guten gegenseitigen Einvernehmens und würden es bedauern, wenn der ländlichen Bevölkerung durch unrichtige Bestrebungen, die Sonntagsruhe in städtischen Gewerben auszudehnen, die Luft genommen würde, in der Stadt Geschäfte zu machen, und damit zugleich die Gelegenheit, städtische Bildungsstätten, wie Museen, Theater usw. zu besuchen, zu beschaffen und sich zunutze zu machen.“

**Plauen:**

„In den kaufmännischen Kontoren unseres Bezirkes ist im allgemeinen die Sonntagsruhe durchgeführt, doch kommen zu gewissen Zeiten vermehrte Arbeit, besonders in den in unserem Bezirk vertretenen Saisonindustrien, Ausnahmen vor. In einer Anzahl von Geschäften ist außerdem üblich, daß an Sonntagen einige wenige Angestellte zur Erledigung dringender Postachen sich auf den Kontoren einstellen. Einem völligen Verbote der Sonntagsarbeit in den kaufmännischen Kontoren vermögen wir daher nicht zuzustimmen, dagegen haben wir gegen eine Beschränkung der Arbeitszeit auf drei Vormittagsstunden Einwendungen nicht zu erheben. Was die offenen Ladengeschäfte betrifft, so können wir auch hier einer Einschränkung der Verkaufszeit durchaus zustimmen, da das Sonntagsgeschäft infolge der Gewöhnung des Publikums an die Sonntagsruhe zugunsten der vorhergehenden und der nachfolgenden Wochentage stark nachgelassen hat. Nur erscheint es uns wünschenswert, eine beschränkte Verkaufs- und Beschäftigungszeit der Angestellten bis zu drei Stunden allgemein im Gesetz vorzusehen und es den einzelnen Gemeinden zu überlassen, je nach Bedarf und Lage ihrer offenen Ladengeschäfte weitere Einschränkungen einzutreten zu lassen. Die Einführung einer völligen Sonntagsruhe für offene Ladengeschäfte, die nur durch ortstatutarische Ausnahmebestimmungen durchbrochen werden könnte, würde den Detailgeschäften, insbesondere denjenigen, die auf Landbevölkerung angewiesen sind, Schaden bringen und den Hausierhandel fördern. Die jetzigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe geben zu lebhaften Klagen Anlaß, weil sie die Festsetzung der Ladeneschlußstunde den ortstatutarischen Bestimmungen der einzelnen Gemeinden überlassen. Die Bestimmungen des Entwurfs, nach der eine Beschäftigung über 2 Uhr nachmittags hinaus an Sonntagen nicht zulässig ist, erscheint uns sehr zweckmäßig, um erhebliche Abwechslungen in den Verkaufsstunden, die vielfach zu unhaltbaren Zuständen geführt haben, zu verhüten. Die Bestimmungen, nach der nur für die letzten beiden Sonntage vor Weihnachten ein erweiterter Geschäftsverkehr zulässig sein soll, beantragen wir dahin abzuändern, daß in den Jahren, in denen der letzte Sonntag kurz

vor Weihnachten fällt, noch ein dritter Sonntag freigegeben wird. Wegen die Beschränkung eines erweiterten Geschäftsverkehrs für Sonn- und Festtage, an welchen örtliche Bedürfnisse eine verlängerte Verkaufszeit erforderlich machen, auf drei Tage, haben wir Einwendungen nicht zu erheben. Ebenso stimmen wir der im Entwurfe vorgesehene Regelung der Beschäftigungsdauer an diesen Tagen zu. Im übrigen nehmen wir an, daß die Ausnahmestimmungen für Saisongeschäfte, Inventuraufnahmen oder sonstige notwendige Arbeiten auf Grund der §§ 105c und e der Gewerbeordnung bestehen bleiben."

**Posen:**

Die verschiedenartigen Verhältnisse in Groß- und Kleinstadt, im Osten, Norden und Süden unseres Vaterlandes fordern auch eine verschiedenartige Regelung der Sonntagsruhe, sollen nicht die Interessen der Geschäftsinhaber, die berechtigtermaßen ebenso Berücksichtigung erheischen wie die Wünsche der Handlungsgehilfen, geschädigt werden. Bei Einführung der allgemeinen völligen Sonntagsruhe ist diese Berücksichtigung nicht möglich. Denn wenn auch eine Sonntagsarbeit bis zu drei Stunden eingeführt werden kann, so ist doch damit nicht gesagt, daß sie auch eingeführt wird. . . . Abgesehen von den Handlungsgehilfen ist eine Aenderung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe von denjenigen Kaufleuten gefördert worden, die in Plätzen wohnen, in denen durch Ortsstatut schon die jetzt noch zulässige Sonntagsarbeit eingeschränkt oder ganz beseitigt ist und die mit Kaufleuten benachbarter Orte konkurrieren, in denen derartige Maßnahmen nicht getroffen sind. Diese Kaufleute rufen nach einer einheitlichen Regelung der Sonntagsruhe in ganz Deutschland. Durch den vorliegenden Entwurf wird jedoch diesem Wunsche nicht Rechnung getragen, da die Möglichkeit bleibt, daß in dem einen Orte völlige Sonntagsruhe herrscht, während in dem anderen, vielleicht benachbarten Plätze die Geschäfte drei Stunden geöffnet sein dürfen. Im Osten, speziell in unserem Bezirk, liegen jedoch die Städte nicht so dicht nebeneinander, daß durch eine verschiedenartige Regelung der Sonntagsruhe in den Städten Kaufleute bestimmter Plätze geschädigt werden können. Es liegt also auch hier kein Bedürfnis für eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe vor. Die völlige Sonntagsruhe im Handel entspricht nun keinesfalls den Interessen der Geschäftsinhaber unseres Bezirks. . . . Aber auch ohne daß durch Ortsstatut die Sonntagsruhe ausgedehnt worden ist, kann wohl behauptet werden, daß im allgemeinen Sonntags in den Geschäften nicht länger gearbeitet wird, als zur Befriedigung der Kundenschaft, bezw. zur Erledigung der laufenden Geschäfte dringend notwendig ist. . . . Die Geschäfte, welche auf die Landkundschaft angewiesen sind, können das Sonntagsgeschäft überhaupt nicht entbehren. . . . In unserer Landwirtschaftlichen Provinz sind aber in sämtlichen Städten, auch in der Stadt Posen bestimmte Branchen, auf die Landkundschaft angewiesen. . . . Es wird also befürchtet, daß im Falle völliger Sonntagsruhe auf Kosten der Städte in den Dörfern gewissermaßen künstliche Geschäfte herangezogen werden. In unserem Bezirk wird der Handel größtenteils von Personen jüdischer Konfession ausgeübt, von denen die strenggläubigen Sonnabends religionsgesetzlich zu feiern gezwungen sind. Im Falle der Einführung völliger Sonntagsruhe müßten diese Geschäftsleute also in jeder Woche zwei Tage hintereinander ihr Geschäft schließen. Es ist offensichtlich, daß sie dadurch wirtschaftlich ganz bedeutend geschädigt werden müßten. . . . Aus diesen Gründen müssen wir uns entschieden gegen die in dem vorläufigen Entwurf vorgesehene Regelung der Sonntagsruhe aussprechen, würden uns jedoch mit einer mäßigen Verminderung der in der Gewerbeordnung für den Handelsverkehr freigegebenen fünf Stunden einverstanden erklären können. Dabei wäre Vorfrage zu treffen, daß der Hauptgottesdienst am Sonntag vormittag überall so gelegt wird, daß die für den Handel freigegebenen Stunden hintereinander liegen und nicht, wie jetzt, durch den Gottesdienst getrennt werden. Dies läge auch im Interesse der Handlungsgehilfen."

**Moskau:**

Schon das geltende Gesetz bietet die Möglichkeit, dort, wo eine Verkürzung durchführbar ist, die Sonntagsarbeit nach Belieben zu verkürzen, eine Möglichkeit, von der in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht ist. Aber es würde eine Härte gegen das Publikum sein und zu einer schweren Schädigung berechtigter Interessen des Handelsgewerbes führen, wenn man die Frage der Sonntagsarbeit allein aus dem Gesichtspunkte der Angestellten behandelt und sie ganz verbieten wollte. Auch der Geschäftsinhaber arbeitet Sonntags nicht etwa, weil er der Erholung weniger bedürftig ist als seine Angestellten, oder weil er den Angestellten die Sonntagsruhe nicht gönnt, sondern er arbeitet, weil sein wirtschaftliches Interesse und die Wünsche des Publikums es fordern. Besonders für die mecklenburgischen Städte mit ihrer zahlreichen Landkundschaft, die ihre Einkäufe wegen Zeitmangels an den Wochentagen größtenteils nur Sonntags besorgen kann, sind die Vorschläge des Entwurfs ganz unannehmbar."

**Sagan:**

Während die königliche Staatsregierung und die Parlamente unablässig auf Mittel und Wege sinnen, den Mittelstand zu heben und zu kräftigen, würde der ohnedies schwer um seine Existenz ringende Kaufmännische und gewerbliche Mittelstand durch die Einführung der Sonntagsruhe, wie sie von dem Gesetzentwurf geplant wird, auf das schwerste geschädigt und vernachlässigt werden. Es würde dies ihn schwerer treffen, als ihm alle die zu seiner Kräftigung bisher erdachten Mittel genügt haben."

**Schopffheim:**

Wir haben in unserem Bezirk keine großen oder größeren Städte, deren Geschäftsleute von dem die Woche durch ununterbrochenen laufenden Platzgeschäft fast werden. In dem ganzen Gebiet zwischen Freiburg und Konstanz, also auch entlang der ganzen badisch-schweizerischen Grenze, gibt es nur kleine Landstädte und -städtchen, die ohne den umliegenden Geschäftsverkehr mit den Bewohnern des umliegenden blauen Landes nicht bestehen könnten. Ein nicht geringer Teil dieser Landstädte liegt unmittelbar an der Grenze, wodurch die geschäftliche Aktion der Bewohner derselben in der Hauptsache auf Halbkreisgebiete mit kleinem Radius beschränkt wird. Beeinträchtigt das schon nicht wenig das Fortkommen der Geschäftsleute, so wird die Lage derselben noch dadurch erschwert, daß Kolonialwaren aller Art, sowie die wichtigsten Lebens- und Genussmittel, wie Mehl, Brot, Fleisch, Zucker, Tabak usw., der billigeren, nicht durch hohe Zölle emporgeschraubten Preise wegen von der deutschen Grenzbevölkerung in großen Mengen in der Schweiz gekauft werden. Die Summen, die so den Geschäftsleuten der deutschen Grenzorte entgehen, sind namhaft, aber sie fanden bisher einen gewissen Ersatz durch das Geld, welches Schweizer Käufer für mancherlei andere Artikel, insbesondere Wollwaren, gewisse Baumwollwaren, fertige Kleidungsstücke, Leder und Kürschnerwaren, Kurz- und Metallwaren, die bei uns vorteilhafter als in der Schweiz zu erziehen sind, ins Land brachten. . . . Während des größten Teils des Jahres haben diese Leute am Werktag keine Zeit zum Einkaufen, sie sparen sich das deshalb auf den Sonntag auf, begeben sich aber in der Regel erst nach der Kirche und dem Mittagessen auf den Weg zur Einkaufsstelle. . . . Welche Zeit bliebe für die Abwicklung der Geschäfte übrig, wenn die von dem Entwurf in Aussicht genommene Bestimmungen über die Sonntagsruhe Gesetz würden? Wenig oder gar keine Zeit, und die Folge wäre zweifellos die Einschränkung oder gar Vernichtung der besten Verkaufsgelegenheit für unsere Kleinkaufleute und Handwerker. Aber nicht bloß die Stunden zwischen 2 und 4 Uhr nachmittags sind nicht zu entbehren, auch die drei vorhergehenden sind für manche Landstadt als Geschäftsstunden nicht zu missen. Das trifft zu für diejenigen Orte, die den Mittelpunkt eines Kirchspiels bilden, Orte, nach denen Sonntags die Kirchenbesucher aus den zugehörigen Kirchspielgemeinden wandern. . . . Das Publikum der großen Städte mag sich vielleicht unsicher einer weiteren Einschränkung der sonntäglichen Geschäftszeit anpassen, für unsere Gegend ist eine solche Anpassung bei der deutschen Landbevölkerung kaum und bei der schweizerischen um so weniger zu erwarten, als die Schweiz eine Sonntagsruhe nach unserem Muster überhaupt nicht kennt. Fragen wir schließlich, was und wem diese unheilbringende Aenderung bei uns nützen soll, so ist zunächst zu beachten, daß zahlreiche Geschäftsleute hierzulande weder Gehilfen noch Lehrlinge halten, denen aus der erweiterten Sonntagsruhe ein Vorteil erwachsen könnte. Hier müßten also die Geschäftsinhaber, die froh sind, wenn sie am Sonntag ein paar Stunden arbeiten dürfen, um das zu verdienen, wonach sie die Woche über vergeblich ausschauen, zwangsweise feiern. Sodann muß man hinsichtlich der mit fremdem Personal arbeitenden Geschäfte bedenken, daß der mit seltenen Ausnahmen sehr ruhige Betrieb keine anstrengende, im gesundheitlichen Interesse des Personals ausgedehnteste Sonntagsruhe notwendig machende Werktagarbeit bedingt. Dazu wechseln überall da, wo ein mehrköpfiges Personal vorhanden ist, die Mitglieder desselben mit der Leistung von Sonntagsarbeit ab, so daß dieselben auch ihre gänzlich dienstfreien Sonntage haben. Angesichts dessen liegt unseres Erachtens für eine Reglementierung der Sonntagsruhe im Sinne des Entwurfs des Reichsamts des Innern für unseren Bezirk und unsere Verhältnisse, die wohl auch sonst noch ihre Gültigkeit finden werden, nicht nur kein Bedürfnis vor, sondern es muß, will man nicht sicher eine große Gruppe von Gewerbetreibenden, die so schon der Bedrängnisse genug hat, aufs schwerste schädigen oder gar vernichten, diese Reglementierung unter allen Umständen unterbleiben."

**Schweidnitz:**

In erster Linie ist es der Kleinhandel unseres Bezirks, der bei den erschweren Existenzbedingungen außerordentlich gefährdet und in seiner Wettbewerbsfähigkeit sehr beeinträchtigt wird, wenn ihm durch weitere Verkürzung seiner Geschäftsstunden an Sonntagen die Möglichkeit geraubt wird, seinen Kundenkreis in der bisherigen Weise zu bedienen. . . . Die Gefahr, daß dem Detaillisten in den kleineren und mittleren Provinzialstädten ein großer Teil der Kundenschaft durch die Einführung der Sonntagsruhe entzogen wird, liegt unzweifelhaft vor, weil Arbeiter, Diensthofen und nicht zum wenigsten die ländliche Bevölkerung, die alle in der Woche oft nicht zur Versorgung ihrer Einkäufe kommen, gerade am Sonntage ihren Bedarf an allen möglichen Waren zu decken pflegen. Für den Industriearbeiter bringt schon der Umstand, daß er am Sonnabend meistens den Wochenlohn ausgezahlt bekommt und er gerade am Sonntagabend wegen des erst vor kurzem eingeführten früheren Ladenschlusses der Geschäfte an diesem Tage seine Besorgungen nicht mehr sämtlich erledigen kann, es mit sich, daß er die größeren Einkäufe am Sonntag wo er Ruhe hat, erledigt. Die Landleute aber ziehen den Sonntag als Kauftag schon deshalb vor, weil auch für sie wegen der Beschwerlichkeit der Landwege und des mit der Zurücklegung derselben verbundenen Reiterverlustes der Sonntag geeigneter ist als die Wochentage. Es ist richtig, daß der Engros-handel und die Fabrikbetriebe, soweit es deren kaufmännischer Kontors angeht, eine Beschränkung der Sonntagsarbeit über ertragen können als der Detailhandel, was auch

daraus zu folgern ist, daß schon jetzt in diesen die zulässigen fünf Stunden meist nicht voll ausgenutzt werden; ein völliges Verbot der Sonntagsarbeit jedoch wäre auch für den Engros-handel und die Fabrikantore nicht ohne schwere Schädigung durchführbar, da auch hier am Sonntag gewisse Arbeiten, wie das Lesen der eingegangenen Post und sonstige dringende Geschäfte, nicht unerledigt bleiben dürfen."

**Rechts oder Links?**

Während über das Ausweichen der Schiffe auf der See seit vielen Jahren einheitliche Bestimmungen bestehen, sind die Vorschriften über das Ausweichen auf der Straße in den einzelnen Ländern, ja bisweilen in den einzelnen Landesstellen durchaus verschieden. So weicht in England, Schweden, Ungarn und in dem größten Teile Österreichs, ferner in Madrid und mehreren anderen spanischen sowie einigen italienischen Städten der gesamte Wagenverkehr links aus, während er in allen anderen Ländern Europas rechts ausweicht. Ebenso verschieden sind die Bestimmungen über das Einholen und das Hinüberfahren nach anderen Straßen, und ein besonderer Uebelstand besteht noch darin, daß diese Bestimmungen jeden Augenblick nach Gutdünken der Ortspolizei abgeändert werden können und tatsächlich häufig abgeändert werden.

Solange allerdings der Straßenverkehr hauptsächlich mit Pferden und in einem verhältnismäßig langsamen Tempo geschah und solange man nur relativ kurze Strecken auf einmal zurückzulegen vermochte, konnte man sich eine derartige Sachlage gefallen lassen. Im Zeitalter des Automobils aber, in dem man eine Tour quer durch Europa in wenigen Tagen zurücklegt und dabei zahlreiche Länder passiert, erscheint die herrschende Verschiedenheit unerträglich. Der Chauffeur, der die verschiedensten Gegenden durchfährt, wird häufig im Zweifel darüber sein, welche Vorschrift über das Ausweichen auf der betreffenden Strecke gerade gilt, und sein verkehrtes Ausbiegen wird häufig Zusammenstöße und sonstige Unfälle zur Folge haben. Aber mag er mit den Bestimmungen noch so vertraut sein, so birgt die solche Verschiedenheit doch weiter um deswillen ernste Gefahren in sich, weil der Lenker des Autos oft gerade in plötzlich auftretenden, kritischen Augen mechanisch handelt, das heißt diejenige Regel befolgt wird, mit der er am besten vertraut ist. Der Erlaß einheitlicher internationaler Vorschriften über das Ausweichen auf den Straßen — gegen die sachliche Bedenken schlechthin nicht vorzubringen sind — würde diese Gefahren mit einem Schlage beseitigen.

Am besten wäre es wohl die Regelung des Straßenverkehrs in den einzelnen Ländern einer Zentralbehörde zu übertragen und überall identische Bestimmungen über die Straßenseite, nach der der gesamte Verkehr auszuweichen hat, einzuführen; identische Bestimmungen müßten ferner die Obliegenheiten der Einholenden und die der Eingeholten, die richtige Art und Weise, um die Gasse zu bleuen oder sich nach einer anderen Straße hinüber zu bewegen, die in den verschiedenen Lagen anzuwendenden Signale, ob mittels Glocke, Horns, Pfeife oder mit der Hand, Peitsche oder auf andere Weise und die äußerst wichtige Frage bezüglich der Laternen und wie diese anzubringen sind, regeln.

Zedenfalls ist es mit Freuden zu begrüßen, daß jetzt die International Law Association sich dieser Frage, die wichtiger ist, als es manchem vielleicht auf den ersten Blick erscheint, angenommen hat. Sofortigkeit wird das Vorgehen dieser angesehenen Vereinigung dazu führen, die Angelegenheit in einer dem Bedürfnissen des modernen Verkehrs entsprechenden Weise zu regeln.

Das „Berliner Tageblatt“ hat die Berliner Verkehrs-polizei um ihre diesbezügliche Meinung befragt und dort folgende Auskunft erhalten:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Durchführung gleichmäßiger Vorschriften für den Fahrverkehr überhaupt und über das Ausweichen im besonderen ein ebenso wünschenswertes wie ideales Ziel international-sollbarer Betätigung sein würde, und man kann der International Law Association für ihre Bemühungen nur vollen Erfolg wünschen. Es ist nur zu fürchten, daß man in dem an sich löblichen Bestreben den praktischen Wert einer solchen Regelung ein wenig überhäuft im Verhältnis zu den enormen Anstrengungen, die sie dem Fahrverkehr der Länder bringen würde, in denen bisher „anders ausgefallen“ wurde, und deren Bewohner bis herab zum höchsten hartköpfigen Bauern auf der Landstraße dann wohl oder übel von dem durch Fahrhunderte geübten und geheiligten, im Rechtsbewußtsein einwurzelten Gebrauch loszuziehen müßten. Vieles Verdruß und, sofern mit der Durchführungs Ernst gemacht werden soll, — Polizeistrafen usw. würde das kosten, wie viel Zeit würde vergehen, bis — sich alles an die neue Ordnung der Dinge gewöhnt hätte. Wie die Law Association richtig annimmt, weichen die Führer aller Staaten, darunter Österreich — nicht in einzelnen Landesstellen, sondern in allen Kronländern — nach links aus, selbst die Eisenbahnen geordnet dieser Gewohnheit. Einer von den beiden Feilen, den Rechtslern oder den Linklern muß doch schließlich seine bisherige, vom ganzen Lande für richtig gehaltene Ansicht der Neuordnung zum Opfer bringen. Das ist etwas viel verlangt und wohl kaum durchführbar.“

Auch über die Frage, ob das Ausweichen nach rechts oder nach links sachrichtiger, praktischer ist, sind schon Hände geschlagen und geredet worden, ohne daß selbst Sachmänner zu einem brauchbaren Definitivum gekommen wären. Anders läge

die Sache, wenn in unserem deutschen Vaterlande in einigen kleineren Staaten anders ausgefallen und die hierauf bezügliche Fahrerordnung der großen Allgemeinheit zuliebe abgeändert würde, um ein gleichmäßiges Ausweichen im ganzen Reich herbeizuführen und ahnungslose Autorejende nicht in Polizeipräventive fallen zu lassen. Das ist aber nicht vornehmlich, denn in Deutschland fährt alles rechts."

Die Berliner Verkehrsbehörde oder vielmehr derzeitiger Herr Beamte, der diese Weisheit verzapft hat, scheint nicht zu wissen, daß er in seinem Ressort nicht Bescheid weiß, oder vielleicht gehört Württemberg gar nicht zu Deutschland! Dort fahren nämlich sogar die Eisenbahnen links. Also wäre es auch in Deutschland wirklich vornehmlich, daß ein gleichartiges Ausweichen eingeführt würde. Im Zeitalter des Automobils dürfte indes eine internationale Regelung der wichtigsten Verkehrsverordnungen dringendes Bedürfnis sein, auch dann, wenn der Verkehrsbehörde das Verständnis dafür noch fehlt.

### Wirtschaftliche Rundschau.

#### Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Die Oktobernummer des Organs der vereinigten englischen Maschinenbauer bringt erschreckende Mitteilungen über die Verschärfung der Wirtschaftskrise in England. Von der Gewerkschaft der Schiffbauer, — 60 631 Mitglieder, — waren nach dem letzten Bericht 15 255 = 25,2 pCt. arbeitslos! Zu gleicher Zeit 1907 betrug die Arbeitslosigkeit 9,3 pCt.! Von der Gewerkschaft der Holzarbeiter waren 8,7 pCt. arbeitslos; vorjährig sind es 4,3 pCt. gewesen. Im Bauergewerbe zählte die Trade Union der Zimmerleute 8,9 pCt. arbeitslose Mitglieder gegen 4,6 pCt. im Vorjahre.

Von den Mitgliedern des Maschinenbauerverbandes haben sich 14 228 = 13 1/2 pCt. arbeitslos gemeldet! Nur zweimal hat diese berühmteste Arbeiterorganisation während ihres 57jährigen Bestehens einen noch etwas höheren Arbeitslosenstand zu verzeichnen gehabt. Das erstemal 1879, wo von den 44 078 Mitgliedern 5879 = 13,3 pCt. beschäftigungslos waren. Sodann im Jahre 1897, nach dem großen Kampf mit den verbündeten Unternehmern. Damals wurden von 91 944 Mitgliedern 13 612 = 14,8 pCt. arbeitslos, zum bedeutenden Teil infolge Maßregelung und Boykottierung. Das war aber eine ziemlich rasch vorübergehende Erscheinung, denn schon ein halbes Jahr darauf fiel die Arbeitslosenziffer auf 8,1 pCt. und ein Jahr später rapide auf 2,4 pCt.. Das Jahr 1908 dagegen zeigt von Februar an (mit 5 pCt. Beschäftigungslosen) ein beispiellos hartes Aufsteigen der Arbeitslosenziffer, und es ist noch keine Aussicht auf merkliche Besserung vorhanden. Ein Anzeichen tiefergehender Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse in Großbritannien ist auch, daß im September der Mitgliederbestand des Maschinenbauerverbandes sich wieder verringert hat. Der Verlust beträgt 299 im Vergleich zu August und 1103 gegenüber dem höchsten Stand von April. Die Mitgliederzahl ist auf 109 961 zurückgegangen.

Daß auch in Deutschland von einer Ueberwindung der Geschäftskrise noch keine Rede sein kann, ergeben die neuesten Mitteilungen aus der Montanindustrie. Der bis in das erste Vierteljahr 1908 anhaltenden Vermehrung der Arbeiter ist im zweiten Viertel ein Stillstand, teilweise schon ein Rückgang der Beschäftigten gefolgt. In Obereschlesien vermehrte sich die Grubenarbeiterzahl im ersten Quartal d. J. noch um über 8000 Köpfe; im zweiten Quartal tritt eine Verringerung von rund 1700 ein. In Niederschlesien ist die Zahl der Beschäftigten um 61 gefallen, im Ruhrbecken, wo das erste Quartal noch eine Vermehrung der Belegschaft von über 26 000 aufwies, sind im zweiten Quartal nur noch 40 Arbeiter mehr gezählt. Mit Rücksicht auf die hier in den letzten Jahren ununterbrochen vor sich gegangene riesige Arbeitervermehrung bedeutet die letzte Ziffer einen relativen Rückgang von außerordentlicher Höhe. Auch die im Saargebiet mehr angelegten 480 Arbeiter lassen eine erhebliche Verschlechterung der Nachfrage im Vergleich zu der früheren Arbeitervermehrung erkennen. Ebenso bleibt die Vermehrung der Braunkohlenarbeiter um rund 2000 Köpfe hinter der des Vorquartals weit zurück. Es kann aber nicht verkannt werden, daß hinsichtlich der Arbeitervermehrung die Verhältnisse im Braunkohlenrevier immer noch günstiger wie im Steinkohlenbergbau liegen und weit besser wie im Salzbergbau, denn hier ist eine absolute Verringerung der Arbeiterzahl um 315 Köpfe zu konstatieren.

Am deutlichsten tritt die Verschlechterung der Arbeitereristenz in Erscheinung in den Lohnzahlen. Auch dort, wo noch im zweiten Quartal d. J. eine Arbeitervermehrung stattfand, ist das Lohnentkommen der Arbeiter gesunken. Gegenüber dem letzten Quartal 1907 sind die Lohnrückgänge der Bergarbeiter ungewöhnlich hoch. Es betrug der Durchschnittslohn eines Grubenarbeiters:

	im 4. Quartal 1907	im 2. Quartal 1908
Obereschlesien	254 Mt.	243 Mt.
Niederschlesien	255 "	240 "
Ruhrgebiet	399 "	364 "
Saargebiet	304 "	284 "
Wurmgebiet (Aachen)	366 "	347 "
Haller Braunkohlenbergbau	281 "	266 "
Haller Salzbergbau	300 "	278 "
Wansfelder Erzbergbau	268 "	238 "
Stegener Erzbergbau	321 "	267 "

Das sind Lohnrückgänge, die von den Arbeitern bei den hochgebliebenen Lebensmittelpreisen doppelt schwer empfunden werden. Wenn man mit Rücksicht auf den Bergbau von verschlechterter Geschäftslage

spricht, dann kann darunter nicht etwa eine geringere Verwertung der Kohlen, Holz und Briketts verstanden werden, wenigstens insofern das Inland in Betracht kommt. Die Inlandspreise für Kohle, Holz und Briketts stehen heute noch auf dem Hochkonjunkturstand. Trotzdem sind die Schichtverdienste der Kohlenbergarbeiter in der Mitte dieses Jahres bis zu 10, 12 und 17 Pf. reduziert worden! Diese Lohnabzüge gehen in die Hunderttausende und Millionen Mark monatlich für die großen Bezirke und können natürlich nur eine die allgemeine Geschäftslage noch verschärfende Wirkung haben. Starke sinkende Arbeiterentkommen bei gleichzeitiger Hochhaltung der Lebensmittelpreise, das ist jetzt die Signatur in den großindustriellen Bezirken Deutschlands.

#### Der Aufschwung der deutschen Automobilindustrie

wird durch die Ergebnisse der im Reichsamte des Innern veranstalteten Produktionserhebungen, die für die Jahre 1901, 1903 und 1906 angestellt wurden, erst ziffernmäßig klar gemacht, während bisher über das Tempo und den Grad dieses Aufschwungs die Meinungen stark auseinander gingen. Die Zahl der Fahrzeugfabriken ging von 12 im Jahre 1901 auf 34 im Jahre 1906 hinauf, die Zahl der Arbeiter aber von 1 589 auf 10 347. Im Jahre 1901 wurde an die Beschäftigten eine Lohnsumme von 1 814 591 Mark oder auf den Kopf der Beschäftigten rund 1142 Mark ausbezahlt. Im Jahre 1906 war die Lohnsumme auf 13 323 578 Mt. gestiegen, so daß auf einen Beschäftigten im Durchschnitt rund 1288 Mt. kamen. Der Gesamtwert der Erzeugung hat sich von 1901 auf 1906 fast verzehnfacht. Im Jahre 1901 wurde er nämlich erst auf 5,65 Millionen Mt. berechnet, 1906 aber schon auf 51,04 Millionen. Die hauptsächlichsten Gesteinskosten in den beiden Vergleichsjahren sind aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich. Es betragen in Mark:

	1901	1906
die Lohnsumme	1 814 591	13 323 578
die Summe der Gehälter	426 660	2 616 358
Wert der wichtigsten Betriebsstoffe	144 715	1 604 869
Wert der wichtigsten Materialien	2 643 386	26 202 632

Die Summe dieser Posten ergibt für das Jahr 1901: 5,03, für 1906: 43,75 Millionen Mt. Da der Gesamtwert der Erzeugung 1901 sich auf 5,65, 1906 aber auf rund 51,04 Millionen Mt. belief, so ergibt sich aus der Spannung zwischen der Summe der hauptsächlichsten Gesteinskosten und dem Produktionswerte, daß auch die Rentabilität der Automobilindustrie sich merklich gebessert haben muß. Denn 1901 stand der Produktionswert erst 12 pCt. über der Summe der Gesteinskosten, 1906 aber 16 1/2 pCt. Es ist danach anzunehmen, daß das werdende Kapital der Fahrzeugfabriken das 1906 auf 43 Millionen Mt. geschätzt wurde, sich besser verzinst, als die 7 1/2 Millionen, die 1901 in Fahrzeugfabriken arbeiteten.

### Oeffentliche

#### und Mitglieder-Versammlungen.

**Dant-Wilhelmsshaven.** Am Dienstag, den 13. Oktober, tagte eine öffentliche Transportarbeiter-Versammlung. Die versammelten Kollegen und Kolleginnen widmeten den Ausführungen des Referenten volle Aufmerksamkeit. Unter anderem bedauerte dieser, daß sich die Kollegen an dieser, für sie so wichtigen Versammlung nicht viel gelegen sein ließen. Ferner ermahnte er die antwessenden Kollegen und Kolleginnen, sich fester zusammenzuschließen, damit sie sich ein menschliches Dasein schaffen können. Darum, Kollegen, agitiere ein jeder dafür, bis auch der letzte Mann unserer Organisation zugeführt ist. Es wäre ein erfreuliches Zeichen, wenn jeder Arbeiter und Arbeiterin im Transportgewerbe sich uns anschließen würde.

**München.** In der am 11. Oktober abgehaltenen Quartalsversammlung referierte ein Kollege über: Gegenwärtige Strömungen im Gewerkschaftsleben. Zunächst führte Redner den Kollegen die Arbeitgeberverbände vor Augen und betonte, wie notwendig es sei, daß die Arbeitnehmer ihre Rechte ebenbürtig geschlossen wahrten wie die Arbeitgeber. Leider folgten die Arbeiter nicht dem Beispiel der Arbeitgeber: eine Nothe von Ausgewerkschaften, wie die Christlichen, Sächsisch-Dünderischen, Nationalen, Totalverbände und der zu guterletzt neugegründete Bund vaterländischer Arbeiter, seien nicht recht viel besser als die gelben Gewerkschaften. Diese alle hindern eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung der Gesamtarbeiterchaft. Die freien Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, haben längst die Laffut der Führer dieser Gewerkschaften durchschaut, deren feindselige Haltung gegenüber den freien Gewerkschaften sei der beste Beweis, wie sie es in Wirklichkeit mit der Verbesserung der Lage der Arbeiter meinen. (Beifall.) Nach einer durch zahlreiche Beispiele belegten Kritik der Haltung dieser Verbände schloß Redner mit einem kräftigen Appell an die versammelten Kollegen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte Arbeiter der freien Organisation angehöre. Wenn die Arbeiter unter sich selbst einig seien, habe die Stunde der Erlösung geschlagen und die Freunde der Arbeitgeber über die Zersplitterung wird ein Ende haben. (Allgemeiner Beifall.) Nach einer lebhaften im Sinne des Referenten geführten Diskussion erstrahlte Kolll. Wagner dem Massenbericht vom letzten Quartal. Dieser weist bei einem Kassendefizit am Schlusse des vorigen Quartals von 5114,69 Mt. eine Erhebung von 18 976,19 Mt. und Ausgaben von 13 797,26 Mt.

auf, es verbleibt somit am Schlusse des letzten Quartals ein Kassabestand von 5178,93 Mt. An den Hauptvorstand wurde abgeliefert oder teilweise berechnet 9125,50 Mt. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Für Arbeitslosenunterstützung 492,50 Mt., Krankenunterstützung 887,60 Mt., Gemäßregelungenunterstützung 314,50 Mt., Extraintersubvention 20 Mt., Werkergütungsbeihilfe 140 Mt. und für Rechtschutz 170 Mt. Die Mitgliederzahl ist von 3329 auf 3298 zurückgegangen, jedoch sind Anzeichen vorhanden, daß das nächste Quartal auch hierin wieder eine Besserung bringen wird.

Die Revisoren Kollegen H. Reichhard und Widemann erklären, Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden zu haben und wird auf Antrag aus der Mitgliedschaft dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Nachdem noch die Abhaltung eines Winterfestes beschlossen und außerdem noch verschiedene Verbandsangelegenheiten ihre Erledigung fanden, folgte Schluß der Versammlung.

#### Oberschöneeweide.

Sonntag, den 11. 10. 08, fand unsere Monatsversammlung statt. Der Referent besprach „Die Pfaffenherrenschaft des Mittelalters“. Reicher Beifall lohnte den Kollegen für seinen interessanten und belehrenden Vortrag.

Hierauf machte der Bezirksleiter noch einige Mitteilungen.

Hierauf kam Kollege Vode auf die Verhältnisse der hiesigen Arbeiter zu sprechen und führte in drastischer Weise aus, wie die Arbeiter bei Wanzlitz im Februar 1907 durch einen 1/2 tägigen Streik sich einen Wochenlohn von 27 Mt. errungen hatten, aber nur durch die Zugehörigkeit zur Organisation, jetzt jedoch mit der miserablen Behandlung und der Herabsetzung der Löhne sich zufrieden geben müssen, weil durch Laueheit und Dummheit die Organisation in diesen Betrieben ganz heruntergekommen ist.

Ganz dasselbe ist auch von den bei Gauert Beschäftigten zu sagen, und bedauerlich ist es, wenn die Arbeiter erst Sonntags 11 1/2 Uhr den Lohn ausgezahlt erhalten, und wer Sonntags nicht kommt, dem wird 1 Mt. Strafe abgezogen bei solchem miserablen Lohn, den sie erhalten.

In der hier folgenden Diskussion wurde ganz richtig angeführt, daß die meisten der hiesigen Arbeiter indifferent im größten Grade sind und ihr trauriges und elendes Los nicht gleichmütig ertragen, wenn sie nur eine volle Schnapsflasche haben oder auch einen großen Stübchen, wie hier der Ausdruck heißt, dann sind sie zufrieden. Darum, Kollegen Arbeiter, ermannet Euch, tretet ein in die freie Organisation, nur durch einmütiges Zusammengehen, den Verband als Rückhalt, und im Bewußtsein der Menschenwürde ist es Euch möglich, aus dem Sumpfe der Unwürdigkeit emporzusteigen.

Nach Schluß der ziemlich gut, auch von Frauen besuchten Versammlung fand noch ein gemütliches Beisammensein statt.

**Spandau.** Am 17. Oktober fand unsere Generalversammlung statt, die außerordentlich zahlreich besucht war, ein Zeichen dafür, daß das Interesse der Kollegen und Kolleginnen für die Organisation immer mehr zur Geltung kommt.

Den Geschäftsbericht erstattete der Kollege Stahl und war daraus zu entnehmen, daß im verfloffenen Quartal das Hauptaugenmerk der Ortsverwaltung auf den inneren Ausbau der Organisation gerichtet war. So wurde durch die Errichtung des Bureaus und Arbeitsnachweises, sowie die Errichtung von einzelnen Bezirken ein Fundament für die weitere Ausbreitung unserer Verwaltungsstelle geschaffen.

Im geschäftlichen Verkehr waren nachstehende Eingänge zu verzeichnen: 12 Briefe, 13 Pakete, 1 Drucksache. An Ausgängen: 55 Briefe, 616 Drucksachen. Für Mitglieder wurden 5 Eingaben an Behörden angefertigt. Mitgliederversammlungen fanden 3, Bezirksversammlungen 9 statt. Besprechungen und Sitzungen wurden 32 abgehalten. An Lohnbewegungen war eine Angriffsbewegung zu verzeichnen und zwar die der „Vorwärts“austrägerinnen, wo der Berliner Tarif zur Anerkennung gebracht wurde. An Abwehrbewegungen war eine zu verzeichnen, indem es der Organisation gelang, die Entlassung dreier Mitglieder wieder rückgängig zu machen.

Ein Quartal des Erfolges ist vollendet und hoffen wir, wenn die Kollegen auch fernherhin ihre Schuldigkeit in Bezug auf Mitarbeit tun, so wird auch im kommenden Quartal ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen sein.

Einen erfreulichen Aufschwung hat unter Arbeitsnachweis genommen, dem im Laufe des Quartals durch Rundschreiben an die Arbeitgeber usw. unsere größte Sorgfalt gewidmet war.

Arbeitslos meldeten sich 29 Verbandsmitglieder. Davon waren: 10 Hausdiener und Bäder, 5 Arbeiter und Arbeiterinnen, 11 Lager- und Transportarbeiter, 3 Arbeiterinnen. Gemeldet wurden für fest 36 Stellen und zwar: 6 Hausdiener und Bäder, 8 Arbeiter und Arbeiterinnen, 6 Lager- und Transportarbeiter, 1 Mineralwasserarbeiter, 13 Arbeiterinnen. Zur Hilfe wurden 12 Stellen gemeldet und zwar: 1 Lagerarbeiter, 7 Kohlenarbeiter, 4 Metalltransportarbeiter. Weseht wurden 27 Stellen für fest und 7 Stellen zur Aushilfe. Der Durchschnittslohn aller besetzten Stellen betrug 23,55 Mt. pro Woche für männliche Arbeiter und 15 Mt. pro Woche für Arbeiterinnen. Die Durchschnittsarbeitszeit betrug 10,3 Stunden pro Tag für Arbeiter und 9 Stunden pro Tag für Arbeiterinnen.

Den Massenbericht gab Kollege Appoldt und waren folgende Einnahmen und Ausgaben im Quartal zu verzeichnen:

Einnahmen:		
Stoffenbestand vom 2. Quartal	376,31	Mil.
26 Aufnahmen à 1 Mil.	26,—	"
32 " à 50 Pf.	16,—	"
2284 Beiträge à 40 Pf.	913,60	"
1388 " à 20 Pf.	277,60	"
2284 Zuschußbeiträge à 10 Pf.	228,40	"
1388 " à 5 Pf.	69,40	"
Zusammen	1907,31	Mil.

Ausgaben:		
Verl. strafenunterstützung	4,—	Mil.
" Extrastützung	12,—	"
" Reiseunterstützung	4,50	"
Entschädigung und Prozenie	231,31	"
Miete, Telefon etc.	59,77	"
Versammlungen, Annoncen	10,30	"
Bücher und Zeitschriften	2,25	"
Stiftungsbeiträge	12,—	"
Porto	20,89	"
In die Hauptkasse	1008,15	"
Neuer Stoffenbestand	542,14	"
Zusammen	1907,31	Mil.

Mithin ist ein Mehr von Beiträgen gegenüber dem 2. Quartal von 768 Stück zu verzeichnen. Der Stoffenbestand ist um 165,83 Mil. gestiegen. Arbeitslosenunterstützung kam keine zur Auszahlung, da es insofern guten Florierens des Arbeitsnachweises gelang, alle arbeitslosen Kollegen wieder in Arbeit zu bringen. Dem Kassierer, Kollegen Appoldt, wurde einstimmig Decharge erteilt. Ueber den Zusammenschluß der Verwaltungsstelle mit Berlin referierte hierauf der Kollege Werner-Berlin. Nach ausgedehnter Debatte über diese Frage wurde der Anschluß mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Zum ersten Kassierer wurde einstimmig an Stelle des Kollegen Appoldt, der seinen Posten wegen Meinungsverschiedenheit niederlegte, Kollege Karl Rymann, als zweiter Kassierer Kollege Wilhelm Wind gewählt. Als Beisitzer wurde Kollege Heinrich Schmidt-Staaten, als Revisoren die Kollegen Appoldt und Buchholz gewählt. Die Wahl der Parzelldelegierten fiel auf die Kollegen Rymann, Schönefeld und Appoldt.

Ferner wurde beschlossen, in Zukunft nur alle Quartal eine Generalversammlung abzuhalten und fallen somit die allgemeinen Monatsversammlungen aus und werden an deren Stelle allmonatlich Bezirksversammlungen abgehalten. Diese Bezirksversammlungen sollen agitatorisch ausgenutzt werden, indem jeder Kollege versuchen soll, unorganisierte Kollegen in diese Versammlungen mitzubringen.

Am Anfang des neuen Jahres soll ein Stiftungsfest abgehalten werden und wurden die Anwesenden ersucht, eifrig Propaganda dafür zu machen.

Nachdem noch auf die Arbeiterpresse und die politische Partei aufmerksam gemacht worden war, erfolgte Schluß der ruhig und außerordentlich sachlich verlaufenen Versammlung.

### Allgemeines.

Eine internationale Statistik der Aktiengesellschaften bringt das neueste Statistische Jahrbuch für das deutsche Reich. Der Wert der Statistik wird freilich sehr herabgedrückt durch das Fehlen der Vereinigten Staaten und durch die außerordentliche Verschiedenheit der Feststellungsjahre, die bis zu 1897 (Italien) und 1896 (Frankreich) zurückgehen und so einen allgemeinen Vergleich ausschließen. Wir geben nachstehend die Aktiengesellschaften der Hauptkulturländer wieder unter Umrechnung der Landeswährungen in deutsches Geld.

Land	Jahr	Zahl der Gesellschaften	Nominalkapital in Mill. M.	Eingezahltes Kapital in Mill. M.
Deutsches Reich	1906	5061	14 028,6	14 028,6*
Großbritannien u. Irland	1906	40 996	—	40 869,2
Osterr.-Ungarn	1906	2 488	3 116,8	2 915,4
Frankreich	1899	6 825	10 814,6	10 814,6*
Schweiz	1905	2 754	1 600,8	1 600,8*
Niederlande	1905/06	4 745	—	2 175,1
Belgien	1900	1 858	2 294,6	2 294,6*
Dänemark	1905	1 828	—	675,5
Italien	1897	450	1 084,8	917,8
Rußland	1905	1 477	—	5 802,0
Britisch-Indien	1905/06	1 654	—	564,9
Japan	1905	4 216	—	1 802,8

Die beste Vergleichsmöglichkeit bieten jedenfalls Deutschland und England. Es ergeben sich da interessante Unterschiede. Das Aktiengesellschaftswesen ist in dem industriell so viel älteren England im allgemeinen bedeutend höher entwickelt als bei uns. Trotzdem hat die Konzentration der Betriebe in Deutschland größere Fortschritte gemacht. Während nämlich die Zahl der Aktiengesellschaften in England über achtmal so groß ist wie in Deutschland, ist das Kapital noch nicht ganz dreimal so hoch. 5061 deutschen Gesellschaften mit 14 029 Mill. M. Kapital stehen in England 40 996 Gesellschaften mit 40 869 Mill. M. Kapital gegenüber. Hierzu treten noch die Eisenbahnen, die in England beinahe ausschließlich im Privatbesitz sind.

Weit hinter Deutschland zurück steht Oesterreich-Ungarn, das nur 2 488 Gesellschaften (also weniger als die Hälfte der deutschen) mit 3 117 Mill. M. Kapital (gleich weniger als ein

Viertel) besitzt. Rechnet man allerdings noch die 126 privaten Eisenbahngesellschaften mit einem Anlagekapital von 3 720 Mill. M. hinzu, so steigt das österreichische Aktienkapital auf etwas mehr als die Hälfte des deutschen. Rußland bleibt mit 1 477 Gesellschaften und 5 802 Mill. M. Aktienkapital hinter beiden Ländern zurück. Bemerkenswert ist die kapitalistische Entwicklung Japans, das 1905 bereits 4 216 Gesellschaften mit 1 803 Mill. M. eingezahltem Kapital besaß.

Interessant ist noch ein Vergleich des in den Gesellschaften der verschiedenen Länder investierten Durchschnittskapitals. Hier marschiert an der Spitze Rußland, das ein Durchschnittskapital pro Aktiengesellschaft von 3,59 Mill. M. aufweist. Sodann folgt Deutschland mit 2,77 Millionen, Oesterreich-Ungarn (ohne Eisenbahnen) mit 1,73, Frankreich (vor 10 Jahren) mit 1,71, Belgien mit 1,69, England mit 1,0, Niederlande mit 0,46 und Japan mit 0,43 Mill. M. Durchschnittskapital.

Die Arbeitslöhne ungelerner Arbeiter haben im laufenden Jahre eine starke Verschlechterung erfahren. Wie aus den Lohnlisten des Berliner Zentralvereins für Arbeitsnachweis hervorgeht, sind nicht allein in Berlin weniger ungelernete Arbeiter vermittelt worden, auch der Lohnsatz, zu dem sie engagiert wurden, war im allgemeinen niedriger als im Vorjahre. Es wurden nämlich in den ersten acht Monaten insgesamt nur 17 347 ungelernete Arbeiter in der männlichen Abteilung des Zentralvereins vermittelt gegen 26 723 in derselben Zeit des Vorjahres und 28 505 in 1906. Von diesen erhielten die niedrigsten und die höchsten Lohnsätze:

	1906	1907	1908
8—10 (1908: 8—11)	145	110	679
20—21	—	—	2 407
21 u. mehr (1908: 22 u. mehr)	12 545	11 739	5 311

In der niedersten Lohnklasse sind also im laufenden Jahre sechsmal soviel Arbeiter eingestellt worden wie 1907. Den höchsten Lohn dagegen, von 20 M. auswärts, verdienten 1908 nur 7718 Arbeiter, während es 1907 11 739, 1906 gar noch mehr gewesen waren. In der Lohnklasse von 15—17 M. sind etwas mehr Arbeiter eingestellt worden als 1907, in der höheren Lohnklasse von 18—19 M. aber bedeutend weniger. Man sieht also, daß durchweg eine Verschiebung der Lohnverhältnisse zu Ungunsten der Arbeiter eingetreten ist. Auch bei Einstellungen auf Monatslohn haben sich die Verhältnisse ungünstig verschoben. Es betrug neben freier Station der Monatslohn nach den Nachweisungen für August in Mark:

	1907	1908
Lehr- und Arbeitsburschen	25—40	15—40
Arbeiter	25—40	20—35
Hausdiener	25—45	15—40
Kutscher	32—50	20—48

Ein Bild von Jammer und Not entrollen die trockenen Zahlen der badiischen Landesstatistik über die vorgekommenen Bestrafungen wegen Bettelns und Landstreicherei. Im Jahre 1907 wurden im Großherzogtum 4156 Bestrafungen wegen dieser Vergehen verhängt, und zwar 3064 wegen Bettelns, 455 wegen Landstreichens und 637 wegen Bettelns und Landstreichens. Von den Bestraften waren 3971 Männer und 185 Frauen.

Der größte Teil der Verurteilungen entfällt auf die kalte Jahreszeit. Im Januar wurden 645 Personen bestraft, im Februar 585. Vom März ab sinkt dann die Zahl der monatlichen Verurteilungen von 398 bis auf 164 im Juni und vermehrt sich von hier aus wieder auf 472 im November und 530 im Dezember. Also rund viermal so groß ist die Zahl der bestraften „Landstreicher“ im Januar wie im schönsten Sommermonat Juni. Wer kann angesichts dieser Tatsache noch die Behauptung aufrecht erhalten, daß es größtenteils professionelle Dummler und Vagabunden sind, die die Landstraßen bevölkern? Nein, die Leute, die da dranhängen in der bitteren Wintertafel von Ort zu Ort streifen, das sind mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen bedauernswerte Opfer unserer heutigen Wirtschaftsordnung, Ausgestoßene, die glücklicherweise, wenn ihnen die zunehmende Arbeitslosigkeit der wärmeren Jahreszeit die Möglichkeit eines geordneten Lebens und Brotverdienens bietet. Und mit diesen Unglücklichen weiß unsere heutige Gesellschaft nichts Besseres anzujagen, als sie ins Gefängnis zu stecken und sie damit für das Unrecht, das sie an ihnen begangen, noch einmal zu bestrafen! Wieviele davon werden wohl „gebessert“ das Gefängnis oder das Arbeitshaus, in das nach Verbüßung ihrer Strafe 204 gebracht wurden, verlassen, oder in wie vielen wird durch diese grausame Behandlung der letzte Funke von Selbstbewußtsein und Menschlichkeit vernichtet werden?

Einige weitere Striche zum Bild liefern auch die Angaben über das Alter der Verurteilten. 442 oder 12,5 pCt. standen im jugendlichen Alter von unter 20 Jahren; davon waren 2 noch unter 14 Jahre alt. 1944 oder 46,7 pCt. standen im Alter von 20 bis 40 Jahren und 1772 oder 40,7 pCt. waren über 40 Jahre alt, davon 267 sogar über 60 Jahre. — 267 Greise mußten also in einem Jahre in Baden dafür ins Gefängnis wandern, daß die Kräfte der Natur auf die Landstraße und vor die Türen der Leute getrieben hatte. Welch bittere Ironie auf das Wort von der bis ins hohe Alter gesicherten Existenz des Arbeiters!

Die Entwicklung der Arbeitslöhne in England im Jahre 1907. Trotz der niedergebenden Konjunktur war das Jahr 1907 für die englischen Arbeiter doch ein recht günstiges in bezug auf die Eringung besserer Lohnbedingungen. Dem kürzlich erschienenen 15. Jahresbericht des öffentlichen Arbeitsamts zufolge hat die Ende 1905

eingelegte Aufwärtsbewegung der Löhne auch 1907 angehalten. Insgesamt stiegen die Löhne in diesem Jahre um 201 000 Pfst. (4 020 000 M.) wöchentlich, gegenüber 68 000 Pfst. in 1906, wodurch also der Fall der Löhne in dem Zeitraum 1901—05 um 229 000 Pfst. nunmehr mehr als ausgeglichen ist. Ende 1907 standen die Löhne so hoch wie in keinem früheren Jahre seit Beginn dieser statistischen Aufmachungen (1893). Die Zahl der an den Lohnveränderungen betroffenen Arbeiter war 1 248 000, wovon nur 3000 eine Herabsetzung, die übrigen aber eine Steigerung der Löhne erfuhren. Vor allem waren es die Kohlenarbeiter, die ihre Lohnverhältnisse verbesserten; von der Gesamtsteigerung von 201 000 Pfst. entfällt auf sie allein 174 000 Pfst. Sodann folgt das Textilgewerbe mit 12 000 Pfst. und die Metallindustrie mit 9000 Pfst.

Die Bewegung der Löhne im Bergbau und den übrigen Industrien in den letzten 10 Jahren wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

Jahr	Bergbau	andere Industrien	Steigen (+) resp. Fallen (-) der Löhne wöchentlich	
			Bergbau	and. Industr.
1898	660 000	352 000	+ 57 000	+ 24 000
1899	653 000	319 000	+ 51 000	+ 39 000
1900	681 000	451 000	+ 164 000	+ 45 000
1901	705 000	224 000	- 67 000	- 20 000
1902	736 000	151 000	- 74 000	+ 1 000
1903	752 000	145 000	- 82 000	- 6 000
1904	658 000	148 000	- 81 000	- 8 000
1905	201 000	488 000	- 18 000	+ 11 000
1906	427 000	688 000	+ 27 000	+ 81 000
1907	806 000	440 000	+ 174 000	+ 27 000

Insgesamt sind also in diesem 10-jährigen Zeitraum die Löhne der Bergarbeiter um 266 000 Pfst. und die der anderen Arbeiter um 141 000 Pfst. wöchentlich gestiegen, was für sämtliche Arbeitergruppen zusammen eine Steigerung um 21 820 000 Pfst. oder fast 500 Millionen Mark des Jahres Einkommens ausmacht, gewiß ein schöner Erfolg der gewerkschaftlichen Tätigkeit!

Leider hat diese günstige Entwicklung sich im laufenden Jahre nicht weiter fortgesetzt. Für die ersten 8 Monate 1908 konstatiert das Arbeitsamt eine Senkung der Löhne um insgesamt 86 588 Pfst. wöchentlich, wobei 20 928 Arbeiter eine Steigerung von zusammen 21 980 Pfst. und 444 424 Arbeiter eine Senkung von 58 508 Pfst. wöchentlich erfuhren.

### Die Religion der Liebe.

Von Charles Norman.

„Die Religion der Liebe“ nennt Das Christentum sich gerne, Doch tut der Christ, was er bekennet? Stimmt Schale auch zum Kerne?

Bei Gott, ich seh' nicht viel davon, Im Kleinen wie im Großen, Das Selbst, das Ich steht auf dem Thron, Hier, Haß und Mißgunst tosen.

Der christlichen Nationen Sinn Weiß nichts von Bruderzwecken, Auf „Expansion“ streben sie hin Mit allen ihren Schreden.

Sie scheuen nicht vor Mord zurück, Zurück nicht vor Zerstörung, Verloren sind sie Stück für Stück Der sittlichen Empörung.

Im Innern geh's desgleichen zu: Wer herrscht, will nicht entsagen Und macht sich, stört ihm wer die Ruh', An blut'ges Niederzuschlagen.

Die Einzelnen nicht minder sind Im Damm des Egoismus, So sehr ihr Mundwort übertrinnt Vom Preis des „Altruismus“.

In unverfro'nter Weise hält Man's mit dem eignen Wohle, Die andern — hm, das ist die Welt — Daß sie der Teufel hole!

Berkümmert seinem Nächsten sein, Es tritt nicht oft zu Tage — Ihn auszunutzen bis zur Pein, Das vielmehr ist die Frage.

Sein Haben und sein Leiden sind Das Ding, das man extrahiert; Und der, traun, ist des Glückes Kind, Den man nur nicht beachtet.

So ist es und ich sage frank: Forschiert nicht, liebe Leute, Barbaren seid ihr durch die Pant, „Christlosen“ Treibens Deute!

Verantwortl. Redakteur: Emil Nebel, Lichtenberg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, L. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimnick, Berlin, Adalbertstr. 87.

\*) Bedeutet, daß das eingezahlte Kapital dem Nominalkapital gleichgesetzt ist.

## An die Mitglieder sämtlicher Berliner Verwaltungsstellen, soweit dieselben in den Bezirken des Centrum, Nordens, sowie Pankow, Reinickendorf, Weißensee, Nordwesten und Westen mit Schöneberg und Friedenau wohnen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir im Laufe der Zeit vom 1. Januar bis Mitte September d. Js. Gelegenheit hatten, festzustellen, daß die Einkassierung der Mitgliederbeiträge durch angestellte Einkassierer sich recht gut eingeführt hat, haben die in Frage kommenden Instanzen den Beschluß gefaßt, ab 15. Oktober d. Js. dieses Einkassierungssystem auch für die in den oben genannten Bezirken und Vororten wohnenden Mitglieder einzuführen.

Die Gründe, welche für die Einführung dieses Systems überhaupt maßgebend waren, haben wir seinerzeit, sowohl im Januar als auch im April d. Js. in der Mitteilungsbeilage bekannt gegeben, so daß es sich zur Zeit erübrigt, noch einmal darauf einzugehen.

Vom 15. Oktober 1908 an werden die Beiträge aller Mitglieder von angestellten Beitragskassierern an den Wochentagen aus den Wohnungen abgeholt werden. Die Mitglieder erhalten dann gleichzeitig den „Courier“, unser Verbandsorgan. Die Beitragskassierung und Verabfolgung des „Courier“ geschieht jedoch **nur** an den bestimmten Wochentagen, welche der angestellte Beitragskassierer angibt. — Eine Sonntagskassierung findet daher nicht mehr statt.

Wir erwarten und bitten dringend, daß uns unsere Kolleginnen und Kollegen in den oben genannten Bezirken dadurch unterstützen, daß sie den neuangestellten Kollegen Einkassierern Vertrauen entgegen bringen und ihnen ihre Arbeit dadurch erleichtern, daß sie das Mitgliedsbuch in der Wohnung zurücklassen und ihren Angehörigen Anweisung geben, daß die Beiträge an den Kassierer ausgehändigt werden.

Die angestellten Beitragskassierer sind im Besitz einer Legitimationskarte. Beschwerden wegen unpünktlicher Zeitungsbestellung oder Beitragsabholung seitens der angestellten Beitragskassierer sind an das Bureau der Bezirksleitung Groß-Berlin, Engel-Ufer 14/15 II, Zimmer 36, speziell an den Kassierer Kollegen Paul Steinicke zu richten. Bei Beschwerden und sonstigen Meinungen muß stets die Hauptnummer des Mitgliedes sowie die genaue Adresse angegeben werden.

NB. Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß die Betriebskassierung in denjenigen Betrieben, welche in den oben genannten Bezirken liegen, nach wie vor bestehen bleibt. Jedoch findet die Abrechnung mit dem in Frage kommenden Beitragskassierer alle 14 Tage statt. Wir bitten die Kollegen Betriebskassierer darauf zu achten und sich auf die 14 tägige Abrechnung einrichten zu wollen.

## Achtung! Mitglieder der Berliner Verwaltungsstellen.

Unsere gemeinsame reichhaltige Bibliothek befindet sich Engel-Ufer 15, vorn 3 Trp., Zimmer 48. Die Ausgabe der Bücher erfolgt daselbst wochentäglich in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. An jedem Freitag ist dieselbe bis 10 Uhr abends geöffnet. Sonntags geschlossen.

Durch diese Einrichtung ist unseren Mitgliedern reichlich Gelegenheit geboten, sich Aufklärung zu verschaffen und ihr Wissen in jeder Hinsicht zu bereichern. Es liegt deshalb im Interesse jedes Einzelnen, die Bibliothek zu benutzen.

Unsere Mitglieder aus den Distrikten Charlottenburg, Wilmerisdorf und Halensee, sowie diejenigen aus den angrenzenden Distrikten Berlin Westen und Nord-Westen, machen wir ganz besonders darauf aufmerksam, daß unser Verbandsbureau in Charlottenburg, Rosinenstr. 2, ab 1. Oktober d. J. so eingerichtet worden ist, daß es den Kolleginnen und Kollegen aus den obengenannten Distrikten, gleichviel, welcher Verwaltungsstelle sie angehören, freigestellt ist, sich zwecks Erteilung von Auskünften, Krankmeldungen, Notfallunterstützungen, Rechtshilfesuchen und Arbeitslos-Meldungen dorthin zu wenden, falls ihnen dieses bequemer liegt. Das Bureau ist wochentäglich von 8—6 Uhr geöffnet, Sonntags dagegen geschlossen. Krankmeldungen und Auszahlung von Krankengeld erfolgt in der Zeit von 10—2 Uhr.

NB. Die Berliner Bureaus, Adlerstr. 5, Engel-Ufer 15 und Schillingstr. 6 können nach wie vor nur von Mitgliedern der hier in Frage kommenden Verwaltungen in Anspruch genommen werden.

Mit kollegialem Gruß

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A. August Werner, Engelufer 14-15, Zimmer 34. — Telefon: Amt 4, 2382.

## Verwaltung Berlin I.

### Mitglieder der Verwaltungsstelle I.

(Verein Berliner Hausdiener.)

Büro und Kasse: Adlerstraße 5, u. I.

Telephon: Amt I, 4981.

Bei allen Zuschriften an die Verwaltung muß die genaue Buchnummer und Wohnung angegeben werden.

Bei Besuchen um Unterstützung etc. ist das Mitgliedsbuch unbedingt mitzubringen.

Die Auszahlung der Kranken-, Sterbe- sowie sonstigen Unterstützungen erfolgt nur in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Krankmeldungen werden ebenfalls nur während dieser Zeit entgegengenommen. Die Meldung kann auch durch eine Postkarte erfolgen unter Angabe der Buchnummer, Wohnung etc.

Wir ersuchen die Kollegen, nach § 3, Abs. 6, des Verbandsstatuts sowie § 8 des Vereinsstatuts, nicht länger als 10 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand zu verbleiben, damit ihnen ihre statutarischen Rechte nicht verfallen.

### Wir geben hiermit bekannt, daß das Werk:

Dreher-Schumann

### Die ökonomischen Vorbedingungen

### und das Werden unserer Organisation

zum Preise von 3 Mk.

im Bureau durch die Kollegen Bergens und Gaertling zu haben ist. Um auch allen Kollegen dieses zugänglich zu machen, haben die Verfasser uns angewiesen, durch Teilszahlungen à 1 Mk. Bestellungen entgegen nehmen zu können.

Ferner geben wir unsern Mitgliedern bekannt, daß das vom Hauptvorstande herausgegebene

— Jahrbuch 1907 —

im Verbandsbüro zum Preise von 50 Pf. pro Exemplar zu haben ist. Da das Buch eine übersichtliche Darstellung der wichtigsten Ereignisse in bezug auf Agitation, Lohnbewegungen usw. innerhalb unseres Verbandes vom Jahre 1907 enthält, empfehlen wir jedem Kollegen, sich dasselbe anzuschaffen.

### Mitglieder der Verwaltung I.

Am Donnerstag, den 5. November 1908, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Köpenickerstr. 96/97 (gr. Saal):

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Verwaltungs- und Kassenbericht. 2. Wahl eines Beisitzers zur Ortsverwaltung. 3. Geschäftliches.

Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang der Versammlung vorzuzeigen. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

Die Ortsverwaltung I. J. A.: Fritz Wappler.

### Textilbranche.

(Leinen, Baumwolle, Stoffe usw.).

Die Sitzungen der Sektionsleitung finden jeden Montag nach dem 15. bei Bönow, Barockialstr. 84, statt.

Die Sektionsleitung.

J. A.: S. Farnig.

### Schneider-Hausdiener.

Kollegen der Herren-, Damen- und Uniformbranche, sowie alle in Ladengeschäften angestellten Hausdiener, Packer, Radfahrer usw. werden hiermit zu einer

### Sitzung

am Mittwoch, den 25. November 1908, abends 9 Uhr, im Lokal von Engel, Seydelstr. 30, eingeladen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Im Interesse aller in obengenannten Branchen beschäftigten Kollegen liegt es, für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

Die Branchenleitung.

### Hausdiener, Packer, Radfahrer, Fahrstuhlführer aus der Stoff- u. Tuch-, Leinen-, Woll-, Baumwoll- und Manufakturwarenbranche, sowie aller in der Bekleidungsindustrie beschäft. Kollegen!

Am Montag, den 9. November 1908, abends 8 1/2 Uhr:

### Grosse Versammlung

in den Mustervätern, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Sibrner über: „Die Revolutionierung der Gehirne.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Im anbetragt dieses äußerst interessanten Vortrages, ist es Pflicht aller in obengenannten Branchen beschäftigten Kollegen, zahlreich zu erscheinen und alle uns noch fernstehenden Kollegen darauf hinzuweisen. Gefördert mit

Die Sektionsleitung.

# Verwaltung Berlin II.

Telephon: Amt IV, 4747.

Voranzeige!

## Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Die Verbandsfunktionäre, Betriebsvertrauensleute u. haben bei etwaiger Anmeldung eines Wohnungswechsels ihre Funktion auf der Meldung besonders zu vermerken.

Ferner geben wir nochmals bekannt, daß die Auszahlung von Unterstützungen nur des Vormittags von 10-2 Uhr erfolgt, ebenfalls werden nur in dieser Zeit Krankenmeldungen entgegen genommen.

## Vor-Anzeige!

### Rollkutscher, Begleiter, Bodenarbeiter.

Am Mittwoch, den 18. November (Wuhtag), abends 6 Uhr, bei Woelck, Weberstr. 17:

### Großer Lichtbilder-Vortrag

über: Durch die Polarländer Nord-Amerikas mit anschließender humoristischer u. Kinder-Unterhaltung. Vortragender: Herr Karl Misch.

Nach dem Vortrag: Gesellschaftliches u. Tanz. Die Kollegen werden gebeten, mit ihren Frauen und Kindern vollständig zu erscheinen.

Programme à 25 Pfg. sind bei den Betriebs-Vertrauensleuten vom 1. November ab zu haben.

Die Sektionsleitung. J. A.: F. Büschel.

## Voranzeige! Bezirk Gross-Berlin.

Am Sonntag, den 8. November 1908, abends 7 Uhr, in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142,

### Astronomischer Vortrag

„Eine Wanderung durch das Weltall“  
ausgestattet mit über 100 Lichtbildern.

Vortragender:

Herr Dr. Argenhold, Direktor der Dreptow-Sternwarte.

**Vortragfolge:** Vulkanismus auf der Erde. — Bewohnbarkeit der Welten. — Der Sternenhimmel. — Präzisierung der Lebensbedingungen auf fremden Himmelskörpern. — Drehung der Erde. — Bewegung der Planeten. — Beschaffenheit der Temperatur der Sonne. — Gleichheit von Tag und Nacht auf Merkur und Venus. — Ein Tag auf dem Monde. Die Länge der Jahreszeiten auf dem Mars. — Seine Kanäle und Eisfelder. — Wolkengebilde und Fleckenerscheinungen auf dem Jupiter. — Seine fünf Monde. — Saturn und sein Ringssystem. — Uranus und Neptun. — Andere planetenartige Begleiter im Kosmos. — Die Vielheit der Welten. — Einige moderne Riesenfernrohre. — Besuch auf der Dreptow-Sternwarte.

Eintritt pro Person 40 Pfennig.

Nach dem Vortrag: Tanz.

## Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes aus sämtlichen Bierbrauereien Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 8. Novbr. 1908, abends 6 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c:

### Gr. Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Die neuen Steuern unter besonderer Berücksichtigung für das Brauergewerbe. Referent: Genosse Zubeil. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Zahlreiches Erscheinen auch der Nichtorganisierten erwartet  
Die Sektionsleitung.  
J. A.: G. Misch.

## Achtung! Mitglieder aller Branchen der ehemaligen Verwaltung Charlottenburg und Umgegend.

Am Sonnabend, den 21. November 08, findet in den Gesamträumen des „Volkshauses“, Charlottenburg, Rosinenstraße 3, unser

### S. Stiftungs-Fest

statt. — Auftreten des berühmten „Berliner Mit-Trio“, sowie des Gesangsvereins „Männerchor der Handels- und Transportarbeiter“ (Mt. d. N.-S.-B.). Konzert ausgeführt von Zivilberufsmufflern.

Nach dem Konzert: **GROSSER BALL.** Willens für Herren 50 Pfg., Damen 30 Pfg., Tanz frei!

Da alles aufgeboten wird, um das Fest recht angenehm zu gestalten, sind Kolleginnen und Kollegen, sowie Freunde und Gönner freundlichst eingeladen.

Das Komitee.

## Geschäftskutscher, Lagerarbeiter und Arbeiterinnen aller Handelsbetriebe, insbesondere der in Schmalzsiedereien und Fettwarenhandlungen beschäftigten Kollegen.

Sonntag, den 1. November 1908, abends 6 Uhr:

### Sektions-Versammlung mit Frauen

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c (oberer Saal).

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Jul. Hildebrandt über: „Sozialpolitik und Sozialdemokratie.“ 2. Diskussion. — 3. Anträge und Verschiedenes.

Kollegen! Jeder agitiere, daß seine im Betriebe beschäftigten Kollegen erscheinen. Bringt auch eure Frauen mit. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Die Sektionsleitung. J. A.: E. F. Kobloff.

## Mitglieder aller Branchen!

Am Donnerstag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr:

### Grosse Versammlung mit Frauen

in Kellers Neue Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97. (Großer Saal)

Tages-Ordnung: 1. Die Konsum-Genossenschaften und ihre Bedeutung für die arbeitende Klasse. Referent Genosse Paul Göhre. 2. Diskussion. 3. Die Gewerbeberichtsverfahren und Geschäftliches.

Kolleginnen und Kollegen! Wir erwarten, daß ihr alle Mann für Mann zu dieser Versammlung erscheint. Das Thema, welches auf der Tages-Ordnung steht, ist gerade jetzt zur Zeit der wirtschaftlichen Krise von äußerster hoher Wichtigkeit, besonders für eure Frauen. Vergißt nicht dieselben mitzubringen.

Die Verwaltung II. J. A.: Albert Utheß.

## Fräse-, Hobel- und Schneidemühlens-Kutscher sowie Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Am Montag, den 9. November 1908: abends 8 1/2 Uhr:

### Grosse Versammlung mit Frauen

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III.

Tages-Ordnung: 1. „Die Gewerbeberichte und ihre Bedeutung für die Arbeiter.“ Referent: Kollege Emil Niedel. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß Ihr alle Mann für Mann erscheint.  
Die Sektionsleitung. J. A.: August Lehmann.

## Getreideträger, Speicherarbeiter, Wäger, Schipper, sowie die am Markt arbeitenden Getreideträger Berlins!

Am Mittwoch, den 4. November 1908, abends 8 Uhr:

### Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof III, Arbeitsnachweis-Saal.

Tages-Ordnung: 1. „Die Geschäftsstunde im Berliner Speichergewerbe und ihre Wirkung auf die Arbeiter dieses Gewerbes.“ Referent: Kollege Utheß. 2. Diskussion. 3. Gewerbeberichtsverfahren. 4. Geschäftliches.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß alle Kollegen vollständig zu dieser Versammlung erscheinen.  
Die Sektionsleitung.

## Kohlenarbeiter und Kutscher Gross-Berlins.

Am Sonntag, den 15. Novbr., abends 6 Uhr:

### Gr. Versammlung mit Frauen

in den Industrie-Sälen, Deuthstr. 19/20.

Tages-Ordnung: 1. „Die Bedeutung der diesjährigen Gewerbeberichtsverfahren.“ Referent: Genosse Paul Liebenow. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

In Anbetracht des wichtigen Vortrages ist es unbedingt notwendig, daß alle Kollegen erscheinen und ihre Frauen mitbringen.  
Die Sektionsleitung.

## Kutscher und Mitfahrer aus sämtlichen Wäschereien Gross-Berlins.

Am Sonntag, den 1. Novbr. 1908, abends 6 1/2 Uhr:

### Versammlung mit Frauen

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 11.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der diesjährigen Gewerbeberichtsverfahren. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen. Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Sektionsleitung. J. A.: G. Misch.

## Rollkutscher, Begleiter, Bodenarbeiter.

Am Sonntag, den 8. November, vormittags 10 1/2 Uhr:

### Grosse Versammlung

in Woelckers Festsaal, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der diesjährigen Gewerbeberichtsverfahren. Referent: Kollege Paul Liebenow. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Kollegen! Wir erwarten einen zahlreichen Besuch.  
Die Sektionsleitung. J. A.: Fritz Büschel.

## Mitglieder sämtl. Ortsverwaltungen aus den Bezirken Rixdorf, Britz und Treptow!

Am Sonntag, den 1. November 1908, abends 6 Uhr,

### Grosse Versammlung

bei Zhiel, Rixdorf, Bergstraße Nr. 151-152.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gen. Störmer über: „Die Kirche und das Proletariat.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Bei der äußerst wichtigen Tages-Ordnung ist es eure Pflicht, für einen recht zahlreichen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Bringt auch eure Frauen mit! Kollegen und Kolleginnen, welche noch nicht Mitglieder unseres Verbandes sind, sind als Gäste willkommen. Beiträge können in der Versammlung entrichtet und neue Mitglieder aufgenommen werden.  
Nach der Versammlung: Gesellschaftliches Beisammensein.  
Die Bezirks-Kommission.  
J. A.: Franz Mohr.

# Verwaltung Berlin IV.

## Bekanntmachung.

Von verschiedenen unserer Kollegen sind Beschwerden bei uns eingegangen, daß ihnen der Courier nicht pünktlich oder überhaupt nicht zugestellt wird. Letzteres dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Adressenangabe von vielen Kollegen unvollständig gemacht worden ist. Bei allen Wohnungs-Ummeldungen ist es besonders notwendig, genaue Angaben zu machen, wie Vorder- oder Hinterhaus, Quergebäude, Seitenflügel usw., ebenso ist die Anzahl der Treppen, und ferner was am meisten unbeachtet gelassen wird, die Buchnummer, anzugeben. Wegen unpünktlicher Bestellung des Courier wollen sich die Kollegen an das Büro der Bezirksleitung Groß-Berlin, Engelufer 14 und 15, Zimmer 36, wenden.

Die Ortsverwaltung IV.

## Verein der Droschkführer Berlins u. Umgegend. Mitgliedschaft IV des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

### Achtung! Vertrauensmänner! Achtung!

Am Freitag, den 6. November, abends 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3, eine

### Vertrauensmänner-Versammlung

statt.  
Da sehr wichtige Fragen auf der Tages-Ordnung stehen, ist es dringend notwendig, daß von jedem Betriebe, Pferde- wie Automobilbetriebe, ein Vertreter entsandt wird. Das Mitgliedsbuch oder grüne Karte dient als Legitimation.  
Die Ortsverwaltung IV.

## Ortsverwaltung Cöpenick u. Umg.

Büro u. Arbeitsnachweis: Schönelerstr. 5 1/2, Tel. 155.

Die Bezirksversammlungen finden im Monat November wie folgt statt:

**Bezirk Alt-Glinicke.**

Am Sonntag, den 15. November, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Zoch, Cöpenickerstr.

**Bezirk Adlershof.**

Am Sonnabend, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Klingner, Sedanstraße.

**Bezirk Cöpenick.**

Am Sonntag, den 15. November, abends 7 Uhr, bei Stippeloh, Schönelerstr. 5.

**Bezirk Grünau.**

Am Sonntag, den 22. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Franz, Cöpenickerstraße.

**Bezirk Friedrichshagen.**

Am Sonnabend, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Singuhr, Seefstraße.

Zahlreichen Besuch erwarten  
Die Ortsverwaltung. Die Bezirksleitungen.